KonText

21 I November 2007

Newsletter von **KonNet e.V.**
Netzwerk Konstanzer Politik- und Verwaltungswissenschaftler

++ Aktuelle Meldung: KonNet- Verwaltertreffen 01. - 04. Mai 2008 in Dresden ++

Verwalter und Medien

Christoph Schiedel

Liebe Leser,

wer kennt das nicht? Verkehrsteilnehmer nicht im Reißverschlußverfahren einfädeln zu lassen, den Blinker nicht einzusetzen, sich nicht für eine Einladung oder Geschenke zu bedanken, nur unverbindliche Zusagen zu machen, Anfragen per E-Mail nicht zu beantworten, automatische Abwesenheitsnotizen („E-Mail-autoreplay“) ohne weiterführenden Inhalt zu versehen, Rückrufwünsche zu ignorieren usw. Jeder – entweder als unangenehm Betroffener oder als (wirklich nur gedankenloser?) Verursacher dieser Übel!

Es handelt sich dabei um eigentlich selbstverständliche Gepflogenheiten und gute Sitten – also um Regeln und Werte –, die das menschliche Zusammenleben im Alltag erleichtern und angenehm machen, aber auch Sicherheit und Schutz bieten. Viel scheint heute für einen Werteverlust in unserer Gesellschaft zu sprechen. Was zählt, ist das eigene Fortkommen, der eigene Vorteil, der Erfolg. Tugenden wie Fairness und Anstand scheinen zum Fremdwort geworden zu sein. Der jahrelange und in diesem Sommer zu einem neuen Höhepunkt gekommene Doping-Skandal im Radsport dürfte nur die berühmte Spitze eines Eisberges sein. ARD und ZDF haben immerhin auf die weitere Übertragung der „Tour de France“ verzichtet (SAT 1 ist dafür sofort und gerne eingesprungen...).

Aber die Welt hat sich auch verändert bzw. wird dies weiterhin und vermutlich immer rasanter tun. Ganz neue Fragen und Probleme tauchen auf, für die es keine vorgefertigten Antworten gibt. Und nicht zuletzt: wir leben heute in einem Wertepluralismus, geprägt von einer Vielzahl kultureller, religiöser wie auch konsumorientierter Einstellungen, die unsere Gesellschaft prägen. Was richtig oder falsch ist, gut oder schlecht ist, ist nicht mehr so einfach zu erkennen und zu benennen.

Und doch oder gerade deshalb wird der Mangel an allgemein verbindlichen Werten und deren Akzeptanz (scheinbar) zunehmend wahrgenommen und nach neuen Antworten und Orientierungen auf aktuelle Fragen gesucht. Oder ist dieser Eindruck falsch?

Welche Rolle spielen hier die Medien? Insbesondere unter Berücksichtigung des Mediums Internet haben sie in heutiger Zeit diesbezüglich sicherlich eine ganz gewichtige Funktion. Bemerkenswert ist zum Beispiel, wenn der „grand seigneur“ des deutschen Fernsehens, Ulrich Wickert, außerhalb seiner Bildschirmpräsenz in mehreren Büchern den Wandel der Werte, den Verlust der Werte und die Sehnsucht nach verlässlichen Werten thematisiert. Ist es nur „trendy“ auf diesen Zug aufzuspringen oder geht es wirklich darum, dass auch über den medialen Weg „Erziehungsdefizite“ (explizit auch unter Akademikern und Mitgliedern der gesellschaftlichen „Elite“) aufgezeigt und nachhaltig behoben werden können und sollen?

Wenn schon die grundlegenden Regeln und Werte nicht mehr selbstverständlich oder Bestandteil der Erziehung sind, so könnte die Aufarbeitung und Implementierung durchaus eine Aufgabe für die Medien sein. Wer sich aber die aufgrund vorhandener Publikumsnachfrage leider immer noch existierenden Nachmittagssendungen insbesondere in den privaten Fernsehkanälen ansieht, muss daran zweifeln. Kommen die GEZ-finanzierten, öffentlich-rechtlichen Anstalten diesem möglichen Auftrag besser nach? Oder wird hier als Quotenbringer auch zusehends die Messlatte niedriger gehängt und mehr auf Gewalt, Kriminalität oder Intrigen gesetzt?

Welche Inhalte sind in welchem Medium am besten platziert? Wie und wo erzielt man die beste Wirkung? Welche Kompetenzen brauchen Medien, um einerseits ihr wirtschaftliches Überleben sichern zu können und andererseits einen gesellschaftlichen Auftrag wahrzunehmen? Sind generalistisch ausgebildete Politik- und Verwaltungswissenschaftler hierfür geeignet und können sie im Medienbereich erfolgreich tätig sein? Es gibt noch viele weitere Aspekte – mehr dazu im Schwerpunktthema „Verwalter im Medienbereich“ dieser KonText-Ausgabe – DEM „ultimativen“ Medium unseres Vereins!

Anregende Gedanken bei der Lektüre wünscht

Christoph Schiedel
Vorsitzender KonNet e.V.

Regionalgruppen / Verwalterstammtische

Kennt Ihr den Verwalterstammtisch in Eurer Region? Wenn nicht, meldet Euch doch einfach mal bei dem genannten Ansprechpartner und fragt nach dem nächsten Termin oder schaut im Internet unter www.konnet-ev.de. Und wenn es in Eurer Gegend noch keinen Stammtisch gibt, organisiert doch einen! Meldet Euch bei der Geschäftsstelle und Ihr bekommt sowohl Infos über das „wie“, als auch eine Liste der Leute in Eurer Gegend.
Was auf der Homepage von KonNet steht, kann aber nur so aktuell sein, wie es mitgeteilt wird.

Hubert Forster als Betreuer der Website stellt Eure Informationen über Stammtische etc. umgehend ins Internet. Also große Bitte: Schickt ihm die Infos (e-mail: HuForster@aol.com), nur dann können sie auf der Website stehen!

Hamburg / Bremen / Schleswig-Holstein: Martina Schwytz
Tel. privat: 040/22698315
e-mail: mschwytz@web.de

Berlin/Brandenburg: Hans-Jörg Schmedes
Tel.: 030/44038045
e.mail: hans-joerg.schmedes@gmx.de

NRW: Jan Wiegels
Tel.: 02161/478384
e-mail: jan.wiegels@web.de

Frankfurt/Rhein-Main: Uwe Zamponi
Tel. 06131/477978
e-mail: zamponi.uwe@web.de

Konstanz/Bodensee: Jörg Falduto-Ströbele
Tel.: 07531/915162
e-mail: joerg.falduto@gmx.net

Ravensburg / Bodensee-Oberschwaben: Christoph Schiedel
Tel. privat 07307/34663
e-mail: c.schiedel@web.de

Stuttgart: Hubert Forster
Tel. 0711/62 64 02 (privat)
Tel. 0711/250 95 404 (dienstl.)
e-mail: HuForster@aol.com

***Heilbronn*:** Thomas Michl
Tel.: 07139/930888
e.mail: thomas.michl@web.de

Augsburg/München: Oliver Altehage
Tel.: 089/13011757
e-mail: oliver.altehage@o2.com

Bern / Luzern: Tilman Holke
Tel.: 0041- (0)41 534 02 03
mobil: 0041 79 630 64 79
e-mail: Tilman.Holke@web.de

Zürich: Michael Cemerin
mobil: 0041 (0)76-5940782
e-mail: cemerin@pw.unizh.ch

Brüssel: Katrin Huber
Tel. priv.: 02/534 2814
Tel. ges.: 02/284 7436
e-mail: huberkatrin@web.de

Ansprechpartner

Vorsitzender

Christoph Schiedel
Tel./Fax. 07307 / 34663
e-mail: c.schiedel@web.de

Stellvertretende Vorsitzende

Katja Schwanke
Tel. 07531 / 384343
e-mail: Katja.Schwanke@uni-konstanz.de

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Johannes Dingler
Tel.: 07531 / 88-2600
e-mail: Johannes.Dingler@uni-konstanz.de

Vorstand für Finanzwesen & Controlling

Jürgen Banzhaf
Tel. 06196 / 482263
e-mail: juergen.banzhaf@db.com

Informationen über KonNet

www.konnet-ev.de
e-mail: mail@KonNet-ev.de

KonText-Redaktion

Susanne Rometsch
Tel./Fax 06144 / 44111
e-mail: s-rometsch@t-online.de

Website-Redaktion

Hubert Forster
Tel. 0711 / 62 64 02 (privat)
Tel. 0711 / 250 95 404 (dienstl.)
e-mail: HuForster@aol.com

Impressum

Herausgeber: KonNet e.V.
Netzwerk Konstanzer Politik- und Verwaltungswissenschaftler

Dr. Johannes Dingler
Universität Konstanz, Fach D 82
Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft
D-78457 Konstanz
Tel.: **49 (0)7531 / 88-2600
Fax: **49 (0)7531 / 88-3292

e-mail: mail@KonNet-ev.de
Internet: www.konnet-ev.de

KonText-Redaktion
Susanne Rometsch
Wieseneckerstraße 9
65474 Bischofsheim
Tel. 06144 / 44111
e-mail: s-rometsch@t-online.de

Texte + Fotos
Autoren, Vorstand, Website- und KonText-Redaktion

Bankverbindung
VEUK e.V.
Sparkasse Bodensee, BLZ 690 500 01
Kto.Nr. 46664

Druck
Dorn-Druck, 65479 Raunheim
www.dorndruck.de

Editorial
Leute: Ansprechpartner / Regionalgruppen / Verwalterstammtische / Impressum
Inhaltsverzeichnis

Thema: VerwalterInnen im Medienbereich

Hans-Christoph Neidlein: Vom Bodenseewasser zum Sonnenstrom 06
Adalbert Brütsch: Ganz nah dran am prallen Leben 07
Albrecht Frenzel: Verwaltungswissenschaft und Medien oder: Es kommt immer anders als man denkt ... 08
Steffen Sommer: Die Prophezeiung des Leonhard Neidhart 09
Besuch beim Schweizer Fernsehen: Schweizer Schmankerl beim Verwalter-Stammtisch in Zürich 10
Von der Erfindung der Schrift zum Internet: The medium is the message - Das Medium ist die Botschaft 12
Campus-TV - Die Medienwelt auf dem Campus der Universität Konstanz 15

Verwaltertreffen in Hamburg

KonNet-Verwaltertreffen in Hamburg: Viel zu hören - viel zu sehen - viel zu reden 16
Podiumsdiskussion zum Thema Arbeitsmarktpolitik 18
Hamburger Hafencity - Hot Spot oder kaltes Quartier? 22

Neues für und über VerwalterInnen

Spot an .....Wolfgang Müller, Oberbürgermeister Stadt Lahr 24
Neues Urherberrecht - Deutschen Forschern blüht Zukunft mit Fax und Papierkopien 26
Berliner Erklärung und Budapester Initiative: Die Informationsplattform Open Access 27
OECD-Bildungsbericht 2007: Kernergebnisse für Deutschland 28
Stress im Job: Autsch, mein Gehirn! 28
Hätten Sie es gewusst? Thema „Beamtenabbau“ 29
Nachfolgebörse: Senior sucht Junior 30
Die beliebtesten Arbeitgeber 30
Online-Spiel „Der Fischer vom Bodensee“ 30
Drogeriemarktgründer Götz Werner erhält Heckerhut 2007 31
Bürokratie-TÜV 31
Beamtenabbau, Teil II 31

Universität

Konstanzer UN Gruppe unterwegs 32
Spot an .... Interview mit Katharina Holzinger (Lehrstuhl für „Internationale Politik/Außen- und Sicherheitspolitik“) 34
Die Fachschaft im Sommersemester: ein Rückblick 36
Helpdesk - Betreuungs- und Beratungsangebot des Fachbereichs 37
Bachelor: Stellenwert auf dem Arbeitsmarkt noch unklar 38
„Bachelorabsolventen auf dem Arbeitsmarkt – Qualifikationen von Absolventen und Erwartungen der Arbeitgeber“ - Konferenz des Fachbereichs Politik- und Verwaltungswissenschaft 38
Weniger Studenten im Sommersemester 2007 39
Wieder volle Stelle im Prüfungssekretariat: Christina Blum 39
Exzellenz-Initiative - neues Uni-Gebäude entsteht 40
Hohes Ranking für Konstanzer Zeitschrift „European Union Politics“ 40
Deadline Diplom und Magister 40
Neues aus der Uni-Bibliothek 41
Befreiung von den Studiengebühren 41

KonNet

KonNet-Vorstandssitzung mit Vertretern des VEUK-Vorstandes am 29. April.2007 41
Beschlüsse der Mitgliederversammlung anlässlich des Verwalter-Treffens in Hamburg am 19. Mai 2007 42
Verwaltertreffen 2008 - Himmelfahrt in Dresden 42
Der neue Vorstand von KonNet e.V. 43
Neues von den Regionalgruppen Berlin - Ravensburg/Bodensee-Oberschwaben - Bern/Luzern 44
Beitrittserklärung, Änderungsmitteilung 46
Links für KonNet-Mitglieder mit eigener Homepage / Anzeigen im KonText - Preisliste 47

Hans-Christoph Neidlein

Vom Bodenseewasser zum Sonnenstrom

Vorbei sind die Zeiten, als Umwelt- und Klimaschutz nur Themen für grüne „Spinner“ waren. Kaum ein Thema ist derzeit so en vogue. Dies prägte auch meinen beruflichen Werdegang als Verwaltungswissenschaftler.

Das Interesse und die Beschäftigung mit dem Thema Umweltschutz begann so richtig mit meinem Studium Mitte der 1980er Jahre in Konstanz. Ich bin froh, dass mir engagierte Professoren wie Thomas Ellwein das nötige Handwerkszeug vermittelten, um das komplexe Geflecht zwischen Umweltschutz, Wirtschaft, Politik, Bürger und Medien besser zu verstehen. Froh bin ich auch, dass mir das Studium die Freiheit ließ, thematische Brücken zu meinem ehrenamtlichen Engagement für den Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sowie meiner freiberuflichen Arbeit als Journalist (u.a. für die Stuttgarter Zeitung) zu bauen.

Im Interview mit Ernst Ulrich v. Weizsäcker an der Bren School of Environmental Management, Santa Barbara/CA, Foto: Solarpraxis AG

Nahtlos ging bei mir das Studium Anfang der 1990er Jahre in das Arbeitsleben am Bodensee über: Für die Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur), den BUND und später dann für die Internationale Bodensee-Stiftung in Konstanz organisierte ich Projekte zum Trinkwasserschutz und der Vermarktung regionaler Produkte und betreute die Öffentlichkeitsarbeit. Von meinem Ziehvater, dem kürzlich verstorbenen Prof. Gerhard Thielcke, lernte ich nicht nur die praktische politische Lobbyarbeit, sondern auch viel von Tieren, Pflanzen und Pestiziden.

2002 verließ ich den Bodenseeraum und machte den Sprung ins Rheinland. Als Öffentlichkeitsreferent für das Hürther Nova-Institut hieß es nun, in Sachen Biolandbau, Regionalvermarktung, Tourismus oder regenerative Energien aktive Regionen in einem gleichnamigen Pilotprojekt des Bundesverbraucherministeriums bekannter zu machen. Danach folgten freiberufliche wissenschaftliche Gutachteraufträge für das in Bonn ansässige Bundesamt für Naturschutz und das Bundesumweltministerium. Partner hierbei waren ehemalige Kommilitonen vom Beratungsbüro Scherer, Schnell, Walser und Partner (SSWP) in Konstanz/Ravensburg.

Mein zweites berufliches Standbein war der Journalismus, unter anderem für den Rheinischen Merkur, die VDI-Nachrichten, die Umwelt Briefe, den aid oder die Frankfurter Rundschau. Bonn als UN-Stadt schuf mir auch Kontakte zur Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, für welche ich in diesem Jahr das vierte Mal die deutsche Ausgabe des „Human Development Report“ der UNDP redaktionell betreue.

Im Interview mit Projektleiter Gilbert Cohen, Nevada Solar One Solarthermisches Kraftwerk, Boulder City/Nevada, Foto: Solarpraxis AG

Wechsel nach Berlin

Im Frühjahr 2006 zog mich der Sog der Bundeshauptstadt an die Spree, und ich habe es bisher nicht bereut. Bis Juni diesen Jahres baute ich für den Reutlinger Messe- und Kongressveranstalter REECO (Renewable Energy Exhibition and Conference Group) ein Berliner Büro auf und unterstützte die Öffentlichkeitsarbeit. Anschließend wechselte ich – nach einer journalistischen Recherchereise in die USA - zur Berliner Solarpraxis AG und bin Redakteur bei der neuen Fachzeitschrift Photovoltaik. Nun heißt es Interviews mit Installateuren, Vorständen boomender Solarkonzerne oder Wissenschaftlern wie Ernst Ulrich von Weizsäkker zu führen, technische Produktneuheiten verständlich vorzustellen oder von Solarmessen in Freiburg, Mailand oder Long Beach (CA) zu berichten. Langweilig wird es mir auch hier bestimmt nicht.

www.photovoltaik.eu,
www.solarpraxis.de

Adalbert Brütsch

Ganz nah dran am prallen Leben

Von der Uni in die Lokalredaktion – mit dem Verwalterdiplom in der Tasche aufs flache Land, dorthin, wo Journalisten den Alltag der Menschen hautnah beobachten, begleiten und kommentieren, ist das ein attraktiver Weg? Aus meiner Erfahrung kann ich diese Frage klar bejahen.

Wollen Journalisten kompetente Beobachter des Lebens sein, sei es in Lokal- oder Fachredaktionen, als Korrespondenten in Landes- und Bundeshauptstädten oder an anderen Orten, dann müssen sie selbstverständlich das journalistische Handwerk beherrschen. Doch das reicht nicht.

Journalisten sind doppelte Übersetzer, in Allgemeinredaktionen jedenfalls. Für Fachredaktionen, die sich an Spezialisten und Fachleute wenden, gelten etwas andere Regeln. Sie müssen sich oft in für sie fachfremde Themen einarbeiten, diese allgemeinverständlich aufarbeiten und sie dann ihren LeserInnen präsentieren, die selbst oft wenig oder keine Ahnung vom Stoff haben. Und es gehört zu ihren Aufgaben, fachkundig zu kommentieren.

Vorgänge erkennen und bewerten

In Lokalredaktionen, zumal in kleineren, warten spannende Themen darauf, entdeckt zu werden. (Kommunal-)Politik, Wirtschaft, Arbeitswelt, Kultur, Soziales, Vereinsleben, gesellschaftliche Strömungen und Entwicklungen. Um das alles erkennen und bewerten zu können, ist ein breites Wissen notwendig, und Lebenserfahrung, aber die stellt sich im Laufe der Jahre sowieso ein.

Ein Studium, das so ausgerichtet ist, dass es einen reichen Schatz an Orientierungswissen und Methoden mit auf den Weg gibt, liefert ein gutes Fundament für eine Arbeit in lokalen Medien. Damit ist der Journalist in der Lage, als kompetenter Gesprächspartner und Rechercheur aufzutreten, der sich nicht so schnell von Fachleuten und Meinungsführern ein X für ein U vormachen lässt.

Heute nur noch mit Studium

Aus meiner Erfahrung kann ich sagen, dass das Verwaltungsstudium für mich genau diese Bedingungen erfüllt hat. Mit den Schwerpunkten Arbeit und Soziales sowie Kommunales fand ich das, was ich suchte. Denn schon damals war mir klar, dass ein Volontariat alleine nicht ausreicht, um ein ganzes Berufsleben damit erfolgreich bestreiten zu können, was sich im Lauf der Zeit mehrfach bestätigt hat. Und heute ist es ja so, dass ein Studium neben der freien Mitarbeit eine der Voraussetzungen ist, um überhaupt in die engere Auswahl für Volontärsstellen zu kommen.

Eine Weile war ich Chef vom Dienst einer Caritas-Fachzeitschrift. Da gehörte ein Studium zu den notwendigen Voraussetzungen. Und es bot mir die Gelegenheit, für einige Semester einen Lehrauftrag für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Soziale Arbeit an einer Fachhochschule zu erhalten. Daneben bin ich immer wieder in der Erwachsenenbildung tätig.

Diese Beispiele zeigen, dass eine Weiterentwicklung über den Journalismus in Lokalredaktionen hinaus möglich ist, wenn man die notwendigen Bedingungen erfüllt. Und da gilt ein Hochschulabschluss eben oft als Eintrittskarte. Heute bin ich in Teilzeit in der Öffentlichkeitsarbeit eines Landratsamtes tätig. Dass dafür das Verwaltungsstudium hilfreich ist, versteht sich fast von selbst.

Neue Chancen und Möglichkeiten

Der Journalismus ist nach wie vor ein spannendes Betätigungsfeld. Mit dem Aufkommen der zusätzlichen elektronischen Kommunikationsmedien und –möglichkeiten bieten sich neue Chancen, hier beruflich tätig zu werden. Der Berufszugang ist nach wie vor frei, es gibt keine klar definierten und geregelten Zugänge. Was Chancen und Risiken in sich birgt. Freude am Umgang mit Sprache, Neugierde, Lust an der Kommunikation mit Menschen, den Mut, auch unbequeme Tatsachen offen zu legen, gutes Allgemein- und Orientierungswissen, Freude am Planen und Gestalten, das sind einige der Voraussetzungen, die man mitbringen sollte.

Die Wege in den Journalismus sind vielfältig, ein Studium gehört heute auf jeden Fall dazu. Journalistenschulen, Journalistikstudiengänge, Aufbaustudiengänge und Nebenfachstudiengänge Journalistik, das Angebot ist vielfältig.

Übersichten finden sich beispielsweise unter folgenden Adressen:
www.djs-online.de/ausbildung/links.htm,
www.mediamonster.de,
www.journalismusausbildung.de,
www.goethe.de/wis/med/dos/jou/jab/deindex.htm.

Durch die freie Mitarbeit in Medien, die sowieso Grundvoraussetzung ist, kann jede(r) selbst erkunden, ob dieser Beruf für ihn geeignet ist. Er bietet viele schöne Seiten, hat aber auch gewisse Nachteile. Wer beispielsweise einen geregelte Büroalltag von 7 bis 16 Uhr erwartet und ab Freitagnachmittag generell ein freies Wochenende haben will, der sollte sich zweimal überlegen, ob er nicht einen anderen Beruf ergreift. Arbeiten unter Zeitdruck mit der daraus folgenden Belastung lässt sich trotz guter Planung nicht immer vermeiden. Wie andere Branchen bleibt der Journalismus von sich ausbreitenden neuen und unsicherer werdenden Arbeitsverhältnissen nicht verschont. Aber trotz allem, der Journalismus ist ein spannender Beruf.

Adalbert Brütsch
Landratsamt Tuttlingen
bruetsch-radolfzell@t-online.de

Albrecht Frenzel

Verwaltungswissenschaft und Medien oder: Es kommt immer anders als man denkt…

Ursprünglich war für mich Verwaltungswissenschaft ein journalistisches Weiterbildungsprojekt.

Und das kam so: Nach dem Abitur 1985 hatte ich zunächst diffuse Vorstellungen über meine berufliche Zukunft, die zwischen Theaterintendant, Professor für Schöngeistiges und Chefreporter (unzweifelhaft der Job mit dem größten Sex-Appeal) oszillierten. Der Plan war dementsprechend vage und lautete: Geschichte, Theaterwissenschaft und Philosophie studieren – was allerdings auch schon Mitte der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts erstmal als sicheres Ticket für den Berufsstand des Taxifahrers galt.

Einstieg auf der Reiseschreibmaschine

Doch es kommt immer anders als man denkt. Während des Wehrdienstes 1986 als Sanitätssoldat vertrieb ich mir die eher dröge Zeit nach Dienstschluss als freier Mitarbeiter der „Schwäbischen Zeitung". Für die Lokalausgabe Ravensburg berichtete ich auf einer Reiseschreibmaschine (Zeitungen wurden noch in Blei gesetzt, PC's waren unbekannt) über den berühmten Kleintierzüchterverein, die Jahresversammlung der Freien Wähler, diverse Goldene Hochzeiten und was sonst so anfiel. Meine Auftraggeber empfahlen mir, mich um ein Volontariat zu bewerben. „Studieren kann man ja dann immer noch" sagten meine Chefs; „Taxifahren auch", dachte ich mir - bewarb mich und wurde genommen.

Nach zweijähriger Ausbildung bot mir die „Schwäbische Zeitung" 1988 den Job des Lokalredakteurs an, erst in Sigmaringen, dann 1989 in Rottweil. Die Aussicht für ordentliches Geld in der Provinz ein bisschen „Vierte Gewalt" spielen zu können war reizvoll und studieren kann man ja auch noch später - um es vielleicht zum Politikredakteur zu schaffen. Die Sozialprognose „Taxifahrer" glaubte ich da schon überwunden …

Es folgten also zwei Jahre als Lokalredakteur mit Gemeinderats- und Kreistagssitzungen, Planfeststellungs- und Raumordnungsverfahren. Die Arbeit machte Spaß, litt allerdings etwas unter der branchentypischen Oberflächlichkeit und einer fehlenden Tiefenschärfe. Ich hatte das Gefühl, nicht wirklich die Gegenstände meiner Berichterstattung zu durchdringen. Anders ausgedrückt: Ich entwickelte ein empirie-gesättigtes Bewusstsein für die Notwendigkeit der theoretischen Fundierung von politisch-administrativen Prozessen. Außerdem stand Konstanz für hohen Freizeitwert und so immatrikulierte ich mich 1990 in der Fakultät für Verwaltungswissenschaft. Den letzten Schubs in diese Richtung gab übrigens ein Beratungsgespräch mit dem damaligen Dekan Heinrich Mäding, der als Professor für Regional- und Kommunalpolitik für einen Lokalredakteur geradezu wie die fleischgewordene Verheißung für theoretische Fundierung daherkam.

Theoretische Fundierung

Das Diplom der Verwaltungswissenschaft sollte mir also eigentlich den Weg aus der Lokal- in die Politik- oder gar Chefredaktion ebnen. Aber es kommt immer anders als man denkt. Ich machte zwar recht flott meine Scheine – nach der damaligen Prüfungsordnung gab es einen „sektoralen Schwerpunkt Innenpolitik" und einen „funktionalen Schwerpunkt Politik & Verwaltung". Bei Wolfgang Seibel und Arthur Benz schrieb ich 1994 eine Diplomarbeit mit dem Titel „Institutioneller Wandel und institutionelle Differenzierung ostdeutscher Landkreise. Ein Vergleich der Eigendynamik politischer Reformprozesse in Brandenburg und Sachsen". Man erkennt unschwer, dass ich bei der theoretischen Fundierung doch gewisse Fortschritte gemacht habe.

Für diese Art von institutionenpolitischen Ansätzen gab es gleich ein schöne Anschlussverwendung: Das Land richtete einen Forschungsschwerpunkt „Europäisierung" ein. Das hieß promovieren mit „BAT 2a/Halbe", Reisemittel, Büro, samt Hiwi und null Lehrverpflichtung. Und der Freizeitwert von Konstanz war unverändert hoch (vielleicht sollte ich erwähnen, dass ich parallel zum Doktor das Bodenseeschifferpatent machte).

Absprung ins Programm?

Wie es sich für eine Doktorarbeit gehört, hatte auch ich schon vor der Abgabe eine ausgeprägte Neigung, etwas ganz anderes zu machen. Bei der „Schwäbischen Zeitung" bewarb ich mich – vergeblich – als Frankreich-Korrespondent (obwohl ich mich unter meinem Doktorvater Arthur Benz intensiv mit den Stadt-Umland-Fragen der Metropolregion Bordeaux beschäftigt hatte). Beim damaligen Süddeutschen Rundfunk wurde ich indessen Anfang 1998 als „Trainee" eingestellt. Das war zwar eher im betriebswirtschaftlich-juristischen Bereich, aber ich dachte, ich werde den Absprung ins Programm schon schaffen. Schließlich hatte ich während des Studiums schon beim „Südfunk" hospitiert.

Aber es kommt immer anders, als man denkt. Ich beschäftigte mich überhaupt nicht mit Programm, sondern mit personalrechtlichen und finanzwirtschaftlichen Fragen der Fusion von Süddeutschem Rundfunk (SDR) und Südwestfunk (SWF) zum Südwestrundfunk (SWR). Nach neun Monaten wurde ich nicht Redakteur, sondern Referent des Verwaltungsdirektors. Ich war dann zuständig für die Geschäftsstelle der ARD-ZDF-Finanzkommission, die seinerzeit beim SWR angesiedelt war. Hier bekam nun alles, was ich bei Benz, Seibel, Lehmbruch & Co. über Verhandlungssysteme, Entwicklungs- und Verteilungsprobleme gelernt hatte, eine praktische Fundierung. Allerdings war das so nachhaltig, dass ich erst mal die Flucht ergriff und im Herbst 1999 bei ARTE in Straßburg als Referent für Unternehmensplanung anheuerte (womit sich meine Fallstudie über Bordeaux und die dabei erworbenen französischen Sprachkenntnisse doch noch irgendwie bezahlt machten).

Nie wieder Verwaltung in einer großen Rundfunkanstalt, sagte ich mir. Aber es

kommt immer anders als man denkt. Als Unternehmensplaner des deutsch-französischen Kulturkanals ARTE empfahl ich dem Vorstand, eine neue Onlinestrategie aufzulegen – mit der Folge, dass ich im Jahr 2000 Leiter der Multimediaredaktion wurde, quasi, um meine Empfehlungen gleich in die Tat umzusetzen. Das funktionierte auch alles in allem ganz gut, erwies sich aber doch recht schnell als technik- und nicht content-getrieben (über wenige mediale Hervorbringungen wird übrigens soviel geflunkert wie über den angeblichen Online-Journalismus).

Da kam es ganz gelegen, im Herbst 2002 Leiter der NDR-Intendanz werden zu können. Das klang irgendwie generalistisch und wichtig und war außerdem eine gute Gelegenheit aus dem alemannischen Südwesten (zu dem das Elsass ja auch gehört) mal rauszukommen.

Nun also Hamburg, Stabs-Chef beim NDR-Intendanten Jobst Plog, inklusive Zuarbeit für den ARD-Vorsitz, den Plog in den Jahren 2003/2004 innehatte. Eine spannende Aufgabe, in der man viel mit politisch-administrativen Prozessen, Rundfunkpolitik usw. zu tun hat – indessen so gut wie nichts mit dem Programm. Insofern war es auch nicht so überraschend, vom Bürovorsteher des Intendanten im Jahr 2006 zum Verwaltungsdirektor befördert zu werden.

Hier leite ich einen Bereich mit rund 600 Mitarbeitern und bin unter anderem verantwortlich für Querschnittsfunktionen wie Finanzen (bei einem Haushaltsvolumen von rund 1 Mrd. Euro), Personal (3.500 Festangestellte) und Logistik. Ich sitze im Verwaltungsrat der bundesweit beliebten Gebühreneinzugszentrale (GEZ), beschäftige mich viel mit der nächsten Gebührenanpassung und mache alles in allem das, was man public administration im Bereich Medien nennt. Das scheint ganz gut zu Verwaltungswissenschaft zu passen.

Aber wie gesagt: eigentlich wollte ich mal

Chefreporter werden. Doch es kommt eben immer anders, als man denkt.

Albrecht Frenzel

PS: Die Verwaltungswissenschaft trifft daran keine Schuld, sie war allenfalls bei dieser Entwicklung ein bisschen behilflich.

Steffen Sommer
Die Prophezeiung des Leonhard Neidhart

Steffen Sommer arbeitet als freier Journalist, Schreibtrainer und Medienberater in Stuttgart. Mit Verwaltungswissenschaft hat das auf den ersten Blick wenig zu tun. Warum ihm sein Studium im Beruf trotzdem oft weiterhilft, erläutert er hier.

„Büro für klare Sprache“ heißt die Ein-Mann-Firma, die ich im Mai 2007 gegründet habe. Ich biete drei Dienstleistungen: Texte für Print- und Onlinemedien, Schreibtrainings für Journalisten, PR-Texter und Redenschreiber sowie Beratung beim Launch und Relaunch von Zeitschriften, Zeitungen und Websites.

Wenn ich mich vor einem Schreibseminar den Teilnehmern vorstelle, freue ich mich auf eine Stelle immer ganz besonders. Auf die, an der ich gestehe, dass ich Diplom-Verwaltungswissenschaftler bin. Manche Seminarteilnehmer äußern ihr Beileid, anderen steht die Ratlosigkeit ins Gesicht geschrieben und fast immer fragt einer, was denn Verwaltungswissenschaft mit Journalismus und dem Schreiberhandwerk gemein habe. Dann erzähle ich häufig diese Geschichte:

Nach dem Abitur wusste ich nicht, was aus mir werden sollte. Also verpflichtete ich mich bei der Bundeswehr. Zwei Jahre als Reserveoffizieranwärter lehrten mich, wie sehr es das Leben erleichtert, einen Beruf zu haben, der Spaß macht. Ich wollte möglichst viel erleben und es so zu Papier bringen, dass andere auch etwas davon haben.

Meine Journalistenlaufbahn begann mit einem sechsmonatigen Praktikum bei meiner Heimatzeitung, dem „Coburger Tageblatt“. Als das Praktikum sich dem Ende näherte, bot mir die Redaktionsleiterin eine Volontärsstelle an. Also blieb ich zwei weitere Jahre. Ich habe Coburgs Oberbürgermeister auf einer Radtour in die französische Partnerstadt Niort begleitet, den Mord an einem Bauern rekonstruiert, der aus der DDR in den Landkreis Coburg fliehen wollte, Gemeinderatsbeschlüsse kommentiert, Coburgs einziger Straßenprostituierten ein Porträt gewidmet – kurz: es war eine fabelhafte Zeit.

Wunsch: Weiter lernen

Trotzdem wollte ich mein Leben nicht als Lokalredakteur fristen, sondern weiter lernen, studieren gehen. Bloß was? Vom Journalistik-Studium haben mir alle Journalisten abgeraten, die ich damals kannte. Wer ein Volontariat hinter sich habe, brauche sein Handwerk nicht noch ein zweites Mal an der Uni erlernen. Was also dann? Diese Frage habe ich mit einem Studienberater des Coburger Arbeitsamts erörtert. Sport zu studieren könne ich mir vorstellen, habe ich zu ihm gesagt, Politik, BWL, VWL, Jura oder Kunstgeschichte – im Grunde alles und nichts. Was soll ich nur tun, Herr Studienberater? Ich will viel lernen, ohne die Uni als Fachidiot zu verlassen - hoch qualifiziert, aber

meilenweit entfernt vom richtigen Leben. Der gute Mann gab mir einen weisen Rat: „Gehen Sie nach Konstanz! Werden sie Verwaltungswissenschaftler!“

Beim Einführungshof im Oktober 1995 begrüßte uns Professor Leonhard Neidhart mit schweizer Akzent und mit in etwa folgenden Worten: „Herzlich Willkommen im Verwaltungsstudium! Wenn Ihr es hinter Euch habt, werdet Ihr von nichts wirklich Ahnung haben, aber überall mitreden können.“ Spätestens da wusste ich, dass ich auf dem Gießberg gut aufgehoben sein würde. Das Studium bot mir, wonach ich gesucht hatte: eine fundierte und gleichzeitig breite Hochschulausbildung, die Türen in ganz unterschiedliche Branchen öffnet.

Ausführung: überall mitreden können

Während des Studiums bin ich dem Journalismus als freier Autor für verschiedene Tageszeitung treu geblieben. Parallel dazu habe ich mich ausprobiert: Ich war Hiwi am Lehrstuhl für Kommunal- und Regionalpolitik, Werkstudent bei der Beratungsfirma Arthur Andersen und bei der Stadtmarketing Konstanz GmbH, Presseoffizier in Bosnien-Herzegowina, Praktikant im Münchner Planungsreferat und bei einer Maschinenbaufirma in Detroit. Nach meinem Abschluss 2001 ging das Job-Hopping weiter: Ich arbeitete als Stadtmarketing-Manager von Böblingen, bevor ich zum Staatsanzeiger für Baden-Württemberg ging. Nach anderthalb Jahren als Redakteur wechselte ich zur WortFreunde Kommunikation GmbH in Stuttgart. Von deren Gründer Christoph Fasel (ehemals Sternreporter, Chefredakteur von Reader´s Digest und Leiter der Henri-Nannen-Journalistenschule Hamburg) lernte ich, worauf es beim Zeitschriften- und Onlinejournalismus ankommt.

Bei den WortFreunden erfüllte sich Leonard Neidhards Prophezeiung: Ich konnte überall mitreden. Egal ob wir ein Mitarbeitermagazin für Bosch konzipiert haben, „Natur + Kosmos“ beim Relaunch beraten haben oder den Gaggenauer Bürgermeister in spe für seine Wahlkampfauftritte fit gemacht haben, die Kunden haben mir vertraut. Ich wüsste nicht, dass es einer bereut hätte. Die Mischung aus dem theoretischen Wissen aus dem Verwaltungsstudium, der praktischen Erfahrung in ganz unterschiedlichen Branchen und der journalistischen Expertise, die ich mir erarbeitet habe, hat sich als Erfolgsrezept erwiesen.

Heute schreibe ich für mehrere Tageszeitungen, Wochenzeitungen und Publikumszeitschriften. Ich doziere an der Akademie der Bayerischen Presse, der Berufsakademie Sachsen und der Akademie Berufliche Bildung der deutschen Zeitungsverlage. Zu meinen Kunden gehören verschiedene Agenturen sowie Firmen wie der Thieme-Verlag, Bosch, die Commerzbank, mehrere IHKs und mittelständische Unternehmen. Ich habe Spaß an meiner Arbeit und kann mit meiner Frau und demnächst zwei Kindern gut davon leben. Verwaltung würde ich jederzeit wieder studieren.

Steffen Sommer
Büro für klare Sprache
Johannesstraße 15
70176 Stuttgart
www.steffen-sommer.com

Besuch beim Schweizer Fernsehen

Schweizer Schmankerl beim Verwalter-Stammtisch in Zürich

Ein kleines Highlight hatte Michael Cemerin, der den Züricher Verwalter-Stammtisch organisiert, für den 3. September 2007 geplant: Eine Führung durch die Studios des Schweizer Fernsehens SF DRS in Zürich.

Diese liegen bequem mit der Tram 11 erreichbar neben dem Messegelände. Zwei große Gebäudeteile, einander gegenüberliegend beherbergen Studios, Werkstätten und Archive des Senders. Ein Großteil der Verwaltung wurde in ein drittes Gebäude ausgelagert. Wie viel durften wir davon sehen? Ganz sicher die interessantesten Teile!

Führung in Schwyzerdütsch?

Um 18:00 Uhr hatten sich dreizehn Verwalter - Ehemalige und Aktuelle - im Foyer des Senders eingefunden, wo wir von Roswitha Gassmann begrüßt wurden. Eigentlich im Bereich Media Relations tätig, führt sie schon seit einigen Jahren immer wieder Besuchergruppen über das Gelände. So wusste sie, weshalb sie zu Beginn fragen musste, ob Schwyzerdütsch oder Hochdeutsch angebracht sei. Hauptteil der Führung war ein Rundgang durch verschiedene Studios. Den Beginn machte der kleine Raum von *Schweiz aktuell*. Diese Nachrichtensendung wird wochentags täglich ausgestrahlt und befasst sich ausschließlich mit Themen aus der Schweiz. Um das einheimische Flair zu erhalten, sprechen die Moderatoren ausschließlich ihren jeweiligen Dialekt: Baslerisch, Walliserisch, Bernerisch. Das ist auch für Schweizer nicht immer verständlich. Ein hinzukommender weiterer Mitarbeiter der Sendung demonstrierte noch rasch die Funktion des Teleprompters und rollte den für die Moderatorin des Abends bereitliegenden Text für uns ab, der dort im Dialekt geschrieben steht.

Ein weiteres kleines Studio hat gleich für drei Sendungen Platz: Die *nachtwach*,

eine Art „Lämmle-Live“, das neue Wirtschaftsmagazin *ECO* und die Moderationen der *Sternstunden* werden dort auf geschätzten 30 qm aufgezeichnet. Die Kulissen sind dementsprechend im Raum mobil. Stationär sind die Glitzerketten von *glanz & gloria* gleich nebenan.

Die Räume und Studios des Schweizer Fernsehens sind für Außenstehende gut versteckt. Unsere Führerin geleitete uns durch enge Gänge, steile Treppen, überdachte Überwege und um viele Kurven. Kein Wunder: Der SF ist das größte Unternehmen in der *SRG-SSR idée Suisse*, wie der Mutterkonzern des staatlichen Rundfunks in der Schweiz heißt. 1,5 Milliarden Franken stehen den je zwei italienischen und französischen und drei deutschsprachigen Fernsehsendern und sechzehn Radiosendern insgesamt zur Verfügung. Den Löwenanteil von ca. 500 Mio. Franken erhält das SF, das den größten Anteil der Schweizer Bevölkerung bedient. (Zum Vergleich: den öffentlich-rechtlichen Sendern in Deutschland stehen ca. 10 Milliarden Euro zur Verfügung.)

Eigene Produktionen

Gesendet werden eigene Produktionen, aber auch Sendungen in Kooperation mit ARD und ZDF oder dem ORF. Einen weiteren Vorteil zieht der Sender mit „nur“ 34,5 Prozent Marktanteil an der Schweiz aus der generell kleineren Zahl an erreichbaren Schweizer Zuschauern (im Vergleich zu Deutschland): Die Gebühren für die Senderechte an ausländischen Produktionen, also Serien und Filme, sind um einiges geringer (Zahlen siehe Geschäftsbericht 2006 der SRG idée suisse Deutschschweiz).

Gründung gegen große Widerstände

Das Schweizer Fernsehen wurde 1953 gegen großen Widerstand gegründet. Die Opposition sah im Fernsehen eine große Gefahr für die Bevölkerung. Um den Sendebetrieb aufnehmen zu können, wurde ein „Profi“ vom ORF ausgeliehen: Klapper kam 1965, um den Eidgenossen das Regisseur-Handwerk beizubringen und verließ den Sender erst 1995 in den Ruhestand. Heute steht das Fernsehen wieder an einem Wendepunkt: Hatte der Sendebetrieb in einer kleinen Halle begonnen, sind es heute die neuen Regiewagen, die ein neues Zeitalter ankündigen: Der SF wagt den Schritt in die moderne HD-Übertragungstechnik.
Altmodisch bleibt die Werkstatt und der Fuhrpark: Bühnen, Requisiten und Hintergrundwände werden sämtliche in den eigenen Hallen gefertigt, der Wagenpark von einer eigenen Werkstatt betreut. Die Werkstätten betreuen nicht nur hauseigene Produktionen, sondern arbeiten auch für verschiedene Theater und sogar ausländische Auftraggeber.

Preisgekröntes Set

Auf eines ihrer Werke sind Designer und Arbeiter gleichermaßen stolz: Das Set der Sendung *kulturplatz* ist preisgekrönt. Auf den ersten Blick unscheinbar, da einfach nur weiß mit ein paar roten Regalen ist die Wirkung erst im Fernsehen überraschend: Der Fußboden verschmilzt mit Wand und Decke zu einer leuchtenden Einheit über der Moderatoren und Gäste zu schweben scheinen. Auch die weißen Sitzmöbel sind fast nicht erkennbar. Erreicht wird dieser Effekt durch einen speziellen Fußboden der mehrmals im Jahr ausgetauscht werden muss und eine indirekte Beleuchtung, die sich von den klassischen Scheinwerfern verabschiedet und statt dessen indirekt durch die Decke strahlt. Wenn das kein Grund ist, um spät in der Nacht noch einmal den Fernseher einzuschalten.

Eingespieltes Team

Das große Highlight der Führung war der Besuch der *tagesschau*. Zehn Minuten vor Beginn der Live-Sendung betraten wir einen kleinen Besucherraum hinter der Regie und konnten Regisseure, Tontechniker und Sprecher beobachten. Während die Nachrichtensprecherin in ihrem Studio stand, wurde sie auf mehreren Monitoren beobachtet. Off-Sprecher saßen bereit, um noch unvertonte Filmsequenzen während der Sendung live zu kommentieren und es wartete ein Korrespondent auf seinen Einsatz. Die Kommandos der Regisseurin waren kurz und knapp und noch während sie ihr Kommando sprach, wurde die Kameraeinstellung geändert oder eine Filmsequenz eingespielt. Sogar einen kleinen Patzer durften wir miterleben: Ein falsches Hintergrundbild zur aktuell vorgelesenen Nachricht wurde binnen zwei Sekunden durch die richtige Meldung ersetzt. Puh! Geschafft.

Kurz vor Abschluss der Führung besuchten wir das Studio von *al dente*, das gera

Copyright: SF

de für die gleiche Produktion des französischen Partners umgebaut wurde und die Proben für das am selben Abend ausgestrahlte Magazin *Puls*.

Die Moderatorin probte ein Interview mit zwei Plastischen Chirurgen: Als Ersatz für die noch nicht eingetroffenen Gäste standen zwei Mitarbeiter bereit.

Copyright: SF

Ein deftiger Abschluss

Ein interessanter Abend endete mit einem Snack in der Kantine des Schweizer Fernsehens und angesichts der kräftigen Brotscheiben wurde uns klar: Fernsehen ist ein anstrengendes Geschäft. Wer ständig im Scheinwerferlicht steht, Kameras bedient, oder auch nur zeitgenau Knöpfe drücken muss, hat ein kräftiges Essen wirklich verdient.

Judith Zwick

Von der Erfindung der Schrift zum Internet

The medium is the message – Das Medium ist die Botschaft

Der kanadische Medientheoretiker und Publizist Herbert Marshall McLuhan (1911 – 1980) ist mit seiner These „The medium is the message“ in den 60-er Jahren populär geworden. Für ihn liegt das Wesentliche des Mediums in seiner Form und nicht in dem vom Medium übermittelten Inhalt. Nicht die aus dem Inhalt zu entschlüsselnde Botschaft ist für eine Medientheorie relevant, sondern die aus dem Medium heraus entstehende Wirkung, die Auswirkung auf Individuum und Gesellschaft. Insofern verwendet er den Begriff „Botschaft“ gleichbedeutend mit „Wirkung“.

Der Inhalt eines Mediums ist wiederum ein zeitlich hervorgehendes Medium. McLuhan betrachtet Veränderungen von Medientechnologien als wesentliche Ursache für soziale Veränderungen und räumt Medien somit eine enorme Macht gegenüber dem Menschen ein.
Er legte auch besonderen Wert auf die Notwendigkeit, sich der Veränderungen bewusst zu sein, die von diesen Medien bewirkt werden.

Diese auf den heutigen Status unserer Medienwelt durchaus übertragbaren Thesen sind umso interessanter, wenn man bedenkt, dass sie über 40 Jahre alt sind.

McLuhans Grundannahmen basieren auf einem sehr weit gefassten Medienbegriff. Seiner Definition zufolge beinhaltet fast jeder Gegenstand – Schrift, Kleidung, Geld etc. - mediale Eigenschaften. Nach seiner Meinung haben alle Techniken, Werkzeuge und Umgebungen großen Einfluss auf den Menschen und dessen sinnliche Wahrnehmung, so z.B. auch das Buch: Die Erfindung des Buchdrucks und die hieraus resultierende massenhafte Produktion von Büchern führte zu einem enormen Bildungsschub in allen gesellschaftlichen Schichten - die lateinische Sprache wurde in Westeuropa durch Nationalsprachen abgelöst. Auch sei die stereotype Aneinanderreihung von gedruckten Buchstaben das Embryonalstadium des Fliessbandes und der Massenproduktion gewesen. Der Buchdruck implizierte ein streng lineares Denken: Buchstabe an Buchstabe, Zeile für Zeile. In der Typographie sah McLuhan die erste Mechanisierung eines Handwerks.

Nach McLuhans Ansicht ist das geschriebene Wort nicht mehr die vorrangige Art und Weise der Kommunikation. Die „Gutenberg-Galaxis“(1962) löst sich langsam auf. Aber im Zeitalter von SMS-Kommunikation und email-Kontakten gewinnt das geschriebene Wort neue Bedeutung.

Es gesellen sich neue Medien zu den alten hinzu, sie verdrängen sie jedoch nur selten, da jedes seine ganz spezifischen Eigenschaften hat.
Das Fernsehen verflicht nach McLuhan die ganze Menschheit zu einer größeren Einheit; Dinge, die sogar in den entlegensten Teilen der Welt passieren, werden emotional wirksam in jedes Wohnzimmer gebracht. Treffend formuliert McLuhan diesen Umstand im Vorwort von „Understanding Media“ (1964): „Elektrisch zusammengezogen ist die Welt nur mehr ein Dorf.“

Durch Rundfunk und Fernsehen entsteht eine globale Gleichzeitigkeit, eine globale Öffentlichkeit, ein globales Ereignis, das die Menschen auf der ganzen Welt informiert oder fesselt, seien es Sportereignisse (Public Viewing während der Fußball WM 2006) oder auch Kriege oder Terroranschläge.

Medien geben jedoch die Wirklichkeit nicht wieder oder vermitteln, sondern sie definieren diese erst.

Die Bedeutung der Massenmedien für die moderne Gesellschaft ist dabei kaum zu überschätzen. Sie prägen das Bild der Menschen von ihrer Welt und ihrer weiteren Umwelt vielfach stärker als eigenes Erleben, als Schule oder andere Bildungsinstitutionen.

Die Realität der Massenmedien

Der Soziologe und Philosoph Niklas Luhmann (1927 – 1998) schreibt dazu in ‚Realität der Massenmedien‘ (1996):
„Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien.“ Luhmann spricht damit der Erscheinung der Massenmedien eine derart gravierende und einflussreiche Präsenz zu, dass er von einer Verdopplung unserer Realität durch die Massenmedien spricht.
Wie definiert Luhmann Massenmedien? Es sind „alle Einrichtungen der Gesellschaft …., die sich zur Verbreitung von Kommunikation technischer Mittel der Vervielfältigung bedienen.“ Dies alles sofern sie Produkte in großer Zahl mit noch

unbestimmten Adressaten erzeugen.

www.heise.de/tp/r4/artikel/9/9133/1.html
www.utoronto.ca/mcluhan/mcluhanprojekt/biographieindex.htm
www.utoronto.ca/mcluhan/mcluhanprojekt/message.htm
http://fakultaet.geist-soz.uni-karlsruhe.de/litwiss/media/Materialien_Massenmedien.pdf
Wikipedia

Das Wort **„Medium“**, das im 17. Jahrhundert in der deutschen Sprache auftauchte, ist vom lateinischen Adjektiv „medius“ abgeleitet und bedeutet ursprünglich einfach etwas Mittleres, Vermittelndes, überhaupt ein Mittel.
Im aktuellen Zusammenhang sind die Medien Mittler der Kommunikation zwischen Mensch und Mensch. Medien ist ein Sammelbegriff für alle audiovisuellen Mittel und Verfahren zur Verbreitung von Informationen, Bildern, Nachrichten etc. Zu den Massen-Medien zählen insbesondere die Presse (Zeitungen, Zeitschriften), der Rundfunk (Hörfunk, Fernsehen) und in zunehmendem Maße auch das Internet. In irgendeiner Form hat die Menschheit immer über Medien kommuniziert: die Einführung der Schrift (nach einigen Vorläufern um 3000 v. Chr. in den Hochkulturen der alten Welt), die Erfindung des Buchdrucks (in China bereits im 11. Jahrhundert, in Europa ab 1450) und seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die Verwendung elektronischer Medien wie Telefon, Radio und Fernsehen, mit denen sich die Informations- und Kommunikationsvermittlung von den Verkehrs- und Transportwegen abkoppelt, sind dabei die wichtigsten Meilensteine der Entwicklung.

www.uni-rostock.de/fakult/philfak/fkw/iph/thies/medien.html
Schubert, Klaus/Martina Klein: Das Politiklexikon. 4., aktual. Aufl. Bonn: Dietz 2006

Brachten die ersten Zeitungen im 17. Jahrhundert (auch aufgrund der noch jungen Lesekultur) ausschließlich den gebildeten Schichten Neuigkeiten aus näherer und fernerer Umgebung, so sorgte die Erfindung der Massenpresse seit den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts (zunächst in Großbritannien und den USA) für Information und Unterrichtung der gesamten Gesellschaft.

Der Aufstieg der Massenmedien wurde nahezu von Anfang an begleitet von einer heftigen Diskussion um Einfluss, Wirkung und gesellschaftliche Auswirkung dieser „Bildungs- und Unterhaltungsindustrie“. Die durch sie geschaffene publizistische Öffentlichkeit wurde einerseits als eine Grundlage der demokratischen Gesellschaft angesehen, in der ein breites Angebot von sowohl Informationen, Wissen und kontroversen Standpunkten die Kenntnisse und damit die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger, als auch die Kontrolle durch die Bürger erhöhte. Andererseits wurden die Risiken und die Möglichkeiten der Manipulation immer wieder hervorgehoben.

McLuhan schreibt 1951 dazu:
„Wir leben in einem Zeitalter, in dem zum ersten Mal Tausende höchst qualifizierter Individuen einen Beruf daraus gemacht haben, sich in das kollektive öffentliche Denken einzuschalten, um es zu manipulieren, auszubeuten und zu kontrollieren.“

Die Glaubwürdigkeit der Medien

Bezüglich der Glaubwürdigkeit der Medien hat eine Studie des ZMG Zeitungsmonitors 2004 festgestellt, dass fast die Hälfte der Befragten die Tageszeitung am glaubwürdigsten ansehen. Für knapp ein Drittel ist das Öffentlich-rechtliche Fernsehen am glaubwürdigsten. Die übrigen Befragten verteilen sich auf Hörfunk, Privatsender und Internet-Online-Dienste, wobei 6 % sogar keinen davon als glaubwürdig einstufen. (www.bdzv.de/schaubilder+M5af983db692.html)

Nach einer Studie der Bielefelder TNS Emnid Marktforschung (2005) werden rund 70 Prozent der deutschen Bevölkerung ab 14 Jahren durch eine regional erscheinende Zeitung regelmäßig erreicht. Besondere Relevanz kommt dabei neben der Glaubwürdigkeit des Mediums vor allem der Regionalität und der Aktualität zu (www.tns-emnid.com).

Wie Massenmedien auf die öffentliche Meinung wirken, ist erst auf ein festes Fundament gestellt worden, seit Ende der sechziger Jahre kontinuierlich Resultate von Medieninhaltsanalysen und Trenddaten der Meinungsforschung miteinander verknüpft werden. Auf diese Weise ist die Wissenschaft heute zu der Erkenntnis gelangt, dass eine starke Medienwirkung auf die Bevölkerung ausgeht. Hier ist jedoch auch eine intensive Wechselwirkung zu beobachten, denn Leserbriefe, Zuschauerreaktionen und vor allem Verkaufszahlen bzw. Einschaltquoten sind heute sehr entscheidende Faktoren für die inhaltliche Gestaltung der Medien. Hinter diesen Faktoren stehen finanzielle Interessen: Werbeeinnahmen heißt das Zauberwort.

Kommunikationsprozesse

Aber die Wechselwirkungen zwischen den Medien und ihren Nutzern sind nur ein kleiner Teil des gesamten Kommunikationsprozesses. Mindestens genauso wichtig ist ein anderer Faktor: die Primärgruppe (Familie, Freundeskreis, Nachbarschaft, Kollegenkreis). Überwiegend hier entstehen die grundlegenden Meinungen der Individuen; hier werden sie ausgeprägt, gefördert, kontrolliert und verändert, und zwar entsprechend den Interessen und Wertvorstellungen der jeweiligen Gruppen und ihrer Mitglieder.

In solchen Gemeinschaften bilden sich bei einzelnen typische Denkweisen, Ansichten und Normen aus. Sie bestimmen größtenteils

- was von dem Informationsangebot ausgewählt wird und
- wie die Aussagen in den Massenmedien beurteilt werden.

Die Primärgruppen wirken nicht nur indirekt auf den Kommunikationsprozess ein, sondern auch direkt, weil sich in ihnen über Gelesenes, Gehörtes und Gesehenes immer wieder Gespräche entwickeln. Dabei werden die durch Massenmedien erhaltenen Informationen weitergeleitet, geformt, zugeordnet und bewertet. Üblicherweise gibt es nach Ansicht von Elisabeth Noelle-Neumann in jeder Primärgruppe einen „Meinungsführer“, das heißt eine Person, die das Gespräch steuert: Sie ist diejenige, die in politischen Fragen um ihre Meinung und ihren Rat gebeten wird und sie nutzt Fernsehen,

Tageszeitungen und Hörfunk vor allem zu politischen Themen intensiver als andere. Sie hat in allen sozialen Schichten, bei Männern und Frauen in allen Altersgruppen die gleichen Merkmale, liest, hört, sieht mehr, nutzt die Medien aufmerksamer, hat eine bessere Erinnerung, und kann deshalb über das Gelesene, Gehörte, Gesehene sprechen und Fragen beantworten.

Medienwelten und Sozialisation

Der inzwischen eingebürgerte Terminus „Medienwelten“ soll signalisieren, dass Kinder und Jugendliche heute mit Medien selbstverständlich aufwachsen, dass sie wichtige Bestandteile ihres Lebens, ihrer Identitätsfindung und ihrer Sozialisation darstellen; er soll sowohl Medienstrukturen und -märkte als auch ihre subjektive Auseinandersetzung, Aneignung und die immer wieder zumindest partielle Loslösung von ihnen umfassen. Mithin impliziert er objektive wie subjektive Komponenten.
Dazu gehört auch die Ausstattung der Haushalte: Die private PC-Ausstattung hat 2006 erstmals die Marke von 75 Prozent geknackt. In drei von vier Haushalten steht inzwischen ein Computer. Das gab der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) Anfang Januar 2007 bekannt (www.bitkom.de).
Und insgesamt sind Haushalte, in denen Jugendliche aufwachsen, laut Medienpädagogischem Forschungsverbund Südwest, JIM-Studie 2006 heute bestens mit elektronischen Medien ausgestattet – fast jeder verfügt über Fernseher, Handy, CD-Player, Computer, Videorekorder und Internetzugang. Auch MP3-Player, Digitalkamera und DVD-Player finden sich inzwischen in fast allen Haushalten und über die Hälfte der Haushalte mit Jugendlichen hat eine Videospielkonsole. Insgesamt steht einem Großteil der Jugendlichen heute fast das gesamte Repertoire der Unterhaltungselektronik zur Verfügung (www.mpfs.de/fileadmin/JIM-pdf06/JIM-Studie_2006.pdf).

Vertiefung der Wissenskluft?

Die Medien verbreitern die Wissenskluft zwischen den oberen und unteren Schichten der Gesellschaft. Wer bereits gut informiert ist, weiß auch am besten, wo zusätzliche Informationen zu finden sind; er oder sie kann aus dem Angebot auswählen, Wichtiges vom Unwichtigen unterscheiden und neues Wissen einordnen. Hingegen können schlecht informierte Personen auch mit neuen Informationen schlecht umgehen.

Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit

In einem längeren historischen Prozeß sind die Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit im ausgehenden 18. Jahrhundert erkämpft, im Obrigkeitsstaat des 19. Jahrhunderts zeitweilig geduldet, im autoritären und totalitären Staat des 20. Jahrhunderts beseitigt und in den demokratisch regierten Staaten der Gegenwart verfassungsrechtlich gesichert worden. So heißt es im Artikel 5 des Grundgesetzes:

“(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.“ [...]

www.bpb.de/themen/HSGEQ7.html
Informationen zur politischen Bildung, Massenmedien (Heft 260): www.bpb.de/publikationen/

Verstärkte Nutzung des Internet

Bei einer Erhebung 1997 zur „Mediennutzung und Freizeitbeschäftigung“ wurde Fernsehen, Radio hören und Zeitung lesen als mit Abstand häufigste Freizeitbeschäftigung genannt (Informationen zur politischen Bildung, Heft 260, Massenmedien).

Diese Nutzungsdaten sind seither zwar weitgehend unverändert geblieben, das Internet hat sich aber vor die Nutzung der Printmedien auf den dritten Platz geschoben (www.pr-journal.de/redaktion/medien/tv-weiterhin-meistgenutzt—aber-internet-mit-deutlichem-zuwachs.html): für viele Bundesbürger ist das Internet inzwischen ein selbstverständlicher Bestandteil ihres Medienalltags geworden.

Aktuell haben 40,8 Millionen Deutsche ab 14 Jahre Zugang zur Internet-Welt. Damit stieg der Anteil der Internet-Nutzer in Deutschland im Zeitraum 1997 bis 2007 von 6,5 Prozent auf 62,7 Prozent. Zu diesen Ergebnissen kommt die seit 1997 jährlich durchgeführte ARD/ZDF-Online-Studie 2007.

Die Suche nach Informationen im Internet ist heute für viele naheliegender als die Recherche in Büchern. Egal was man sucht, ein bestimmtes Kochrezept, nähere Informationen zu einem geschichtlichen Thema oder eine Englisch-Vokabel, es erfolgt der schnelle Griff ins Netz. Und „googeln“ ist ein Synonym für Internetrecherche geworden.

Die zunehmende Nutzung auch von multimedialen Anwendungen hängt eng mit der Verbindungstechnik zusammen. Mittlerweile verfügen 59 Prozent der Onlinenutzer über einen DSL/Breitband-Anschluss, der den schnellen Abruf auch datenintensiver Angebote ermöglicht (www.daserste.de/service/studie.asp).

Die Mediennutzung der jüngeren Generation hat sich grundlegend verändert im Vergleich zu den älteren Generationen. PC und Handy werden immer wichtiger und sie werden immer weniger über die klassischen Empfangsgeräte die Fernseh- und Radio-Programme hören und schauen.
Zunehmend attraktiv sind Videos und Audiodateien im Netz. Triebfeder dieser Entwicklung sind die Videoportale, die fast jeder dritte Onliner bereits genutzt hat. 21 Prozent aller Internetnutzer rufen wöchentlich Audiodateien auf, wobei das Radiohören im Netz besonders beliebt ist. Verschiedene Fernsehsender bieten inzwischen ihre Sendungen auch im Internet als Videostream an.
Eigene Videos ins Internet stellen und das Abrufen von Videos nach Belieben entspricht den veränderten Anforderungen an die Fernsehinhalte.

Das sind alles große Herausforderungen für die Sender, die beginnen, eigene Videoportale anzubieten, auf der anderen Seite müssen sie aber auch lineare Programme noch viele Jahre produzieren und ausstrahlen. Es wird über einen langen Zeitraum ein Nebeneinander von alten und neuen Medien geben.
Ähnliche Veränderungen sind bei den Print-Medien erfolgt: die wichtigsten Artikel der Tageszeitung und Magazine gibt es zusätzlich online. Vorteil ist, man kann auch mal in verschiedenen Blättern nach Informationen suchen.

Gehört der Ehemann hinter der Tageszeitung am Frühstückstisch deshalb der Vergangenheit an? Sicher nicht, da die gedruckte Zeitung nicht zu ersetzen ist und an Vielseitigkeit auch nicht zu übertreffen ist: denn weder kann man den Salat auf dem Wochenmarkt in einen Laptop einpacken, noch sollte man mit dem PC auf Fliegenjagd gehen.

Susanne Rometsch

Campus-TV – Die Medienwelt auf dem Campus der Universität Konstanz

Campus-TV ist eine auf freiwilliger Basis agierende, studentische Fernsehinitiative, welche Teil des Curriculums von Literatur-, Kunst- und Medienwissenschaften an der Universität Konstanz ist.

Betreut wird die Mediengruppe Campus-TV von Prof. Dr. Albert Kümmel-Schnur, sie steht sowohl LKM-Studenten als auch Studenten aller Fachbereiche offen, die dort im Rahmen der berufsfeldorientierten Schlüsselqualifikation bis zu 8 ECTS Punkte sammeln können. Auch einige Verwalter sind in dem 40-köpfigen Redaktions- und Leitungsteam vertreten.

Seit Oktober 1999 produzieren Studierende dort unabhängig und eigenständig kleinere Reportagen, Umfragen und Beiträge im digitalen Videoformat bis zu einer Länge von fünf Minuten. Die fertigen Beiträge sind jederzeit auf der eigenen Homepage www.lkm.uni-konstanz.de/campus-tv via Streaming-Technologie zu sehen. Zuschauer haben hier selbst die Möglichkeit, aktiv zu werden und zum Beispiel Sterne für das Gefallen eines Filmes zu verteilen und/oder Kommentare zu hinterlassen. Sowohl journalistische, als auch künstlerische oder unterhaltsame Formate finden ihren Platz in einer der drei Programm-Sparten: *Service / Politics / Culture*. Die Themenwahl beschränkt sich nicht nur auf Interessantes für Studenten, sondern schließt auch kulturelle Veranstaltungen oder Relevantes aus den Bereichen Sport und Politik in der Region Konstanz/ Bodensee mit ein.

Seit einem Jahr wird CTV-Neulingen darüber hinaus die Möglichkeit geboten, in völliger Eigenregie einen ultrakurzen Film zu produzieren, in dem die „Grünschnäbel“ ihr Talent und ihre Motivation unter Beweis stellen können. Diese Initiationsfilme stehen in jedem Semester unter einem neuen Motto und sind auf der Homepage in den Programmsparten *99ct-Sho*p (die 20-sekündigen Kurzfilme des ersten Semesters) und *30seconds to serve* (die 30-sekündigen Servicefilme des letzten Semesters) zu bestaunen. In diesen Filmen haben die Anfänger die Möglichkeit, erste Erfahrungen mit einer Kamera und digitalen Schnitttechniken zu machen, wobei ältere CTV-Semestler ihnen mit Rat und offenen Ohren zur Seite stehen. Ergebnis dieses Projekts sind ganz erstaunliche Animations-, Stop-Motion- oder auch normale Aufnahme-Filme aller Genres.

Das Team von CTV besteht aus circa 40 Redakteuren und dem Leitungsteam, selbiges wiederum bestehend aus einer Reihe von Spezialisten der verschiedenen Bereiche der Filmproduktion (Hard- und Softwarespezialisten für Ton- und Schnitt- und sonstige Produktionsprogramme und –Geräte) und organisatorisch tätigen Mitgliedern.
Während der regulären Campus-TV-Produktion arbeiten jeweils drei Studenten an einem Beitrag: Zwar teilt man hier die Zuständigkeiten in die Bereiche Redaktion, Kamera und Schnitt auf, doch ist die zwingende Voraussetzung eines gelungenen Campus-TV Films die intensive Auseinandersetzung und Zusammenarbeit aller drei Filmschaffenden.

Zusammen trifft man sich wöchentlich mit Prof. Dr. Albert Kümmel-Schnur in gemütlichem Ambiente, um bei Essen und Getränken die fertigen Filme anzusehen und zu diskutieren, neue Projektvorschläge zu besprechen und sich über TV-Arbeit auszutauschen.

Da Campus-TV mit neuester, hochwertiger Technik arbeitet, die eine gute Kenntnis dieser voraussetzt, ist CTV ständig um Wissensvermittlung an alle Mitglieder bemüht. So arbeiten nicht selten zwei „alte Hasen“ mit einem neuen Mitglied an einem Projekt. Darüber hinaus bieten sowohl die alteingesessenen Mitglieder als auch externe Experten regelmäßig Workshops zu ihren jeweiligen Spezialgebieten an.

Oft arbeitet CTV mit lokalen Institutionen an gemeinsamen Projekten. Auch ist das private ökonomische Interesse vieler am Bodensee ansässiger Firmen an CTV groß, doch kann und möchte CTV all diesen Nachfragen nicht nachgehen; handelt es sich doch um eine freiwillige, studentische Mediengruppe, deren Ziel es ist, über für sie relevante Themen zu berichten, in die Aufgaben der TV-Produktion hineinzuschnuppern und diese zu erlernen.

Julia Walter, Lena Schaffer

KonNet-Verwaltertreffen 17. – 20. Mai 2007 in Hamburg

Viel zu hören - viel zu sehen - viel zu reden

Besonders gilt es, den Organisatorinnen Martina Schwytz und Katja Schwanke zu danken, sie haben in sehr erfolgreicher Teamarbeit Martinas Vor-Ort-Kenntnisse und Katjas organisatorische Erfahrung – nach Berlin,Konstanz und Frankfurt ist es nun bereits das vierte Verwaltertreffen, das Katja organisiert hat – zusammengefügt und daraus ein vielseitiges und interessantes Programm erstellt. Es hat uns wieder viel Neues gezeigt, wir haben alte und neue Freunde getroffen und es hat vor allem wieder Spaß gemacht!

Zum ersten Programmpunkt des diesjährigen Verwaltertreffens, dem Abendessen am Himmelfahrts-Donnerstag, fand sich bereits eine größere Gruppe in der **Turnhalle St. Georg** ein. Es handelt sich tatsächlich um eine zu einem gemütlichen, modernen Restaurant umgebaute Turnhalle, sogar die Ringe und Seile hängen noch als Dekoration von den Deckenbalken. Zum Teil hatte man sich bereits im Hotel oder unterwegs getroffen, aber hier war nun bei einem leckeren Abendessen Gelegenheit, sich ausgiebig mit den anderen Teilnehmern zu unterhalten.

Am Freitag traf man sich dann zur **Rathausführung**. Die Dame, die durch das Gebäude führte, erklärte voll Stolz, dass es hier 5 Zimmer mehr als im Buckingham Palast gibt: es sind 647! Wir konnten natürlich nicht alle besichtigen, aber die öffentlich zugänglichen sind sehr prunkvoll und repräsentativ, wobei aber der große Saal nicht für Aufmärsche und Bälle genutzt werden kann – auch die Personenzahl ist strikt auf 800 begrenzt-, da sich im Boden darunter die Klimaanlage aus dem Jahre 1900 befindet und die Statik hier entsprechende Reglementierungen vorschreibt.

Auf dem weiteren Rundgang sahen wir außerdem Bilder der früheren Bürgermeister, eines früheren Senats etc., reich verzierte Kronleuchter, edle Wandverkleidungen mit Leder oder Velours etc. und in einem Raum waren besonders schöne, alte Holzschnitzereien und Holzeinlegearbeiten, die von halbwüchsigen Jungen gefertigt wurden, zu bewundern.

Nach der Führung stärkten sich einige Teilnehmer zusammen mit Martina Schwytz beim **Mittagessen in der „Ständigen Vertretung“ auf der Fleetinsel**, andere nutzten die Zeit bis zum nächsten Programmpunkt zum Shoppen oder zum eigenständigen Erkunden von Hamburg.

Am Nachmittag ging es weiter mit einer **Führung durch die Speicherstadt und die Hafencity**, ein neues Stück Hamburg, das in den nächsten zwanzig Jahren 40.000 Arbeitsplätze, 5.500 Wohnungen mit Schule, Einkaufszentrum und Gastronomie schaffen soll.

Der Führer vom Speicherstadtmuseum führte sehr kompetent, aber auch mit durchaus kritischen Anmerkungen zu den aktuellen Planungen und Entwicklungen.

Die Speicherstadt war früher der größte historische Lagerhauskomplex der Welt – vor allem Kaffee, Tee, Kakao, Gewürze, Tabak - und sie steht seit 1991 unter Denkmalschutz. Heute werden diese Waren praktisch nicht mehr hier gelagert – der Führer zeigte uns aber Bilder, erst wenige Jahre alt, auf denen noch Säcke wie zu Großväter-Zeiten mit Seilwinden auf die Böden der Lagerhallen hochgezogen wurden. Heute bevorzugen die Kaffeeröstereien Lagerhallen mit modernen Logistik-Möglichkeiten, in den alten Stätten war nicht einmal der Einsatz von Gabelstaplern möglich.
Inzwischen werden viele der Räume aber als Orientteppichlager genutzt: es ist die zweitgrößte Lagerstätte nach dem Iran.
Ein Teil der Räumlichkeiten der Speicherstadt wird auch für Büros genutzt, eine Umwandlung in Wohnungen ist aber nicht gestattet, da die Häuser unter der Hochwassermarke liegen.

Nach der Besichtigung des Speicherstadt-Museums und einer netten Kaffeepause im dortigen Café führte uns ein flotter Marsch zum Jungfernstieg. Von dort startete eine **Hafenrundfahrt**, die auch durch eine Schleuse und an den Docks vorbeiführte und uns einige der ganz großen Containerschiffe aus der Nähe zeigte.

Abends traf man sich im **„Gröninger Braukeller“**, einem riesigen, verschachtelten Kellergewölbe zu dem einen oder anderen Bierchen. Einen krönenden Abschluss fand der Tag im **Kirschblüten-Feuerwerk an der Außenalster**.

Der Samstag startete mit einer – leider verregneten – **Stadtrundfahrt** per Bus. Sie führte entlang der Einkaufsstraßen, vorbei an Botschaften und wunderschönen Herrschaftsvillen, von denen die Führerin auch die prominenten Bewohner benennen konnte und in deren Gärten herrliche Rhododendren blühten. Aber auch die sündige Meile Reeperbahn und das teilweise durch Drogen und Prostitution eher negativ besetzte Viertel St. Georg waren Stationen.

Zum **Mittagessen** war das **Restaurant „Bobby Reich“**, wunderschön an der Außenalster gelegen, vorgesehen.

Da der Regen inzwischen aufgehört hatte, konnten wir gemütlich auf der Terrasse sitzen. Von dort führte uns dann ein Spaziergang entlang imposanter Jugendstilvillen und idyllischer Wasserstraßen zur Geschäftsstelle der CDU, die ebenfalls in einer ansprechenden Villa mit herrlichem Garten untergebracht ist.

Dort fanden die **Podiumsdiskussion** und die **Mitgliederversammlung von KonNet e.V.** statt.

Die Referenten der **Podiumsdiskussion zum Thema „Arbeitsmarktpolitik“,** Dr. Michael Gerhardt (Fachamt für Arbeitsmarktpolitik der Stadt Hamburg), Bernd Felder (Steria Mummert Consulting) und Lukas Becher (Becher Consult) bezogen unter der Moderation von Martina Schwytz Stellung zu den aktuellen Debatten über Mindestlohn und Kombilohn.

Nach einer Kaffee- und Kuchenpause stand die **Mitgliederversammlung** auf dem Programm. Dabei wurde u.a. die Intensivierung der Alumni-Arbeit an der Uni und die Kooperation von KonNet mit der VEUK-Geschäftsstelle thematisiert. Außerdem war der Vorstand neu zu wählen: Christoph Schiedel wurde für sein Engagement als 1. Vorsitzender mit der Wiederwahl belohnt, ebenso Katja Schwanke als stellvertretende Vorsitzende und Jürgen Banzhaf als Finanzvorstand. Neu im Team ist Dr. Johannes Dingler als stellvertretender Vorsitzender. Er ist Programmkoordinator am Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Konstanz und kann so für eine optimale Verzahnung zwischen KonNet und Universität sorgen.

Nach diesen theoretischen Programmpunkten wurde es mit der **St. Pauli-Führung** wieder praktisch: abends wurden wir von einer kompetenten und engagierten Bewohnerin durch ihr Viertel und über die Reeperbahn geführt.

Und dabei zeigte sich, dass St. Pauli weit mehr als die Rotlicht-Szene zu bieten hat. Es ist eigentlich ein gemütliches Stadtviertel, das auch kulturell einiges zu bieten hat, zum Beispiel gastierte hier der legendäre „Star-Club“ und die Musik-Clubs wie „Große Freiheit 36“ konnten von Uriah Heep über Robbie Williams bis zu Udo Lindenberg schon viele große Auftritte bieten.

Der Name St. Pauli geht übrigens auf die 1682 errichtete Kirche in der damals noch Hamburger Berg genannte Vorstadt zurück.

Im „**Herzblut von St. Pauli**“ mitten auf der Reeperbahn, einem Restaurant mit Disco trafen wir uns anschließend zum Abendessen.

Der krönende Abschluss des Verwaltertreffens 2007 in Hamburg war der Rundgang eines harten Kerns von Verwaltern über den **Fischmarkt** (welche Auswahl an Waren und Kulturen!!!) in die Markthalle, in der die letzten müden Augen zu staunen begannen.

Ein solche Party-/Volksfeststimmung am „frühen“ Morgen verlangte dann nach einem ruhigen, ausgedehnten Ausklang auf der Aussichtsplattform der Landungsbrükken an der Elbe.

Highlight war hier das Auslaufen des Kreuzfahrtschiffes MS Deutschland („Traumschiff“), zu dem die deutsche Nationalhymne gespielt und gesungen wurde.

Die Elbe werden wir beim Verwaltertreffen im nächsten Jahr wiedersehen – zu Himmelfahrt, vom 1. - 4. Mai 2008 in Dresden!

Susanne Rometsch

Podiumsdiskussion zum Thema Arbeitsmarktpolitik

Agenda
- Einleitung.
- Aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt.
- Derzeitiger Diskussionsstand: Mindestlohn.
- Derzeitiger Diskussionsstand: Kombilohn.
- Vortrag Dr. Michael Gerhardt: Arbeitsmarktpolitik in Hamburg.
- Podiumsdiskussion.

Diskussionsteilnehmer:
- Dr. Michael Gerhardt
- Bernd Felder
- Lukas Becher
- Martina Schwytz (Moderation)

Dr. Michael Gerhardt
- Planungsstab der Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg
- Vormals: Behörde für Wirtschaft und Arbeit; Grundsatzfragen der Arbeitsmarktpolitik
- Studium: VWL
- Statement: Ein zu hoher Mindestlohn gefährdet bestehende Arbeitsplätze, ein zu niedriger Mindestlohn ist überwiegend ein reines politisches Symbol.

Bernd Felder
- Steria Mummert Consulting
– Public Services: Arbeit und Soziales
– Beratung, Evaluation: Europäischer Sozialfonds, Agenturen für Arbeit, Träger
- Studium: Verwaltungswissenschaft 1989 bis 1995
- Auslandsstudium: LSE
- Arbeitsaufenthalt: Deutsche Aerospace
- Statement: Kombilöhne – fokussiert auf ALG II-Empfänger – können eine Brücke in den ersten Arbeitsmarkt bauen.

Lukas Becher
- Becher Consult
- Schwerpunkt: Businessberatung für regenerative Energien
- Studium: Verwaltungswissenschaft 1992 – 1999
- Auslandssemester: Europa-Universität Thames Valley in Ealing, London
- Industriekaufmann
- Statement: Die aktive Arbeitsmarktpolitik der Bundesrepublik tritt auf der Stelle

Martina Schwytz
- Steria Mummert Consulting
- Public Services: Management und Organisationsberatung
- Schwerpunkt: Arbeit und Soziales
- Studium: Verwaltungswissenschaft 1997 – 2003
- Auslandsstudium: Universidad di Granada
- Arbeitsaufenthalt: Goethe-Institut, San Francisco

Einführungsvortrag Martina Schwytz

Aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt

- Die Gesetze zu den „Modernen Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ sind eingeführt und wirken
- Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik: „Es kann jeden treffen!“
- Wirkungen:
– Bewegung erzeugt
– Differenzierung erreicht
– SGB II Umsetzung in neuen organisatorischen Rahmen hat scheinbar Kostensenkung, zumindest Kostendifferenzierung bewirkt

- Zeitarbeit boomt, befristet vor unbefristet, wenig Nachhaltigkeit, viele halten den Aufschwung für prekär
- Bewegung lässt unvermittelbare Restmenge erkennen.
- Prominente aus Politik, Wirtschaft und von der BA sprechen von bis zu 600.000 nicht vermittelten chancenlosen Menschen
- Notwendigkeit einer dauerhaften lohnsubventionierten Beschäftigung wird scheinbar politikfähig
- Politik will aber noch keine dazugehörenden dauerhaften Strukturen fördern

Derzeitiger Diskussionsstand: Mindestlohn

- Pressemeldung DIHK: 1,3 Mio. Vollzeitbeschäftigte verdienen hier zu Lande sechs Euro pro Stunde oder weniger.
- IFW im Fokus: Ein Arbeitgeber wird keinen Arbeitnehmer benötigen, dessen Ertrag aus der Arbeit geringer ist, als die Kosten der Arbeit. Die Einführung eines Mindestlohns, der über dem Ertrag aus der Arbeit liegt, führt zur Entlassung des betroffenen Arbeitnehmers.
- Mit dem ALG II existiert bereits ein faktischer Mindestlohn

Großbritannien:
- Mindestlohn und wirtschaftlicher Erfolg gehen Hand in Hand
- Mindestlohnniveau liegt unter der kritischen Grenze entfaltet so keine Wirkung
- Eher symbolhafter Charakter

Frankreich:
- Mindestlohn übersteigt die relevanten Marktlöhne
- Jugendliche und Geringqualifizierte werden aus dem Arbeitsmarkt gedrängt oder können auf diesem keinen Fuß fassen.

Derzeitiger Diskussionsstand: Kombilohn.

- Subvention niedriger Erwerbseinkommen
- Kein „Sonderarbeitsmarkt“
- Mobilisierung der Kräfte des Marktes durch Subvention
- BA 2007: Etwas mehr als 1 Mio. Personen beziehen ALG II und Einkommen aus Erwerbstätigkeit
– etwa die Hälfte davon im Bereich von Minijobs (Ausschöpfung der Hinzuverdienstregelungen)
– die andere Hälfte in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung (vorwiegend Teilzeit)
- Transfersystem setzt Anreize zu partieller Arbeitsmarktintegration
- Situation darf deshalb nicht per se als massive Verbreitung von nicht existenzsichernden Löhnen im Vollzeitbereich gedeutet werden
- Aber: Anreiz im Transfersystem zu bleiben, da durch die derzeitigen Hinzuverdienstregelungen mit niedrigen Erwerbseinkommen vergleichsweise hohe Haushaltseinkommen realisiert werden können.

Statement Michael Gerhardt

Arbeitsmarktpolitik in Hamburg

Gliederung
1. Problemlage
2. Neukonzeption der Hamburger Arbeitsmarktpolitik
3. Programmbeispiele
3.1 Arbeitsgelegenheiten
3.2 Hamburger Modell
4. Resümee

1. Problemlage

Boomender Niedriglohnsektor
- Mini- und Midi-Jobs
- Arbeitsgelegenheiten („1-Euro-Jobs“)
- teilweise Schwarzarbeit

2. Neukonzeption der Hamburger Arbeitsmarktpolitik
Die operative Umsetzung der Arbeitsmarktprogramme wurde neu ausgerichtet.

Effizienz und Effektivität der Arbeitsmarktpolitik in Hamburg generell erhöhen – „Ökonomisierung“ der Umset-

zung von Arbeitsmarktpolitik

Neugestaltung der operativen Umsetzung der Arbeitsmarktprogramme

- Absoluter Vorrang des Integrationsziels vor allen anderen Zielen
- Einrichtung eines für alle Träger verbindlichen Controllings via Internet
- konsequente Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik auf den regulären Arbeitsmarkt
- Rückbau des Zweiten Arbeitsmarktes via Fallkostenpauschale

Erzielte Ergebnisse:

3.1 Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs)
Zielgruppe: Erwerbsfähige Hilfsbedürftige die keine Arbeit finden können (§ 16 Abs. 3 Satz 1 SGB II)

Verfahren in Hamburg
Hamburg ist durch die Vergabe mit einem vorgeschalteten Interessenbekundungsverfahren einer der Vorreiter bei der Verfahrenstransparenz und der Steigerung der Maßnahmequalität

Ein gutes Drittel der zugewiesenen Personen wird tatsächlich eingestellt, ein Drittel wird nicht eingestellt aus Bewerber- oder Arbeitgebergründen, aber ein Drittel der Bewerber meldet sich gar nicht an der zugewiesenen Stelle. Davon erfolgen 46 % aus plausiblen Gründen (Berufstätigkeit, Nebenverdienst, Mutterschutz usw.)

Konsequenzen:
Durchsetzung von Fördern UND Fordern ist notwendig
- Verbesserung der Zuweisung durch Einschaltung eines externen Trägers
- Intensivierung der Hausbesuche
- Optimierung der Zuweisungspraxis

Integrationsquote:
17,1 % der Teilnehmer waren in Hamburg sechs Monate nach Förderende sozialversicherungspflichtig beschäftigt, bundesweit waren es 16,2%.

3.2 Hamburger Modell
Das Hamburger Modell ist ein Kombilohn
Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhalten direkt Zuschüsse um den Lohn zu steigern

Eckpunkte des Hamburger Modells ab 1. Januar 2005
Die Zielgruppe: ALG II- Empfänger (Langzeitarbeitslose, Arbeitslose ohne marktfähigen Berufsabschluss usw.)
Fördervoraussetzung: Bezug von ALG II
Gefördert werden: sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit einer Wochenarbeitszeit von mindestens 15 Stunden bei einem Bruttoarbeitsentgelt zwischen 400 • und 1.700 •
Förderhöhe: bei Vollzeitbeschäftigung monatlich je 250 • für Arbeitnehmer und Arbeitgeber (bei Teilzeit: 125 •)
Zusätzlich: Qualifizierungsgutschein im Wert von 2.000 •
Förderdauer: bei unbefristeter Einstellung 10 Monate und bei befristeter Einstellung 6 Monate

Als begleitendes Beratungsinstrument dient ein „Integrationsmanager“

4. Resümee
Durch die innovative Umgestaltung der Hamburger Arbeitsmarktpolitik sind sichtbare – empirisch messbare – Erfolge feststellbar (3/4 der geförderten Arbeitslosen sind auch nach Förderende weiterhin in der entsprechenden Firma)...

…dies ist jedoch nicht der „Königsweg“, sondern nur ein „Baustein“ zur Senkung von Arbeitslosigkeit

Statement Lukas Becher

Der Mindestlohn zementiert die strukturelle Arbeitslosigkeit

Ich arbeitete von 2000 bis 2005 als freier Dozent in der Aus- und Weiterbildung. Dort unterrichtete ich Industrie- und Bürokaufleute, trainierte Arbeitssuchende in Blockseminaren und sammelte Erfahrungen in einer Personal-Service-Agentur. Deswegen hatte die Podiumsleitung mich gebeten, die Debatte durch eigene, praxisbezogene Aspekte zu bereichern und Position zur Streitfrage Mindestlohn oder Kombilohn zu beziehen.
Entsprechend dieser Rolle waren meine Kommentare im Wesentlichen aufgrund der leicht verständlichen Ausdrucksform unwissenschaftlich dargestellt. Ich habe mir daher erlaubt, an die arbeitsmarktpolitischen Probleme mit jenem Verständnis heranzugehen, das man als gesunden Menschenverstand bezeichnen kann. Gleichfalls war es mein Ziel, mit meinen Ansichten und Argumenten, insbesondere beim Vertreter der Arbeitsbehörde der Stadt Hamburg, zu neuen Einschätzungen der Realität beizutragen.

Nominale und reale Arbeitslosigkeit – die organisierte Heuchelei der Bundesrepublik
Leider nennen die Akteure der Arbeitsmarktpolitik – insbesondere die Medien - in der Bundesrepublik bei Verkündung der offiziellen Arbeitsmarktzahlen stets nur die nominale Statistik. Dabei ist uns doch klar: Die tatsächliche (reale) Arbeitslosigkeit ist viel höher. Warum ist das so und wem nützt diese veröffentlichte Intransparenz?
Beispiele: Die Zahl der Arbeitslosengeld II-Empfänger/innen (SGB II) beträgt über 7 Millionen Menschen; Anteil der Steuersparmodelle (vertragliche Arbeitsverhältnisse) bei den haushaltsnahen Dienstleistungen (Mini-Jobs); fehlende statistische Angaben über gescheiterte Arbeitsmarktinstrumente (Bildungsgutscheine, Personal-Service-Agenturen, Ich-AG´s) seit Inkrafttreten der Hartz-Gesetze. Deswegen erweckt die bundesdeutsche Parteienstaatsdemokratie bei den Betroffenen schon seit langer Zeit den Eindruck, stets alles ändern, ohne etwas zu bewegen. Nur eine ehrliche Arbeitsmarktstatistik ist der Lackmustest für das Ende der Heuchelei.

Begriffe offenbaren strukturelle Defizite der bundesdeutschen Arbeitsmarktpolitik
Juristen sind wahre Meister im Erfinden bürokratischer Substantive, welche ungeprüft unsere Alltagssprache besetzen, jedoch faktisch Millionen von Menschen abstempeln und stigmatisieren. Beispiele: Was ist ein „Langzeitarbeitsloser“ und welche Vorstellungen haben von diesem Begriff die Nicht-Betroffenen? (Das sind

„Arbeitslose“, die länger als ein Jahr arbeitslos sind.) Warum verbinden wir noch über 7 Millionen Menschen mit Peter Hartz und bezeichnen diese Gruppe als „Hartz-IV-Empfänger“?
Begriffe als Symbole für unseren „erschöpften Staat“, der nicht mehr in der Lage und Willens ist die Strukturen radikal zu erneuern! Das beweist die große Koalition. Denn die ideologischen Differenzen beider Volksparteien lassen keine oder bestenfalls nur inkrementale Strukturreformen zu. Darüber hinaus gibt es zahlreiche strukturelle Ursachen für die starke Trennung des Arbeitsmarktes in „Drinnen und Draußen“ mit entsprechend negativen Effekten für die Arbeitssuchenden.

Der Mindestlohn zementiert die strukturelle Arbeitslosigkeit
Aus Platzgründen kann ich hier nicht vollständig meine differenzierte Position zur dieser komplexen Streitfrage wiedergeben. Jedoch begründe ich in drei Punkten kurz meine Skepsis zum Mindestlohn.
Erstens: Das komplexe Normengefüge des bundesdeutschen Arbeits- und Tarifrechts wird durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns weiter aufgebläht. Die negative Folge: Mehr Regeln, mehr Verwaltungspersonal, mehr Kontrolle, mehr Staat weniger Markt, weniger Wettbewerb und Flucht in die Schwarzmärkte.
Zweitens: Wenn wir unbedingt einen Mindestlohn wollen, dann „Bitte Schön“ nur ein einheitlicher Mindestlohn für alle 27 EU-Mitgliedsstaaten. Die positive Folge: Wenigstens würde eine solche Reform das Lohndumping innerhalb Europas beenden. Zudem lassen sich so schneller die Lebensverhältnisse innerhalb der Staatengemeinschaft angleichen.
Drittes: Der Erfolg des Mindestlohns in Großbritannien begründet sich nicht nur durch die Insellage des Königreichs, sondern vielmehr auf die im Vergleich zur Eurozone (und damit auch Deutschland) günstigeren strukturellen Rahmenbedingungen für makroökonomische Entscheidungen. Und genau jene sind ursächlich für den starken Beschäftigungszuwachs auf der Insel.

Fazit:
Für mich ist die entscheidende abhängige Variable zur Problemlösung die Arbeitsmarktstruktur. Zur Lösung brauchen die Deutschen einen zweiten „Mauerfall“. Und der beginnt in unseren Köpfen. Zum Beispiel: selbstorganisierende, unabhängige Projektarbeitsgemeinschaften. Das einzelne Projektmitglied übernimmt nur Arbeiten die Ihm Spaß machen. Die Folge: Motivierte Menschen! Gleichwohl wäre das ein Schritt für die wirkliche Strukturreform: Beseitigen wir 130 Sozialgesetze und unsägliche Integrationsinstrumente und schaffen dafür ein bedingungsloses Grundeinkommen. Damit entfällt die existenzielle Notwendigkeit für die Erwerbsarbeit und gibt ca. 12 Millionen Menschen in Deutschland Ihre Würde und Teilhabe zurück, die Ihnen ein rechtskräftig verurteilter Personalvorstand der Volkswagen AG einst versprochen hatte.

Mindestlöhne für Deutschland: Bittere Medizin mit Nebenwirkungen

Eigentlich sind die Zusammenhänge ganz einfach: Löhne sollten idealtypisch das Wertgrenzprodukt der Arbeit, also die preisgewichtete Produktivität des Arbeitnehmers widerspiegeln. Ein Arbeitgeber wird keinen Arbeitnehmer benötigen, dessen Ertrag aus der Arbeit (das „Wertgrenzprodukt“) geringer ist, als die Kosten der Arbeit; die Arbeit würde dann mehr kosten als einbringen. Die Einführung eines Mindestlohns, der für einige Arbeitgeber über dem Lohn liegt, den sie bislang für eine bestimmte Arbeitsleistung zahlten, führt dann zur Entlassung des betroffenen Arbeitnehmers, wenn sein Wertgrenzprodukt für den Mindestlohn zu gering ist.

Diese einfachen Zusammenhänge werden von der Politik jedoch häufig übersehen. Das zeigt sich in der Erwartung, dass Mindestlöhne Erwerbseinkommen für Geringqualifizierte garantieren könnten, die nach politischen Kriterien als existenzsichernd gelten. Dabei wird übersehen, dass im Fall von Arbeitnehmern mit zu geringem Wertgrenzprodukt ein Mindestlohn mit größerer Wahrscheinlichkeit in die Arbeitslosigkeit führen würde.
Denn ohne eine gesetzliche Einstellungspflicht ständen den Arbeitgebern zahlreiche Handlungsalternativen offen, um Mindestlohnvorgaben auszuweichen: Rationalisierung, Verlagerung oder Produktionsaufgabe wären mögliche Reaktionen, die zu einer Vernichtung von Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte in Deutschland führen würden. In vielen Dienstleistungsbereichen würde die Mindestlohnarbeitslosigkeit zudem der Schwarzarbeit zu noch größeren Wachstumsraten verhelfen.

Aber viele Befürworter von Mindestlöhnen unterstellen offensichtlich, dass die Tarifvertragsparteien im unteren Lohnbereich versagt hätten. Doch ist das so? Haben die Tarifvertragsparteien nicht das Bestreben, auch für Geringqualifizierte realistische Einstiegslöhne zu schaffen und die Beschäftigung durch einen größeren Lohnsetzungsspielraum nach unten zu sichern? Das Ziel der Beschäftigungssicherung würde rasch in den Hintergrund gedrängt, wenn der Gesetzgeber sozialpolitische Kriterien der Lohnfindung einführen würde. Die sozialpolitische Kontrolle frei ausgehandelter Tarifverträge würde eine beschäftigungssichernde Lohnsetzung am unteren Rand der Lohnskala erschweren und dazu am Kern der Tarifautonomie rütteln.
So übersieht man leicht, dass Mindestlöhne die Arbeitskosten für Unternehmen in einem Maß erhöhen können, dass die Rentabilität der Beschäftigten unter eine kritische Schwelle sinkt und damit verstärkt Kündigungen die Folge sind.
Nur auf den ersten Blick überzeugend ist auch das politische Argument, dass Mindestlöhne ein wirksamer Schutz vor kostengünstigen Wettbewerbern und billigen Arbeitskräften aus Mittel- und Osteuropa wären. Zwar müssten die osteuropäischen Anbieter ihre Löhne in Deutschland auf das deutsche Mindestlohnniveau anheben, da es sich um eine gesetzliche Zwangsmaßnahme handelt. Allerdings stiegen damit auch die Kosten der osteuropäischen Anbieter.

IfW-Fokus, Nr. 27, 23. April 2007
www.uni-kiel.de/ifw/presse/fokus/2007/infokus27_07.htm

HAMBURGER HAFENCITY
Hot Spot oder kaltes Quartier?

Wer erinnert sich von den Teilnehmern der Hafencity-Führung während des Verwaltertreffens in Hamburg nicht an die deutlichen Worte unseres Stadtführers bezüglich der Hafencity und wer hat nicht selbst einen künstlichen Eindruck bekommen? Offensichtlich sieht auch der Spiegel hier Raum für spannende Fragen:

Wie eine Stadt wächst, kann man in der Hamburger HafenCity besichtigen. Die ersten Bewohner dieses Stadtteils der Zukunft sind sich nur noch nicht so ganz sicher, ob sie sich für eine Avantgarde halten sollen. Die spannende Frage: Wird sich das neue Viertel mit Leben füllen?

Morgens um halb neun: Was soll man schon machen mit seinem Tag, als Rentner, Rheumatiker, Rollstuhlfahrer? Fernsehen also, immer wieder fernsehen.
Jürgen Fischer, 71, hievt sich in seinen Fernsehsessel, so eine cremelederne Wuchtbrumme, bei der die Fußstütze hochklappt, wenn die Rückenlehne nach hinten geht. Er steckt sich die Pfeife an, er schaut, was heute so läuft. Barkassen von links, Frachter von rechts, drüben, auf der anderen Elbseite Kräne, und an der Kaimauer ein Schiff aus ... Moment mal, das Fernglas ... Schweden.
Jeden Morgen um halb neun sitzt Fischer hier, mit seiner Frau Renate, 69, und schaut fern. Als sie im August 2006 einzogen, Neubau, zweiter Stock, haben sie sich die TV-Sessel gekauft, aber gleich vor die Panorama-Scheibe gestellt. Ihr Lieblingsprogramm, jeden Tag: der Hafen und Hamburgs größte Baustelle, die HafenCity.

Visionäres Experiment

Es ist das Atemberaubendste, was die Stadt im Moment zu bieten hat, gewaltig, aber auch gewagt, visionär für die Zukunft deutscher Metropolen, aber auch so unabsehbar, schaut man auf den Ausgang des Experiments. Es geht da draußen um den Versuch, den Hamburger Stadtkern um 40 Prozent zu vergrößern, mit Arbeitsplätzen für 40.000 Menschen, mit Wohnungen für 12.000, es geht um 155 Hektar Innenstadt vom Reißbrett, die auf geräumten Hafenkais entstehen sollen. Ein Projekt, für das Großstädte früher vielleicht 100, 200 Jahre gebraucht hätten, das jetzt aber zur Aufgabe für eine Generation zusammenschnurrt, geplante Fertigstellung: 2025.
Und so schauen aus der ganzen Welt Planer und Wirtschaftsförderer, Urbanistik-Professoren und Architektur-Studenten auf diese Stadt, wollen sehen, ob sich im Hamburger Hafen ein lebendiges Viertel aus der Retorte erzeugen lässt oder ob das Quartier kalt und tot bleiben wird. Teuer, aber trist.
Die HafenCity gilt damit als wichtigster Testfall in Deutschland für das Konzept der wachsenden Stadt, auf das alle Großstädte, ob München, Stuttgart oder Frankfurt am Main setzen. Hamburgs Bürgermeister Ole von Beust will nicht mehr achselzuckend hinnehmen, dass die Mittel- und Gutverdiener in den Speckgürtel wegziehen und dafür die Hilfsbedürftigen zuziehen, als wäre es ein osmotisches Gesetz der Großstadt. Sein Hamburg soll die Jungen begeistern, bei den Wohlhabenden begehrt, für die Familien bezahlbar sein. Es soll schnell genug sein für die Quicken und schön genug für die Schicken, und am Ende heißt das Ziel für Beust: zwei Millionen. „Da wollen wir hin“, sagt er, von heute 1,75 Millionen Einwohner zur Zwei-Millionen-Stadt.
Wer so wachsen will, muss allerdings Menschen anziehen, wer anziehend sein will, muss ihnen etwas geben. Mehr als nur Stadt, Land, Fluss, mehr als nur Penthäuser, Promenaden, Plätze. Vor allem Glaube, Liebe, Hoffnung.
Christopher Fritzsche, 44, hat drei Minuten gebraucht, um zu glauben, zu lieben, zu hoffen. „Länger haben wir nicht überlegt, als uns der Laden angeboten wurde.“ Am 1. Juli zog er mit seinem Freund Joachim Eckert, 35, in die HafenCity, am 7. Juli eröffneten sie ihren Kiosk, Kaiserkai 29, den ersten in der HafenCity und das erste Geschäft überhaupt, „Harbour Tobacco“.
Fritzsche ist einer dieser Positiv-Typen, an die Architekten vermutlich denken, wenn sie in ihre Entwürfe zur Dekoration noch ein paar Passanten hineinzeichnen. Einer, der jetzt immer gegen den Baulärm von gegenüber sprechen muss, aber sagt: „Es ist perfekt.“

Mit der Hoffnung ist das in der Stadtplanung allerdings so eine Sache, auch in Hamburg; nirgendwo wird so viel gehofft und so wenig über den Ausgang gewusst, höchstens noch beim HSV, jedes Mal zu Saisonbeginn. Hoffnung hatten sie im Stadtplanungsamt auch in den sechziger und siebziger Jahren, die Hoffnung, dass alles besser werde, wenn man die Menschen aus ihren alten Innenstadtwohnungen holen würde, in moderne Hochhäuser auf der grünen Wiese, und wenn man die Arbeitsplätze weit wegschaffte von den Wohnungen, auf andere grüne Wiesen.
Doch es wurde nicht besser, es wurde alles schlechter, die Hoffnung starb in Steilshoop und Mümmelmannsberg, und sie starb auch in den Büro-Ghettos von City Nord bis City Süd, wo man sich abends auf die Straße legen könnte und vermutlich erst am nächsten Morgen überfahren würde.
Spätestens seit den neunziger Jahren ist den Machern im Stadtplanungsamt deshalb klar, dass sie Wohnen und Arbeiten nicht trennen dürfen, dass das eine ohne das andere nicht lebt. Die Hoffnung auf eine funktionierende HafenCity heißt deshalb Mischung - Wohnungen, Büros, Geschäfte. Und nirgendwo wird sie jetzt schon so sichtbar wie bei Fritzsche und Eckert.
Für sie geht das Leben in der HafenCity auch nach Ladenschluss weiter, hinter der Schiebetür in der Rückwand ihres Kiosks. Auf der anderen Seite, jenseits der Kühlschränke und Fanta-Kästen, liegt ihre Wohnung, ein Loft, 160 Quadratmeter groß, mit weißen Ledersofas, von denen sie aufs Wasser sehen können. Fritzsche sagt: „Ich bin angekommen“, und das klingt nach Bleibenwollen.
Andere kritisieren das, was man jetzt schon sieht von der Zukunft, die „Süddeutsche Zeitung“ machte ein „babylonisches Formengewirr“ der Baustile aus, die

„Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ beschwerte sich über Häuser am Sandtorkai, die wie „grimmige Kartons“ aussähen und jedes Leben ästhetisch „zu Tode desinfizierten“.
Das kann schon sein, und natürlich kennt auch Beust diese Kritiken. Andererseits wäre er vermutlich nicht mehr Bürgermeister von Hamburg ohne seine vielleicht herausragendste Eigenschaft: so gelassen wie verlässlich den Eindruck zu vermitteln, dass nichts so schlimm kommt, wie andere behaupten.
Dabei sagt Beust nicht mal, dass alles gut ist: Die Magellan-Terrasse etwa, der Platz zwischen Sandtor- und Kaiserkai, der selbst bei 25 Grad im Hochsommer bitterkalt wirkt, sei von der „Anmutung her schön, zum Verweilen lädt sie aber nicht ein“. Und die Häuser am Sandtorkai mit ihrer modernen Architektur, die wirkten sicher etwas eintönig, findet Beust und vergisst nicht zu erwähnen, dass viele Architekten privat ja eher den Jugendstil bevorzugten - er selbst übrigens auch. Aber missglückt, der Plan für die HafenCity? „Das ist doch Geschmackssache, die einen finden das Kühle schön, die anderen nicht.“ Nur eines könne man nicht bestreiten: den Erfolg. „Wenn das alles Schrott wäre, hätten wir ja keine Investoren.“

Oder abgehobenes Nobelviertel?

Und die Investoren keine Mieter und Käufer. Die Unternehmen SAP und Kühne + Nagel sind schon da, Firmen wie der Germanische Lloyd und auch der SPIEGEL werden folgen. Vor allem aber ziehen jetzt fast jeden Tag Menschen in die HafenCity: 400 Bewohner zählt sie zurzeit, 1500 werden es zum Jahresende sein, die Wohnungen am Sandtorkai sind voll, die am Kaiserkai größtenteils vergeben. Darunter die 20 Luxuswohnungen von „Stilwerk Living“, die noch im Rohbau stehen: ausverkauft, bei Preisen bis zu 6500 Euro pro Quadratmeter und 1,2 Millionen Euro für eine Wohnung.
Nebenan, bei der Yoo Deutschland GmbH, geht es sogar noch teurer: bis zu 7300 Euro pro Quadratmeter für jede der 63 Wohnungen. Ein Tiefgaragenplatz für 18.000 Euro kommt extra, die Innenausstattung des Designers Philippe Starck sowieso. Dafür ist aber das Schwimmbad mit Blick auf die Elbe im Souterrain inklusive.
Übertroffen werden die Finessen des privaten Wohnungsbaus noch von den finanziellen Anstrengungen eines anderen Bauherrn: der öffentlichen Hand. Die Elbphilharmonie wird hier entstehen, ein Kreuzfahrt-Terminal, ein Science Center, möglicherweise zieht auch das Bezirksamt Mitte dorthin.
Der Plan für die HafenCity passt zu einer Renaissance des Urbanen, die Stadtplaner seit einigen Jahren beobachten: Die Innenstadt ist wieder sexy, sie gilt nicht mehr in erster Linie als gefährlich, laut und dreckig, und vor allem in der HafenCity, wo immer eine ziemlich heftige Brise weht, macht Stadtluft wieder frei, nicht lungenkrank.
Das Problem, das die HafenCity bekommen könnte, ist deshalb auch nicht eine zu schwache Mischung von Wohnen und Arbeiten. Es gibt genug, die dort wohnen wollen, und genug, die es sich leisten können; das Gesetz, dass auf teuren Flächen nur Büroimmobilien gehen, wird in der HafenCity gerade widerlegt. Was aber droht, ist eine Monokultur ganz anderer Art: die der Reichen und, weil Kinder arm machen können, die der Singles und kinderlosen Paare.
Es gibt demnächst im Philippe-Starck-Komplex Aufsichtsräte von börsennotierten Unternehmen und einen Kaviar-Händler, es gibt Manager aus Russland, Thailand, Malaysia und den Philippinen, die ihren Lebensabend in Hamburg verbringen wollen. Und gegenüber, am Sandtorkai, im schon voll belegten „Harbour Cube“ mit 20 Wohnungen, gibt es vor allem die Sorte Autos, die es wegen Überbreite nicht in einem Zug auf ihren Tiefgaragenplatz schaffen.
„In die HafenCity ziehen die, die es schon geschafft haben“, sagt Bürgermeister Ole von Beust. „Da kann nicht jeder wohnen“, gibt auch Jürgen Bruns-Berentelg zu, Chef der für die Vermarktung zuständigen städtischen Entwicklungsgesellschaft. Und die Frage ist deshalb schon, warum sie trotzdem beide so zuversichtlich sind, dass im Hafen kein abgehobenes Nobelviertel entsteht.

Ein Viertel zum hätscheln

Die meisten wechseln aus dem Umland ins neue Quartier, so wie die Fischers, die in Büchen wohnten, 5700 Einwohner, nicht gerade das, was sie sich für den Rest ihres Lebens vorgestellt hatten, nachdem die Kinder aus dem Haus waren.
Die Stadtsoziologin Ingrid Breckner von der HafenCity Universität, die im Moment die erste Bewohner-Studie macht, hat zahlreiche dieser älteren Paare gefunden, die im Fachjargon der Immobilienbranche „Emptynester“ heißen - Eltern, deren Kinder ausgeflogen sind.
Familien gibt es dagegen in der HafenCity kaum. Selbst im Low-Budget-Block der Baugenossenschaft Bergedorf-Bille, mit 9,50 Euro pro Quadratmeter das günstigste Angebot, leben gerade mal zwei oder drei. Bei 42 Wohnungen spricht das gegen die Hoffnung, dass mit billigeren Häusern in künftigen Baufeldern die Familien nur so strömen werden. Auch die Ganztagsschule, die bis Ende 2008 fertig sein soll, wird sich auf Jahre hinaus nicht mit den Kindern des neuen Quartiers füllen lassen. Wer in der HafenCity arbeitet, kann also seine Kinder hier einschulen.
Es werden erst mal die Kinderlosen sein, mit denen das Leben im Viertel beginnen muss. Vielleicht ist das allerdings auch eine Chance: dass sie keine Kinder großziehen und sich stattdessen um ein anderes Neugeborenes kümmern können - ihr Viertel. Welches Lebensgefühl aus diesem Leben entspringt, lässt sich kaum vorhersagen.
„2015 wird man sehen, ob es funktioniert“, sagt Beust. In der Zwischenzeit liegt die Magellan-Terrasse wie eine Arena in der Sonne, und ein Hafenbecken weiter die Marco-Polo-Terrasse, mit ihren hinmodellierten Rundungen und darübergestreuten Liegebänken, und könnten Stadtplaner Beton zum Reden bringen, der hier würde schreien: Spielt mit mir!

SPIEGEL ONLINE, Kultur,
22. August 2007
Jürgen Dahlkamp und
Cordula Meyer
www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/
0,1518,500999,00.html

Spot an …… Wolfgang Müller, OB Stadt Lahr

DR. WOLFGANG G. MÜLLER
Oberbürgermeister der Stadt Lahr

Stadtverwaltung Lahr
Rathausplatz 4
77933 Lahr

Tel.: +49(0)7821/910-0100

Email: wolfgang.g.mueller@lahr.de

www.lahr.de

1. Wie sind Sie auf den Studiengang an der Uni KN gekommen? Weshalb haben Sie sich dafür entschieden?

Nach dem Abitur begann ich das Studium zunächst an der Universität Heidelberg mit Volkswirtschaft und Jura. Gleichzeitig war ich politisch in der SPD aktiv und wollte im Studium eine Verbindung zur Politologie herstellen. In dieser Zeit erfuhr ich vom Studiengang Verwaltungswissenschaften, der diese integrierte Kombination erlaubte. Ich fuhr im Frühsommer 1973 zu einem Informationsbesuch an die Uni Konstanz, wo ich einige Vorlesungen besuchen und den Studiengang Verwaltungswissenschaft näher kennen lernen konnte. Nach einem Gespräch mit Frau Monika Schäfer, der damaligen Fachbereichssekretärin, bereitete ich meinen Wechsel nach Konstanz vor und begann schließlich im Wintersemester 1973/74 mit dem Studium der Verwaltungswissenschaften, das ich im Sommer 1977 abgeschlossen habe.

2. Würden Sie für den Studiengang „Werbung“ machen, ihn zum Beispiel auch Ihren Freunden, Ihrer Familie empfehlen?

Ja, ich mache auch „Werbung“, würde selbst wieder Verwaltungswissenschaften studieren und sage dies auch.

3. Präsentiert sich der Studiengang nach außen als geeignet für den Arbeitsmarkt?

Ich selbst nehme den Studiengang Verwaltungswissenschaften im öffentlichen Erscheinungsbild zu wenig wahr. Deshalb freue ich mich immer wieder, wenn ich sozusagen unter der Rubrik „Personalien“ von erfolgreichen Absolventen höre oder lese, wie zuletzt hier in meinem Umfeld, wo unser Kollege Stefan Bissinger zum Personalchef des Ortenaukreises bestellt wurde.

4. Welche Inhalte sollten aus Sicht des Praktikers primär vermittelt werden?

Gute Grundlagen der Betriebs- und Volkswirtschaft, Jura und Politik, sozusagen als Studium Generale. Im Hauptstudium können dann Schwerpunkte entsprechend dem angestrebten Berufsfeld gewählt werden.

5. Welche außerfachlichen Kompetenzen halten Sie für wichtig?

Da denke ich vor allem an persönliche und soziale Kompetenzen: Aufgeschlossenheit, Team- und Kommunikationsfähigkeit, Moderationsbegabung, Stressresistenz.

6. Welche (spezifischen) Methoden („Werkzeuge“) sind für die heutige Arbeitswelt besonders relevant?

Es sind Fertigkeiten, die auch privat von Vorteil sind, etwa die ständige Bereitschaft, sich Veränderungen zu stellen und immer wieder dazuzulernen. Die Fähigkeit zur emotionsfreien Analyse, sowie sein Wissen schnell mobilisieren zu können sind Voraussetzungen für viele Tätigkeiten. Sprachkenntnisse gewinnen stark an Bedeutung.

7. Wie stark ist Ihre fachliche oder emotionale Bindung an die Uni Konstanz bzw. den Fachbereich?

Mit Konstanz und der Seeregion fühle ich mich immer noch sehr verbunden. Das Studium war für mich persönlich und beruflich eine schöne und prägende Zeit, mit Freundschaften die bis heute gehalten haben. Leider hat sich der Kontakt zur Uni Konstanz etwas abgeflacht, gerade deshalb habe ich mich über die Anfrage von KonNet sehr gefreut.

8. Sollte der Fachbereich Fortbildungsangebote für seine Absolventen anbieten? Wenn ja, welche?

Im Prinzip „ja“! Dennoch schwanke ich, da eine Fülle von Fortbildungsangeboten für Praktiker fast jeder Ausrichtung auf dem Markt gut etabliert ist. Für uns als Konstanzer Absolventen müsste bei solchen Fortbildungsangeboten sozusagen auch eine emotionale Komponente zur Uni, zur Stadt oder zur Region hergestellt werden.

9. Welchen Nutzen sehen Sie in der Alumni-Arbeit?

Für Absolventen und studierende Studenten sehe ich den Nutzen des Erfahrungsaustausches und den Aufbau eines Netzwerkes, dessen Kontakte hilfreich sein können.

10. Was könnten Sie als Alumni der Uni bzw. dem Fachbereich anbieten?

Ich beteilige mich gerne am Erfahrungsaustausch und kann für Studenten Einblicke in die Praxis ermöglichen.

11. Welche berufliche Tätigkeit / Position üben Sie derzeit aus? Welche Tätigkeitsschwerpunkte stehen dabei im Vordergrund?

Seit 1997 bin ich Oberbürgermeister der Stadt Lahr/ Schwarzwald. Tätigkeitsschwerpunkte sind das Setzen von Zielen, die hierzu notwendige Kommunikation mit Politik und Verwaltung und Bürgerschaft sowie die Überwachung der Zielerreichung durch gezieltes Verwaltungsmanagement und Koordination.

12. Haben dabei Kenntnisse oder Fähigkeiten aus dem Studium besondere Bedeutung?

Ja, Schwerpunkt bei meinem Hauptstudium waren die Bereiche Kommunales und Finanzen. Dies entspricht meinen heutigen Kernaufgaben. Letztlich waren mir aber alle Studienelemente – bis hin zu den Spanischkursen- auf den diversen Etappen meiner Berufstätigkeit hilfreich.

13. Was gefällt Ihnen besonders an Ihrer Tätigkeit?

Mir gefällt besonders die Verbindung zwischen der Zielsetzung und der Zielrealisierung. Es ist ein tagtäglicher Prozess, der viel mit Moderation und Kommunikation zu tun hat. Ein wesentlicher Teil findet öffentlich statt. Ich bin begeistert, wie sich die Leute in Vereinen und Interessengruppen ansprechen lassen, wenn man offen auf sie zugeht, um gemeinsame Zielvorstellungen zu entwickeln.

14. Haben Sie Pläne für die Zukunft (beruflich/ privat)?

Bis zum Ende meiner jetzigen Amtszeit (2013) will ich die Innenstadt runderneuert haben. Für den Flughafen verfolge ich weiter das Ziel einer vollen Passagierfluglizenz. Angesichts 13.000 Einwohner, die als Migranten zu uns gekommen sind, geht es mir darum, den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich der Konversion ein gutes Stück vorangetrieben zu haben. Lahr war bis 1994 NATO-Hauptquartier der Kanadier in Europa. Hierzu gehört eine noch akzentuiertere Familienpolitik und wenn alles gut läuft der Bau einer Stadthalle und eines Museums für Kunst und Geschichte. Privat wird es bei den Vorsätzen bleiben, Familie und Beruf besser miteinander in Einklang zu bringen.

15. Was machen Sie als Ausgleich zu Ihrem Job?

Etwas Sport, wenn auch zu wenig, sowie mein Engagement im Präsidium der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft (DGB).

Biographie

· Geboren in Bruchsal (1951)
· Verheiratet, 1Tochter
· Diplom-Verwaltungswissenschaftler, 1977, Uni Konstanz
· Doktor der Sozialwissenschaften, 1981, Uni Konstanz
· Forschungs-, Dozenten- und Referententätigkeit bei:
o Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BFLR)
o Institut für Südwestdeutsche Wirtschaftsforschung (ISW)
o Wirtschaftsministerium NRW
o Fachhochschule des Bundes für Öffentliche Verwaltung, Fachbereich Finanzen
o Berater bei der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in Brasilien und El Salvador
o Auswärtiges Amt: Wirtschaftsattaché an der Deutschen Botschaft in Brasilia
o Bundesministerium für Wirtschaft in Bonn: Referent in der Grundsatzabteilung, Internationale Abteilung
·Vorsitzender bzw. Stellvertreter des Ausschusses für Handel, Industrie und Unternehmensentwicklung der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (ECE / UN) in Genf
· Oberbürgermeister der Stadt Lahr seit 1997 (Wiederwahl am 09. Oktober 2005)

Neues Urheberrecht
Deutschen Forschern blüht Zukunft mit Fax und Papierkopien

„Fit fürs digitale Zeitalter", lobt Justizministerin Zypries - „Rückschritt", wettern Forscher und Bibliothekare. Die jetzt verabschiedete Urheberrechtsreform dürfte den Zugang zu Fachliteratur schlagartig umständlicher machen und erheblich verteuern.

„Der Zugang zu Zeitschriftenartikeln verschlechtert sich", sagte Wolfgang Zick, Leiter der Universitätsbibliothek der TU Berlin, im Gespräch mit SPIEGEL ONLINE. „Es wird teurer, unpraktikabler und langsamer." Die Reform des Urheberrechts sei verlagsfreundlich - wissenschaftsfreundlich hingegen nicht. Jürgen Bunzel von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) sagte, das Gesetz erschwere Forschung und die Nutzung von Forschungsergebnissen in Deutschland, „da es die Nutzungsbedingungen verschärft und künstliche Barrieren aufbaut". Während das im Juli vom Bundestag beschlossene neue Urheberrechtsgesetz an Deutschlands Hochschulen verdammt wird, hält man es im Berliner Justizministerium naturgemäß für eine gelungene Sache. Die Novelle mache das Urheberrecht „fit für das digitale Zeitalter", sagte Ministerin Brigitte Zypries (SPD).

Renaissance von Papierkopien und Fax

Für deutsche Wissenschaftler könnte es ein trübes Zeitalter sein: Denn der schnelle Zugriff auf neue Fachartikel ist für Forscher täglich Brot und unabdingbar, um fachlich auf dem Laufenden zu bleiben. Ihnen drohen nun eine Renaissance von Fax und altbackenen Papierkopien sowie digitalen Warteschlangen.
Denn in den wissenschaftlichen Bibliotheken gibt es ernsthafte Zweifel, ob Zypries' Prognose tatsächlich stimmt. Viele Institute und Hochschulen mussten in der Vergangenheit immer mehr Abonnements von Fachzeitschriften aus Kostengründen kündigen. Die Forscher kamen jedoch weiterhin an alle gesuchten Artikel - zwar nicht über die Bibliothek ihres eigenen Instituts, aber über die einer anderen Hochschule. Mit Diensten wie Subito ließen sie sich die Aufsätze per E-Mail zukommen - zu moderaten Preisen von einigen Euro.

Fachartikel „erheblich teurer als bisher"

Künftig kann Subito Artikel nicht mehr elektronisch verschicken, sondern nur noch in Papierform, ein Rückschritt nach Ansicht von Herbert Kristen, stellvertretender Leiter der Universitätsbibliothek Karlsruhe.
Bibliotheken können die Folgen des neuen Gesetzes nur umgehen, indem sie direkte Vereinbarungen mit Verlagen über die Nutzung der Publikationen abschließen, wie dies heute oft schon geschieht. „Bei Zeitschriften gab es bisher häufig sogenannte Campuslizenzen", sagte Kristen. „Wir haben eine Zeitschrift abonniert und unbegrenzt viele Leser durften online darauf zugreifen. Teilweise musste dafür ein Aufschlag gezahlt werden, teilweise nicht."

Absurdes Veröffentlichungsprozedere

Welch absurde Konsequenzen die Urheberrechtsnovelle im Einzelfall haben kann, zeigt das Beispiel digitale Buchkopien. Bibliotheken fertigen diese mitunter selbst an, um Bücher auch digital ausleihen zu können, oder nutzen PDF-Dateien, die ihnen die Verlage zur Verfügung stellen. Das neue Gesetz sieht vor, dass digitale Buchkopien nur innerhalb der Bibliothek an speziell dafür vorgesehenen Terminals gezeigt werden dürfen. „Wir wollten, dass dieser Passus in 'innerhalb der Bildungseinrichtung' geändert wird", sagte Zick, Chef der TU-Bibliothek in Berlin. „Wir konnten uns damit im Justizministerium aber nicht durchsetzen."
Ein Mitarbeiter der TU Berlin, der in Dahlem sitzt, müsse nun in die Zentralbibliothek am Bahnhof Zoo fahren, um das Buch an einem Monitor zu lesen. „Technisch wäre es kein Problem, auf das Buch vom Computer in seinem Büro aus zuzugreifen", sagte Zick, doch das verbiete das neue Gesetz. „Das ist eine absurde Regelung."
Absurd sind jedoch nicht nur solche Details, sondern auch das gesamte Veröffentlichungsprozedere in der Wissenschaft. Forscher gewinnen, in der Regel finanziert mit staatlichen Geldern, neue Erkenntnisse. Sie schreiben einen Artikel darüber für eine Fachzeitschrift und müssen teilweise für die Veröffentlichung sogar Zuschüsse an das Blatt zahlen, das ihre eigene Institutsbibliothek anschließend für teures Geld abonniert. Die inhaltliche Prüfung der Texte (Peer review) übernimmt nicht etwa der Verlag - auch hier kommen meist staatlich alimentierte Wissenschaftler zum Zug. Das Entstehen des Artikels wird also staatlich subventioniert, doch die Unibibliotheken müssen die Zeitschriften, in der ihre eigene Arbeit steckt, für viel Geld von den Verlagen wieder zurückkaufen.

Open-Access-Magazine als Ausweg

Ein Ausweg aus dieser paradoxen Situation könnten Open-Access-Magazine sein, die frei im Internet zugänglich sind. Es gibt immer mehr davon, teilweise auch solche mit Peer review, doch nach wie vor dominieren kommerzielle Verlage den Wissenschaftsbetrieb. Zick glaubt, dass sich daran so schnell nichts ändern wird: „Open Access Magazine sind technisch kein Problem, aber Wissenschaftler sind darauf angewiesen, in renommierten Magazinen wie 'Science' oder 'Nature' zu veröffentlichen."

Holger Dambeck
Spiegel Online, Wissenschaft,
06. Juli 2007
www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,492954,00.html

„Es ist schade, dass der Bundestag die von den Ländern vorgeschlagenen Regeln zum Open- Access bei wissenschaftlichen Werken nicht aufgegriffen hat. Das Internet ermöglicht es Forschern erstmals, ihre Ergebnisse weltweit einfach verfügbar zu machen. Das Urheberrecht steht aber noch im Weg."

Volker Kitz, Jurist am Max- Planck- Institut für Geistiges Eigentum in München

Berliner Erklärung und Budapester Initiative

Die Informationsplattform Open Access

Open-access.net ist eine von den Universitäten Bielefeld, Göttingen, Konstanz sowie der Freien Universität Berlin aufgebaute Informationsplattform, die die zunehmende wissenschaftspolitische Bedeutung des Themas Open Access aufgreift. Auf der German E-Science Conference 2007 am 2. Mai in Baden-Baden wurde das DFG-geförderte Projekt erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt.

Universität Konstanz, Pressemitteilung Nr. 54, 03.03.2007

Es wird auf diese Weise der weltweit freie und kostenlose Zugang zu den Ergebnissen öffentlich geförderter Forschung ermöglicht. Die DFG fordert alle von ihr geförderten Wissenschaftler auf, ihre Forschungsergebnisse möglichst im Open Access zu publizieren, eventuell auch parallel zu einer Verlagspublikation in fachspezifischen Archiven.

Stuttgarter Zeitung, 04.05.2007

Open Access wird als Oberbegriff für unterschiedliche Realisierungskonzepte begriffen, die im Sinne der Berliner Erklärung alle den „offenen Zugriff auf wissenschaftlich relevante Informationen" unterstützen. Diese Erklärung wurde 2003 von namhaften nationalen und internationalen Forschungsorganisationen und Universitäten (z.B. Deutsche Forschungsgemeinschaft, Hochschulrektorenkonferenz, Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft und auch von Jürgen Mittelstraß (Konstanzer Wissenschaftsforum) und Karl Max Einhäupl, Vorsitzender des Wissenschaftsrates) unterzeichnet.

Berliner Erklärung über den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen

Das Internet hat die praktischen und wirtschaftlichen Bedingungen für die Verbreitung von wissenschaftlichem Wissen und kulturellem Erbe grundlegend verändert. Mit dem Internet ist zum ersten Mal die Möglichkeit einer umfassenden und interaktiven Repräsentation des menschlichen Wissens, einschließlich des kulturellen Erbes, bei gleichzeitiger Gewährleistung eines weltweiten Zugangs gegeben.

Wir, die Unterzeichner, fühlen uns verpflichtet, die Herausforderungen des Internets als dem zunehmend an Bedeutung gewinnenden Medium der Wissensverbreitung aufzugreifen. Die damit verbundenen Entwicklungen werden zwangsläufig zu erheblichen Veränderungen im Wesen des wissenschaftlichen Publizierens führen und einen Wandel der bestehenden Systeme wissenschaftlicher Qualitätssicherung einleiten.

Im Sinne der Budapester Initiative (Budapest Open Access Initiative), der ECHO -Charta und der Bethesda-Erklärung (Bethesda Statement on Open Access Publishing) haben wir diese Berliner Erklärung mit dem Ziel aufgesetzt, das Internet als Instrument für eine weltweite Basis wissenschaftlicher Kenntnisse und menschlicher Reflektion zu fördern und die erforderlichen Maßnahmen zu formulieren, die von Entscheidungsträgern, Forschungsorganisationen, Förderinstitutionen, Bibliotheken, Archiven und Museen zu bedenken sind.

Ziele

Unsere Aufgabe, Wissen weiterzugeben, ist nur halb erfüllt, wenn diese Informationen für die Gesellschaft nicht in umfassender Weise und einfach zugänglich sind. Neben den konventionellen Methoden müssen zunehmend auch die neuen Möglichkeiten der Wissensverbreitung über das Internet nach dem Prinzip des offenen Zugangs gefördert werden. Wir definieren den offenen Zugang oder den ‚Open Access' als eine umfassende Quelle menschlichen Wissens und kulturellen Erbes, die von der Wissenschaftsgemeinschaft bestätigt wurden.

Definition einer Veröffentlichung nach dem Prinzip des offenen Zugangs

Der offene Zugang als erstrebenswertes Verfahren setzt idealerweise die aktive Mitwirkung eines jeden Urhebers wissenschaftlichen Wissens und eines jeden Verwalters von kulturellem Erbe voraus. Open Access-Veröffentlichungen umfassen originäre wissenschaftliche Forschungsergebnisse ebenso wie Ursprungsdaten, Metadaten, Quellenmaterial, digitale Darstellungen von Bild- und Graphik-Material und wissenschaftliches Material in multimedialer Form.

Auszug aus: http://oa.mpg.de/openaccess-berlin/Berliner_Erklaerung_dt_Version_07-2006.pdf

Budapest Open Access Initiative

Durch das Zusammentreffen einer alten Tradition mit einer neuen Technologie ist ein bisher beispielloses Gemeingut verfügbar geworden. Mit der alten Tradition ist die Bereitschaft von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen gemeint, die Ergebnisse ihres Arbeitens in Fachzeitschriften zu veröffentlichen und diese Veröffentlichungen anderen zur Verfügung zu stellen, ohne hierfür bezahlt zu werden. Die neue Technologie ist das Internet. Das Gemeingut, das aus deren Zusammentreffen hervorgehen kann, besteht darin, dass Zeitschriftenbeiträge, die das Peer-Review durchlaufen haben, weltweit elektronisch zugänglich gemacht werden können - kostenfrei und ohne Zugangsbeschränkungen für Forschende, Lehrende und Studierende und für alle anderen, die an den Ergebnissen der Wissenschaft interessiert sind.

Frei zugänglich im Internet sollte all jene Literatur sein, die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ohne Erwartung, hierfür bezahlt zu werden, veröffentlichen. Zu dieser Kategorie gehören zunächst Beiträge in Fachzeitschriften, die ein reguläres Peer-Review durchlaufen haben, aber auch z.B. Preprints, die (noch) nicht begutachtet wurden, und die online zur Verfügung gestellt werden sollen, um Kollegen und Kolleginnen über wichtige Forschungsergebnisse zu informieren bzw. deren Kommentare einzuholen. ***Open access*** meint, dass diese Literatur kostenfrei und öffentlich im Internet zugänglich sein sollte, so dass Interessierte die Volltexte lesen, herunterladen und kopieren können, ohne finanzielle, gesetzliche oder technische Barrieren.

http://soros.org/openaccess/g/read.shtml

OECD-Bildungsbericht 2007
Kernergebnisse für Deutschland

Zuerst die gute Nachricht: Bei den Promotionen liegt Deutschland international in der Spitzengruppe. Aber ansonsten gab es schlechte Noten für das deutsche Bildungssystem, denn trotz leichter Verbesserungen fällt es im weltweiten Vergleich immer weiter zurück.

Nach dem neuen OECD-Bildungsbericht 2007 ist Deutschland nicht mehr in der Lage, alle in den nächsten Jahren aus Altersgründen frei werdenden Arbeitsplätze für Ingenieure oder Lehrer mit eigenem akademischen Nachwuchs zu besetzen: die Absolventenquote ist unter das Niveau der Bestandssicherung gefallen.
Der Bericht kritisiert abermals die geringe Anzahl von Abiturienten und Studenten in Deutschland sowie die hohe Quote von Ungelernten und Abbrechern. Während in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren die Anzahl der Studenten um 5 Prozent stieg, legten die anderen wichtigsten Industrienationen im Schnitt um 41 Prozent zu. Und die Abschlussquote bei den Universitäten und Fachhochschulen stieg in Deutschland von 14% im Jahr 2000 auf 20% im Jahr 2005, im OECD-Mittel in diesem Zeitraum dagegen von 20% auf 36%
Im OECD-Durchschnitt streben etwa 57% der 15-Jährigen ein Hochschulstudium an, in Deutschland sind dies nur 21%. In Korea liegt dieser Anteil bei 80 Prozent.

Auch eine Finanzierungslücke machte die OECD bei den deutschen Hochschulen aus. Die Bundesrepublik gibt pro Studierendem weniger aus als der Durchschnitt der Industrieländer und nicht einmal die Hälfte des Betrags, den die USA dafür aufwendeten.
Kritisiert wurde die in Deutschland übliche Aufteilung von zehnjährigen Kindern auf unterschiedliche Schulformen. Dies sei mitverantwortlich für die fehlende Chancengleichheit von Kindern aus armen Familien und von Migranten.
Und diese Benachteiligung aufgrund sozialer Herkunft zieht sich wie ein roter Faden durch den gesamten Bildungsbereich. Der Bericht belegt erneut die hohe Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der sozialen Herkunft. Die Wahrscheinlichkeit des Hochschulstudiums ist bei Oberschichtkindern mehr als doppelt so hoch wie bei Gleichaltrigen aus sozial einfachen Verhältnissen.

www.oecd.org/dataoecd/22/28/39317467.pdf
www.faz.net, 18. September 2007

Stress im Job: Autsch, mein Gehirn!

Stress kann einem nicht nur auf Herz und Magen, sondern auch auf den Kopf schlagen. Der Konstanzer Psychologie-Professor Thomas Elbert erforscht, wie sich unter sozialem Druck das Gehirn verändert. Die erschreckende Erkenntnis: Stress lässt das Hirn schrumpfen.

Schweiß fließt, das Herz rast, der Magen brennt: Mit klassischen Stresssymptomen drängen Akademiker in die Arztpraxen. Keiner aber sitzt im Wartezimmer und stöhnt: Autsch, mein Gehirn. Ausgerechnet beim wichtigsten Organ wirkt sich Stress so schleichend aus, dass Betroffene es zuerst gar nicht merken. Dabei sind die Forscher längst sicher: Dauerstress hat im Gehirn dramatische Folgen. Stresshormone beeinflussen nicht nur den Körper, lösen etwa Zittern aus, sondern verändern auch das Gehirn.
Die Psychologen vertrauen längst nicht mehr nur auf Befragungen. Mit moderner Technik schauen sie Menschen und Tieren ins Gehirn. Sie haben weniger die Stressauslöser im Visier. Entscheidend für die Folgen sei die Reaktion auf diese, sagen sie. Die Fähigkeit, sich anzupassen, ohne sich kaputt zu machen.

Anpassung kostet Kraft: Ständigen Wechsel zwischen kalt und heiß überleben Tiere weniger lang als nur heiß oder nur kalt. Ein Effekt, der nicht nur bei körperlicher Belastung eintritt, auch sozialer Druck hat Folgen.

Ein Wissenschaftler müsse etwa Vorlesungen vorbereiten, mit Kollegen diskutieren, anderswo Vorträge halten und auf Flughäfen herumsitzen, sagt Elbert, Mitglied einer Forschergruppe der Deutschen Forschungsgemeinschaft zum Thema Stress. Gefordert sei ständige Anpassung an eine sich ändernde Umwelt. „Das ist eine Belastung, der Hirn und Körper nur begrenzt standhalten können“, erklärt er.
Dabei kommt es auf die Dosis an: „Ein wenig Stress ist gut, dann verästeln und vernetzen sich die Gehirnzellen besser.“ Bei Dauerstress oder extremen, traumatischen Ereignissen aber schlägt dies ins Gegenteil um. Zum Beispiel bei einem Professor, der ständig hin und hergerissen wird. „Am Anfang wirkt er nur zerstreut, am Ende reagiert er aus individueller Angst heraus“, beschreibt Elbert.
Doch die Angst rational in den Griff zu bekommen, ist nicht einfach. Das Gehirn ist von der Evolution aufs Gegenteil trainiert. Haften bleiben Lehren aus Situationen, sagt Elbert, nicht exakte Fakten. Niemand muss wissen, wann er auf eine heiße Herdplatte fasste, es reicht, dass sich das eingeprägt hat: Achtung, heiß! Ein Muster, das sich einprägt: Ist das Hirn unter beständigem Beschuss von Stresshormonen, verändert es sich. Jener Teil des Hirns, der für Gedächtnisleistung zuständig ist, nimmt ab. Besser vernetzt werden jene Bereiche, die Furcht und Angst erzeugen und den Körper so in Alarmstimmung halten.
Genau darum sei es eben wichtig, einen kühlen Kopf zu bewahren, sagt Elbert. Denn dies entscheide darüber, ob eine Situation als Stress empfunden werde.

Frank van Bebber
Spiegel Online, UniSpiegel,
08. April 2007
www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/0,1518,475442,00.html

Hätten Sie es gewusst?

Sicherlich gibt es einige Hinweise im nachfolgenden Text, die auf die Entstehungszeit hindeuten (die Lösung finden Sie an anderer Stelle dieser KonText-Ausgabe). Allerdings erscheint die darin geführte Debatte auch heute noch aktuell – hat sich also seither gar nichts geändert?

Beamtenabbau I

Abseits von der Parteien Hass und Gunst muss man wohl das Problem des Berufsbeamtentums und der Besetzung der Verwaltung mit den Kräften, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben braucht, sorgfältig prüfen. Es besteht wohl in keiner anderen Frage in Deutschland zur Zeit annähernd so viel Einigkeit darüber, dass der aufgeblähte Behördenapparat unbedingt auf einen erträglichen Umfang zurückgeführt werden muss.

Schon vor dem ersten Weltkrieg haben sich die Volkswirte den Kopf zerbrochen über das „Gesetz von den wachsenden Staatsausgaben“. Es besagt, dass in der zunehmenden arbeitsteiligen Wirtschaft mit der stärkeren Besiedlung aller Gebiete der Erde, mit dem engeren Beieinanderwohnen, mit der immer großräumigeren Entwicklung des Verkehrsnetzes und der dadurch bedingten engeren Zusammenarbeit auch die Aufgaben des Staates und der anderen Gebietskörperschaften wachsen. Für wachsende Aufgaben braucht man notwendigerweise auch wachsendes Personal.

Überwindung des Trägheitsmoments

Wir hoffen, dass der Abbau der Zwangsmaßnahmen in Deutschland, wie er auch nach und nach allmählich auf dem Gebiete der Wirtschaft sich vollzieht, zu einem echten Verschwinden großer Aufgabengebiete der öffentlichen Verwaltung führen wird. Es ist nötig, hier das Trägheitsmoment der in den betroffenen Verwaltungen tätigen Menschen zu überwinden und im Interesse des Ganzen den Aufgabenabbau und damit das Überflüssigwerden eines großen Teiles des Personals zu erzwingen.

Nur so ist eine wirkliche Rationalisierung möglich. Dann soll man aber nicht jene Menschen entlassen, die sich zufällig gerade in einem abzubauenden Behördenzweig befinden. Die Behörden sollten vielmehr die besten behalten und die unqualifiziertesten nach Hause schicken, damit sie sich einer produktiveren Beschäftigung zuwenden können. Für das verbleiben im öffentlichen Dienst muss die Leistung ausschlaggebend sein. Erst bei gleicher Eignung können andere Umstände, wie soziale oder auch politische Verhältnisse, in angemessenen Grenzen berücksichtigt werden.

Gegen wen richtet sich der Zorn der Bevölkerung am meisten? Im Allgemeinen gegen die Angestellten derjenigen Ämter, die das undankbarste Los gezogen haben, die nämlich auf Wohnungsämtern, Bezugsscheinstellen, Requisitions- und Ernährungsämtern sich mit der Not unserer Tage herumzuschlagen haben. In den wenigsten Fällen handelt es sich bei diesen, in den vergangenen Jahren außerordentlich hart angespannten Menschen, um Berufsbeamte. Es sind meist Angestellte die aus anderen Berufen übernommen wurden und treu und nach bestem Können ihre Pflicht getan haben. Wenn es zu Reibungen gekommen ist, dann lagen sie meist in der Natur der Sache begründet und nicht in der Person des öffentlichen Angestellten. Natürlich gibt es auch hier Ausnahmen. Besehen wir uns die Ausnahmen näher, dann kommen wir zu der überraschenden Feststellung, dass die Behandlung von hilfesuchenden Menschen durch den Angestellten oder Beamten im wesentlichen eine Frage der Sicherheit und des Taktes und damit eine solche der beruflichen Kenntnisse und der Ausbildung ist.

Und damit sind wir beim Kern der Sache. Auch der öffentliche Dienst braucht seine Fachleute. Man lässt keinen guten Anzug von einem Zahntechniker machen und behandelt seine Zähne nicht beim Schuhmacher. Genau so braucht man auch den für die schwierigen Gegenwartsverhältnisse geschulten Verwaltungsmann. In fast allen Ländern ist der Verwaltungsbeamte mit gewissen Sicherungen seiner Existenz umgeben worden, die ihn von dem Angestellten in der privaten Wirtschaft unterscheiden. Man kann darüber streiten, ob diese Sicherungen übertrieben oder noch vollkommen zeitgemäß sind. Sie hatten und haben aber ihren guten Sinn. Eine Reihe von Bestechungsaffären haben die Augen der Öffentlichkeit auf den öffentlichen Dienst gerichtet.

Wenn wir näher zusehen, dann erkennen wir deutlich die Tatsache, dass die gesicherte Beamtenschaft für äußere Einflüsse und Gefahren viel weniger zugänglich ist, als der lediglich im privaten Dienstverhältnis beschäftigte Behördenangestellte. Die Sauberkeit der Verwaltung, an der die ganze Öffentlichkeit interessiert ist, ist nicht nur durch Zwang, sondern auch durch eine gewisse menschliche Sicherung leichter zu erhalten.

Ausruhen auf den Lorbeeren

Natürlich spricht auch manches gegen diese Sicherung. Es könnte manchem Beamten nicht schaden, wenn er etwas stärker den Unbilden des Existenzkampfes ausgesetzt wäre und damit stärker teilhätte an allen Sorgen unserer Zeit. So mancher hat auch nicht das rechte Verhältnis zu der von ihm geforderten Leistung und ruht sich auf seinen Lorbeeren aus. Er könnte sicher stärker beflügelt werden, wenn er sich nicht der wohlerworbenen Rechte des Beamtentums erfreute.

Man sollte aber nach unserer Überzeugung die Frage des Berufsbeamtentums nicht so stellen, dass man die Beamtenschaft aller ihrer Rechte entkleidet. Umgekehrt sollte man vielmehr dahin gelangen, die – übrigens durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse auch recht zweifelhafte gewordene – Sicherheit der Existenz in geeigneter Form nach und nach der gesamten schaffenden Bevölkerung zugutekommen zu lassen. Der sozialen Gerechtigkeit ist weniger damit gedient, einer relativ kleinen Menschenschicht ihre Sicherheit zu nehmen, als vielmehr der großen Masse unserer Bevölkerung eine größere soziale Sicherheit zu geben.

Fritz Erler

Christoph Schiedel

Nachfolgebörse: Senior sucht Junior

Nicht immer steht ein Juniorchef in den Startlöchern, wenn der Senior im Unternehmen das Heft aus der Hand geben will, um seinen Ruhestand anzutreten. Wenn sich auf den ersten Blick kein Kandidat bzw. keine Kandidatin für die Nachfolge findet, so hilft ein zweiter Blick ins Internet.
Dort gibt es seit kurzem die Nachfolgebörse nexxt-change. Sie dient als bundesweite Kontaktmöglichkeit für Unternehmer, die vor dem Generationswechsel stehen und keinen Nachfolger innerhalb der eigenen Familie oder der Mitarbeiterschaft finden. Gleichzeitig wird Existenzgründern als potenziellen Übernehmern eine Alternative zur Neugründung einer Firma geboten. Mithilfe der betreuenden Regionalpartner können sich beide Seiten kennenlernen. Im September 2007 standen gut 7.300 Offerten über 3.600 Gesuche gegenüber.
Ins Leben gerufen wurde die Börse von einer ganzen Reihe von Institutionen. Mit im Boot sind das Bundeswirtschaftsministerium, die Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Deutsche Industrie- und Handelskammertag, der Zentralverband des Deutschen Handwerks, der Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken und der Deutsche Sparkassen- und Giroverband.

www.nexxt-change.de
www.iwkoeln.de

Die beliebtesten Arbeitgeber

Die Forschungsgruppe Great-Place-to-Work-Institute (GPTWI) kürte in Berlin zum vierten Mal die 100 besten Arbeitgeber. Mehr als 1000 Unternehmen aus 15 EU-Ländern nahmen an dem jährlichen Wettbewerb teil, über den die Financial Times Deutschland, die Financial Times und „Capital“ als Medienpartner exklusiv berichten.

18 deutsche Unternehmen schafften es unter die Top 100 des Rankings „Best Workplaces 2006“, zwei sogar unter die Top Ten: Der Mobilfunkbetreiber O2 Deutschland und das Münchner IT-Unternehmen Consol Software. Grundlage der Bewertung waren Glaubwürdigkeit, Respekt und Fairness des Managements gegenüber den Beschäftigten sowie Identifikation mit dem Unternehmen und Teamgeist.

Mitarbeiter einbeziehen

Bei mir sind Mitarbeiter mehr Mitunternehmer“, charakterisierte Preisträger und Consol-Gründer Ulrich Schwanengel seinen Führungsstil gegenüber der FTD. Der Unternehmer beteiligt seine Angestellten am Gewinn und bezieht sie in Entscheidungen der Geschäftsführung mit ein. Bei Abstimmungen auf Führungsebene sind jeweils zwei von ihnen stimmberechtigt. „Das sorgt für große Transparenz und nimmt die Mitarbeiter in die Verantwortung für die Unternehmensstrategie“, sagte Schwanengel.

Hinter so viel Einsatz für die Beschäftigten steckt pure Notwendigkeit. Unternehmen buhlen weltweit um die besten Talente. Wer erfolgreich sein will, muss mehr bieten als ein hohes Gehalt. Die Studie des GPTWI belegt, dass die 100 besten Arbeitgeber im Wettbewerb um die qualifiziertesten Mitarbeiter deutlich bessere Karten haben als andere.

Überdurchschnittliches Engagement

Jährlich bewerben sich bei den prämierten Unternehmen durchschnittlich rund 4000 Jobanwärter – fünfmal mehr als die aktuelle Belegschaft. Die Fluktuation ist dort mit 4,7 Prozent im europäischen Vergleich eher gering und auch die Quote für Fehlzeiten fällt mit 2,6 Prozent niedrig aus. Dagegen ist das Engagement überdurchschnittlich: Mehr als 90 Prozent der Mitarbeiter sind bereit, Überstunden zu machen, um die Aufgaben rechtzeitig zu meistern.

Am zufriedensten in Europa ist das Personal von Colgate Palmolive Hellas, wie aus der Studie hervorgeht. Die griechische Niederlassung des US-Konsumgüterkonzerns kürte die Jury 2006 zum Gesamtsieger. Was die Belegschaft dort begeistert, sind flexible Arbeitszeiten, eine großzügige Elternzeit und individuelle Weiterbildungsangebote. Die Karrierewege sind vielfältig: Mitarbeiter können problemlos Abteilungen wechseln oder den Schritt ins Ausland wagen. Auch die Vergütung stimmt. Das Unternehmen zahlt über Tarif und über den Durchschnittsgehältern der Branche.

www2.onwirtschaft.t-online.de/c/79/35/03/7935038.html

Online-Spiel „Der Fischer vom Bodensee“

Am Bodensee ist der Kampf zwischen Fischern und Kormoranen Realität. Daraus entstand die Idee für den „Fischer vom Bodensee“, ein witziges Computerspiel. Um sich von gängigen computeranimierten Shooter-Spielen abzusetzen, wurden Grafiken im klassischen Zeichentrickstil und Hintergründe in Aquarell gewählt. Die Spielfläche wurde zweigeteilt in einen Luftraum und in eine Unterwasserwelt. Der Spieler muss gleichzeitig Kormorane jagen und Fische fangen. Die Hintergründe zeigen den Bodensee mit einer Hafensilhouette von Konstanz sowie eine urwüchsige Schilflandschaft. Die Figur des Kormoran erhielt den Namen Kimme, sein menschlicher Kontrahent ist Käpt`n Korn, in dessen Rolle der Spieler schlüpft.

www.fischerspiel.de/

Drogeriemarktgründer Götz Werner erhält Heckerhut 2007

Der 63jährige Gründer der Drogeriemarktkette dm, Götz Werner, wurde von der SPD im Kreis Konstanz mit dem Heckerhut 2007 geehrt. Mit dieser Auszeichnung würdigen die Sozialdemokraten Persönlichkeiten, die sich für die soziale Demokratie verdient gemacht haben.

Werner ist der erste Unternehmer, der den Heckerhut erhält. Seine Arbeit zeige, dass Unternehmenserfolg und soziale Verantwortung keine Gegensätze seien, lobt der SPD – Bundestagsabgeordnete und Kreisvorsitzende Peter Friedrich. Werners „faszinierende“ Vorschläge zum garantierten Grundeinkommen verändern den Wert der Arbeit, sagt der Diplom-Verwaltungswissenschaftler.
Werner - mit Konstanz durch Schul- und Lehrjahre eng verbunden - betont in seiner Rede die Notwendigkeit der Eigeninitiative, im Unternehmen wie in der Gesellschaft als Voraussetzung für Entwicklung und Innovation. Er ist Chef von knapp 25 000 Mitarbeitern, aber er hat es geschafft, soziales Denken in seinem Unternehmen zu verankern. Sein Führungskonzept beruht auf den Grundwerten von Verständnis und Respekt – in der heutigen schnelllebigen Geschäftswelt eine positive Ausnahme.

Jeder Mensch brauche ein Einkommen als Voraussetzung zur Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft, fordert Werner. Das Grundeinkommen müsse höher als die Sätze von Hartz IV sein. Doch wie soll das finanziert werden? „Es ist alles schon bezahlt“, sagt Werner. Ein Grundeinkommen sei nichts anderes als der bar ausbezahlte Steuerfreibetrag. Langfristig will Werner einen radikalen Umbau des Steuersystems. Nicht die Arbeit oder das Einkommen sollen besteuert werden, sondern der Konsum. Im Sinne seiner Forderung nach „revolutionärem Denken und liebevoll evolutionärem Umsetzen“ schlägt er als ersten Schritt die Einführung eines Grundeinkommens für Kinder vor.

Peter Friedrich bei der Verleihung im Konstanzer Bürgersaal

www.spd-kreis-konstanz.de/index.php?nr=3097&menu=1
Konstanz Anzeiger, 18. April 2007

Bürokratie-TÜV

Es gibt immer wieder Neuerungen in Sachen Bürokratieabbau: So haben die Einwohnermeldestelle und die Info-Zentrale des Biberacher Rathauses seit Jahresbeginn auch samstags geöffnet.

Die Stadt Ulm hat ehrgeizige E-Government-Pläne: Sie will jedes Jahr fünf neue Online-Dienstleistungen zur Verfügung stellen und dank einer Bezahlfunktion sollen in den nächsten Jahren auch kostenpflichtige Dienstleistungen online verfügbar sein.

Skurriles aus der Welt der Bürokratie
„Selbständige Wohnungen dürfen für die Regel in Hintergebäuden nicht eingerichtet werden. Statthaft sind nur Wohnungen für Kutscher, Diener, Aufseher und dergl. im Zusammenhang mit der Benützungsart des zugehörigen Vordergebäudes.“

Wirtschaft zwischen Alb und Bodensee 1/07

Eine Kirche in England wollte ein neues Kreuz vor dem Gotteshaus anbringen. Die Stadtverwaltung sieht das Anbringen eines Kreuzes jedoch als Werbung an und verschickte einen Gebührenbescheid. Sie beruft sich auf eine landesweite Vorschrift aus dem Jahr 1990, die für alle Werbeflächen unter freien Himmel gilt.....

Beamtenabbau II

Der auf Seite **29** abgedruckte Artikel „Beamtenabbau“ stammt aus der Zeitung „Der Württemberger - Bezirksausgabe: Bodensee-Nachrichten für Bodensee und Oberland“ (Organ der SPD) vom 25.09.1948 (2. Jg. Nr. 83).

Der Autor Fritz Erler, geb. 1913 in Berlin – gestorben 1967 in Pforzheim, war bis zu seiner 1938 wegen Widerstandsarbeit erfolgten Entlassung aus dem Staatsdienst Verwaltungsbeamter. Zum Erscheinungszeitpunkt des Artikels war Erler Landrat in Tuttlingen, später u.a. SPD-Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag, potentieller Kanzlerkandidat und designierter Bundesverteidigungsminister. Erler gehörte mit Carlo Schmid, Herbert Wehner und Willy Brandt zum sog. *Frühstückskartell* der SPD.
In den 50-er Jahren entwickelte er sich zum Experten der SPD für Verteidigungs- und Außenpolitik. Durch seine rhetorische Begabung wurde Erler einer der wichtigsten Redner der Opposition in den Redeschlachten um Adenauers Außen-, Verteidigungs- und Deutschlandpolitik, oft als Gegenpart von Kurt Georg Kiesinger und Franz-Josef Strauß.
Während des Dritten Reichs war Erler langjähriger Häftling im KZ Dachau, aus dem er 1945 bei einem sog. „Todesmarsch“ fliehen konnte. Bekannt wurde er in den Debatten des Bundestages auch durch seine scharfen Beiträge zur jüngsten deutschen Vergangenheit. Den angeblichen Mitläufern des Nationalsozialismus, die sich nun um politische Führungspositionen bemühten, empfahl er: „Wer mitläuft, kann nicht führen“.

Quelle: Wikipedia, 25.06.2007

Konstanzer UN-Gruppe unterwegs

Konstanzer UN Gruppe simuliert die Vereinten Nationen in Genf, reist zu einer Krisensimulation nach Princeton und trifft die Stellvertretende Generalsekretärin der UN in New York.

Dass die Universität Konstanz akademisch große Erfolge aufweisen kann, ist bekannt, im Zentrum der Weltpolitik steht die Universität jedoch selten, höchstens wenn die Entscheidungsträger an der Spitzenuniversität am Bodensee ausgebildet worden sind. Wie weit es Konstanzer Alumni schaffen, konnte ein Teil der UN Gruppe erfahren, als sie nach der Teilnahme an der Princeton Crisis Simulation und einem Treffen mit Joschka Fischer, die stellvertretende Generalsekretärin der Vereinten Nationen, Asha-Rose Migiro, in New York trafen, die in Konstanz bis 1992 in Jura promovierte.
Im Gegensatz zu der Krisendiplomatie in Princeton erfuhr ein weiterer Teil der Konstanzer UN Gruppe, wie sich die Verhandlungen in den Vereinten Nationen abspielen. In authentischer Atmosphäre, unter anderem in der Generalversammlung in Genf, simulierten sie auf der Harvard World Model United Nations verschiedene Gremien als Vertreter von Lettland und Estland und erfuhren internationale Verhandlungspolitik hautnah.

Princeton Crisis Simulation, Joschka Fischer und Asha-Rose Migiro

Spannend, abwechslungs- und sehr erlebnisreich war die „Princeton Interactive Crisis Simulation“, in der Konstanzer Studenten eine Krise in Südostasien simulierten und effektiv und schnell auf die Aktionen der Nachbarstaaten als Teil des Regierungskabinetts reagieren mussten. Innerhalb weniger Tage wurden zahlreiche Konflikte verhandelt, manche gelöst, bei anderen jedoch entgleiste die Diplomatie und die Verteidigungsminister Chinas, Russlands, Nordkoreas, Japans und der Vereinigten Staaten übernahmen die Verhandlungsführung und wechselten blitzschnell von friedlicher Diplomatie zu einem Status in dem potentielle Bedrohungen wichtiger als Bündnisse wurde. Besonders spannend war neben der Simulierung der Politik der einzelnen Länder auch die unterschiedliche Agenda der Politiker der Regierungskabinette. Während Agrar- und Kulturminister häufig förderliche Ideen einbrachten, waren doch Wirtschafts- und Verteidigungsminister häufig durchsetzungsfähiger. Der Konstanzer Politikstudent Björn Spiegel wurde für sein außerordentliches Engagement mit einer Auszeichnung geehrt.
Im Anschluss an die Krisensimulation an der amerikanischen Eliteuniversität Princeton wartete ein abwechslungsreiches Programm in New York auf die krisenerfahrenen Studenten.

Das Highlight neben einem ausführlichen Gespräch mit dem ehemaligen Außenminister Joschka Fisher war das Treffen mit der Stellvertretenden UN Generalsekretärin Asha-Rose Migiro. „Als ich die Anfrage von euch gelesen habe, wollte ich mir für das Treffen sehr gerne Zeit nehmen, auch wenn das Schwierigkeiten mit meinem Zeitplan verursacht hätte oder ich dadurch eine Reise absagen müsste“, beeindruckte die stellvertretende Generalsekretärin die Konstanzer Studenten bei ihrem Treffen im obersten Stockwerk des Sekretariatsgebäudes der Vereinten Nationen. Migiro lobte Konstanz als „sehr gute Universität“, die ihr viele Türen geöffnet habe. „Dass Sie uns gerade einen Monat nach Beginn ihrer Amtszeit persönlich empfängt ist schon eine Ehre, ihre Freundlichkeit und Begeisterung für die Uni Konstanz war aber einmalig, ehrlich und umwerfend“, erzählt Hubertus Jürgenliemk, zurzeit im Praktikum bei den Vereinten Nationen über die Konstanzer Alumna.

Im Sitzungssaal des Sekretariatsgebäudes der Vereinten Nationen, nur ein paar Türen von Generalsekretär Ban Ki- Moon, nahm sich Asha-Rose Migiro Zeit für ein ausführliches Gespräch und erzählte von den Erinnerungen an ihr Studium in Konstanz, ihrem beeindruckenden Leben und ihren Zielen für die Zeit als zweite Frau der Weltorganisation.
Asha-Rose Migiro verstand es die Konstanzer Studenten an ihre Lippen zu binden, begrüßte sie auf deutsch mit einem „Herzlich Willkommen und schön, dass ihr gekommen seid“, was seine Wirkung nicht verfehlte und Respekt und Staunen erntete. Immer wieder in dem halbstündigen interessanten und abwechslungsreichen Gespräch, in dem die stellvertretende Generalsekretärin von ihren Lieblingsplätzen an der Uni Konstanz, den morgendlichen Spaziergängen, der Stimmung an der Universität und den Erfahrungen mit ihrem Doktorvater spannend und lebhaft berichtete, brachte sie ihre Deutschkentnisse ein, um etwas zu betonen oder die Stimmung gekonnt aufzulockern. „Mein Lieblingsplatz an der Universität war der Balkon oberhalb der Mensa, von dem konnte man den ganzen Bodensee überblicken“, erzählt Asha-Rose Migiro mit Dankbarkeit für die gute Ausbildung an der Universität, die ihren späteren Lebensweg positiv geprägt hat. Jeden Morgen habe sie den Fußweg von ihrer Wohnung in Konstanz durch den Wald am Gießberg zur Universität und insgesamt die Ruhe und Beschaulichkeit in Konstanz genossen, erzählt sie entspannt, während die Studenten lauschen und ihr persönlicher Berater ihren engen Zeitplan im Auge behält. Sehr überraschend sei der Anruf von Ban- Ki Moon gewesen erzählt sie den Studenten, ihre Heimat in Tansania möchte sie dennoch nicht aufgeben, sondern nach dem Job wieder dorthin zurückkehren. Neben ihrer sehr guten Erinnerung an die Uni Konstanz ermunterte die stellvertretende Generalsekretärin die Studenten auch, sich bei den Vereinten Nationen zu bewerben: „Viele Studenten aus Konstanz arbeiten für die Vereinten Nationen, kürzlich habe ich sogar jemand getroffen, der zur gleichen Zeit mit mir in Konstanz studiert hat“.

Neben den privaten Erinnerungen an Konstanz hat Asha-Rose Migiro auch ihre Ansicht für die Veränderung des Sicherheitsrats, der künftigen Strategie zur Entwicklungshilfe und der Reform für die Vereinten Nationen dargelegt. Beeindruckt, stolz und irgendwie erhaben verließen die Konstanzer Studenten nach ih-

Konstanzer UN-Gruppe
mit Joschka Fischer, ehemaliger Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Gastprofessor in Princeton
Foto: Hubertus Jürgenliemk

rem Treffen mit der Stellvertretenden Generalsekretärin die Vereinten Nationen. Was als zusätzlicher Termin im Anschluss an die Princeton „Interactive Crisis Simulation“ der Konstanzer UN- Gruppe gedacht war, wurde plötzlich zum Highlight der Reise nach Amerika. Herzlich gefreut hat sich Asha- Rose Migiro über die gemeinsamen Gastgeschenke der Konstanzer Studenten und des Rektors Prof. Gerhart von Graevenitz, der die UN Gruppe unterstützte. Sofern es in ihren Zeitplan passt, würde die Stellvertretende Generalsekretärin gerne noch einmal Konstanz besuchen, vielleicht erlaubt es einer ihrer nächsten Besuche in Genf noch einmal an den schönen Bodensee zurückzukehren. Weitere Besuche bei der Vertretung der deutschen Botschaft zu den Vereinten Nationen und ein Treffen mit dem ehemaligen Außenminister Joschka Fischer rundeten den Besuch ab.
Weitere Informationen unter www.uni-konstanz.de/mun. Die UN-Gruppe ist auf Spenden für die Teilnahme an den internationalen Konferenzen angewiesen und freut sich über Unterstützung.

Harvard World Model United Nations

Die UN Gruppe der Universität Konstanz beginnt im Sommersemester wieder ihre Vorbereitung für Simulationen der Vereinten Nationen. Nach den erfolgreichen Teilnahmen an der interaktiven „Princeton Crisis Simulation“ und der „Harvard World Model United Nations“ bereitet sich die Gruppe auf weitere Teilnahmen im Laufe des Jahres vor.

Highlights auf der Harvard World MUN vom 26.- 30. März in Genf, auf der die Konstanzer Studenten Island und Lettland in verschiedenen Gremien der Vereinten Nationen vertreten haben, waren die Sitzungen in der Generalversammlung in Genf. Hautnah konnten die Jura, VWL und Politikstudenten mit 1500 weiteren Studenten hautnah erleben, wie es sich anfühlt, weltpolitische Themen zu verhandeln und zu einem Konsens zu kommen. Zusätzlich gab es ein spannendes Abendprogramm mit schweizerischen Alphörnern, Jodlern und Flaggenwerfern.
Ferner genossen die „Isländer“ und „Letten“ Ausflüge in die Schweizer Innenstadt, Bootsfahrten auf dem Genfer See und akrobatische Aufführungen. Neben den intensiven Verhandlungen der viertägigen Konferenz nahm die Gruppe intensiv am interkulturellen Austausch teil. Studenten aus allen Kontinenten arbeiteten an Lösungen für die Probleme dieser Welt im Rahmen der Regeln der Vereinten Nationen.

Für die kommenden Konferenzen sucht die Gruppe weiterhin nach Sponsoren und dankt der Hertie Stiftung, der BBbank, der Konstanzer Universitätsgesellschaft, Diehl, der Fazit Stiftung und Bernot IT, sowie VEUK und Lufthansa für ihr Engagement.

Hubertus Jürgenliemk

Spot an .....

Interview mit Prof. Dr. Katharina Holzinger

1. Frau Holzinger, Sie haben ab dem Wintersemester 2007/08 am Fachbereich Politik und Verwaltungswissenschaft den Lehrstuhl für „Internationale Politik/Außen- und Sicherheitspolitik“ inne. Wo haben Sie vorher gelehrt? Wie war ihr persönlicher Werdegang, bevor sie sich entschieden, an die Universität Konstanz zu kommen?

In den vergangenen vier Jahren war ich an der Universität Hamburg tätig. Ich war dort Professorin für Regierungslehre und Direktorin am Centrum für Globalisierung und Governance. Davor lagen, wie in unserem Beruf üblich, bereits einige andere Stationen.

Ich habe in München Politikwissenschaft und Germanistik studiert und anschließend an der Universität Augsburg in Politikwissenschaft zu einem Thema aus der europäischen Umweltpolitik promoviert. Nach einer kurzen Tätigkeit bei der EU-Kommission in Brüssel wechselte ich an das Wissenschaftszentrum Berlin, wo ich in einem Projekt zu Mediationsverfahren bei Konflikten im Umweltschutz arbeitete. Meine nächste Station war die Max-Planck-Projektgruppe zur Erforschung von Kollektivgütern in Bonn. Hier habe ich mich mit der Bereitstellung internationaler Kollektivgüter in Mehrebenensystemen befasst. Ein Beispiel für eine solche Problematik ist der Wettbewerb zwischen den Ländern bei der Kapitalbesteuerung. Von Bonn aus ging ich zunächst für ein Jahr als Jean-Monnet-Fellow an das Europäische Hochschulinstitut in Florenz; danach habe ich eine Professur für Politische Theorie in Essen vertreten. Im Jahr 2003 habe ich dann einen Ruf auf die C4-Professur an der Universität Hamburg angenommen - und den gleichzeitigen Ruf auf die C3-Professur für Policy-Analyse und Politische Theorie an der Universität Konstanz abgelehnt. Ich freue mich sehr, dass es nun im zweiten Anlauf doch noch geklappt hat mit der Universität Konstanz.

2. Wie sehen Sie Ihre Position und was ist Ihnen besonders wichtig?

Wie Sie aus dieser kurzen Berufsbiographie erkennen können, habe ich mich nicht nur geographisch, sondern auch innerhalb der Teildisziplinen des Fachs viel bewegt. Ich war in den Bereichen Politische Systeme, Internationale Beziehungen und Politische Theorie tätig; ich habe daneben auch Policy-Analyse betrieben und vergleichend gearbeitet. Ich habe außerdem ein sehr breites Methodenspektrum eingesetzt und die Grenzen der Disziplin überschritten, indem ich etwa mit Juristen, Soziologen, Psychologen und Wirtschaftswissenschaftlern zusammen gearbeitet habe. Möglicherweise bin ich also eine Generalistin, die „von allem nichts“ versteht. Ich selbst habe die Arbeit quer zu den Teildisziplinen der Politikwissenschaft und über ihre Grenzen hinaus stets als sehr befruchtend und anregend empfunden. Eine solche Öffnung macht „freier im Kopf“. Es ist mir daher ein Anliegen, alle Arten von wissenschaftlichen „Lager- und Stellungskämpfen“ zu vermeiden, da ich sie für innovationshemmend und unproduktiv halte.

3. In welchen Bereichen liegen Ihre Schwerpunkte in der Lehre und Ihre Forschungsinteressen?

Ich werde in der Lehre im Bereich Internationale Politik im Bachelor Politik- und Verwaltungswissenschaften und in den Masterstudiengängen „Public Administration and Conflict Management“ und „International Relations and European Integration“ tätig sein. Ich werde hier vor allem mit den Professoren Gerald Schneider und Wolfgang Seibel zusammenarbeiten. Zu meinen regelmäßigen Angeboten wird die Einführungsvorlesung in die Internationale Politik im BA und das Basisseminar „Conflict and Conflict Management“ im MA gehören.
Im Bereich Konfliktanalyse und Konfliktbeilegung wird auch mein zukünftiger Forschungsschwerpunkt liegen. Insbesondere möchte ich versuchen, Grundlagenforschung im Bereich der Analyse von Kommunikation in politischen Konflikten zu leisten. Hierbei wird es um Konflikte aller Art gehen; im Zusammenhang mit dem Masterstudiengang wird aber ein besonderer Schwerpunkt auf innerstaatlichen Konflikten in vom Zerfall bedrohten Staaten liegen.
Neben diesem zukünftigen Schwerpunkt werde ich jedoch auch weiterhin Forschung auf meinen früheren Gebieten betreiben, insbesondere zur internationalen Umweltpolitik und zum europäischen Verfassungsprozess.

4. Woran arbeiten Sie gerade und was sind ihre neuesten Veröffentlichungen?

Meine letzte Forschungsphase war vor allem von Forschung zur internationalen Diffusion und Konvergenz von Politiken gekennzeichnet. In diesem Gebiet habe ich bereits mit Professor Christoph Knill zusammen gearbeitet. Wir haben zusammen ein EU-Projekt zur Konvergenz der Umweltpolitiken über die letzen 30 Jahre durchgeführt. Demnächst wird ein Buch „Environmental Policy Convergence“ bei Cambridge University Press erscheinen, in dem die Ergebnisse dieses Projekts zusammengefasst sind. Aus diesem Forschungsbereich ist außerdem soeben ein Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift „Transfer, Diffusion und Konvergenz von Politiken“ erschienen, das von mir, Christoph Knill und Helge Jörgens herausgegeben wurde. Auch in diesem Bereich gibt es noch laufende weitere Forschungsarbeiten.

Außerdem arbeite ich derzeit an zwei Projekten zum europäischen Verfassungsprozess und bereite im Rahmen des Konstanzer Excellenzclusters „kulturelle Grundlagen der Integration“ ein erstes Projekt zur „Performanz von Konfliktlösungsverfahren“ vor.

5. In einer OECD-Analyse im September 2003 wurde die im internationalen Vergleich geringe Zahl von Abiturienten und Hochschulabsolventen in Deutschland mitverantwortlich für die deutsche Wirtschaftschwäche gemacht. Wie erleben Sie dieses Bildungstief und welche Ursachen können Sie ausmachen?

Dass Deutschland als ein rohstoffarmes Land vor allem auf Humankapital setzen muss, ist eine Binsenweisheit. Dass die Hochschulabgängerquote so niedrig ist, ist sicher einerseits auf mangelnde finanzielle Ressourcen zurückzuführen, andererseits auf Traditionen, wie etwa das duale Ausbildungssystem. Dieses wird international viel gelobt und hat sicherlich auch große Bedeutung für die deutsche Wirtschaftsentwicklung und die internationale Konkurrenzfähigkeit. Dennoch wird auf dem Weg in die Informations- und Wissensgesellschaft die akademische Ausbildung immer mehr Gewicht bekommen. Insofern ist die Tatsache, dass gerade Deutschland einen sehr geringen Anteil an Akademikern hat, sehr bedauerlich und langfristig in der Konkurrenz mit europäischen und außereuropäischen Nachbarn sicherlich nicht förderlich. Ein höherer Anteil an Hochschulabgängern ist jedenfalls wünschenswert, auch wenn man sich klar machen muss, dass die Hochschulbildung damit strukturell verändert werden wird.
Die Politik hat das ja auch erkannt und will den Anteil an Abiturienten und Hochschulabgängern erhöhen. Auch deshalb wurde die Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland politisch so stark forciert. Durch das zweiphasige Studium hofft man, mehr Hochschulabgänger zu produzieren – eine große Zahl mit Bachelor-Abschluss und akademischer Grundausbildung und eine kleine Zahl mit spezialisiertem oder forschungsorientiertem Master-Abschluss. Damit verband sich die Hoffnung einer kostenneutralen Realisierung einer höheren Hochschulabgängerquote.
Das Problem ist aber, dass man eine Erhöhung der Studierendenzahlen nicht zum Nulltarif haben kann – jedenfalls nicht ohne Verschlechterung im Angebot. Eine Beibehaltung der (in Deutschland ohnehin schon schlechten) Betreuungsrelation bedeutet bei mehr Studierenden nicht nur ein notwendiges Mehr an Lehrpersonal, sondern auch an Infrastruktur und Verwaltungspersonal. Das kostet alles Geld. Und das kann man nun über den allgemeinen Steuertopf finanzieren, oder über Studiengebühren oder über Mäzenatentum – für letzteres gibt es aber keine Kultur in Deutschland. Sie können sich also ausrechnen, wer den höheren Anteil an Akademikern am Ende bezahlen wird. Wahrscheinlich lohnt sich diese Investition aber, sowohl kollektiv wie individuell.

6. Der Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft hat seit seinem Bestehen viele Veränderungen durchgemacht und ist in einem ständigen Wandel begriffen. Wie haben Sie die bisherigen Entwicklungen des Fachbereiches von Außen betrachtet?

Der Konstanzer Fachbereich hat von Beginn an große Namen hervorgebracht: Thomas Ellwein, Gerhard Lehmbruch, und Fritz Scharpf, um nur die Bekanntesten zu nennen. Auch in jüngerer Zeit wurden immer wieder sehr erfolgreiche Forscher aus Konstanz exportiert. Arthur Benz, Jens Alber, Ellen Immergut und Thomas König sind Beispiele. Und auf weiteres darf man gespannt sein.
Konstanz gehörte von Beginn zu den wichtigen Zentren der deutschen Politikwissenschaft und dabei ist es auch geblieben. Der Fachbereich ist international gut sichtbar und inner- und außerhalb Deutschlands gut vernetzt. Lange Jahre hat er die Redaktion der PVS beheimatet, der zentralen deutschen politikwissenschaftlichen Zeitschrift. Der Konstanzer Diplomstudiengang ist ein Markenzeichen geworden, der hohe Erfolge in der Vermittlung der Absolventen vorzuweisen hat, unterstützt zum Beispiel durch die gegenüber anderen Universitäten frühe Einführung des Praktikums. Der erfolgreiche Export bezieht sich also nicht nur auf die Lehrenden, sondern auch auf die Studierenden. Konstanzer „Verwalter“ trifft man überall – ob in der Wissenschaft, in internationalen Institutionen oder in politiknahen Bereichen. Manchmal kehren sie sogar an den Fachbereich zurück. Ob dies mit dem aktuellen Bachelor- und Masterprogrammen ebenso gelingen wird ist noch offen. Hier ist schlicht noch zu wenig Erfahrung vorhanden, um begründete Vermutungen zu äußern – nicht nur für Konstanz, sondern für ganz Deutschland und Europa. Aber ich sehe Konstanz da erneut auf einem guten Weg.

7. Wie sehen Sie die aktuelle Entwicklung im Fachbereich?

Der Fachbereich hat sehr schnell auf den Bologna-Prozess reagiert und die nötigen Veränderungen in überzeugender Weise umgesetzt. Der Konstanzer Bachelor bietet ein breites politik- und verwaltungswissenschaftliches Fundament, in dem nach wie vor das Grundwissen der Disziplin vermittelt wird. Die Masterstudiengänge bieten eine forschungsorientierte Vertiefung mit aktuellen Schwerpunkten. Sogar die dritte Phase im Rahmen der Bologna-Reformen, das Doktorandenstudium, ist schon voll institutionalisiert. Hier gehört Konstanz innerhalb der Disziplin wieder einmal zu den Vorreitern. Gleiches gilt für die Kooperationsprogramme mit ausländischen Universitäten- auch hier ist Konstanz führend.
Der Fachbereich verfügt über eine sehr gute Personalstruktur und Betreuungsrelation und gehört nach wie vor in der Forschung nicht nur zur Spitze in Deutschland, sondern ist auch international hoch renommiert. Dies zeigt sich nicht nur an den Forschungsrankings, sondern auch an seiner erfolgreichen Beteiligung bei Vorhaben im Rahmen der Excellenzinitiative. Und die am Fachbereich gegründete Zeitschrift European Union Politics hat einen geradezu kometenhaften Aufstieg in den internationalen Zeitschriftenrankings erlebt.
Es ist eine Freude, das alles zu beobachten und jetzt auch dazu zu gehören.

8. Der Fachbereich kann auf eine 30jährige Geschichte zurück blicken. Wo und wie sehen Sie den Fachbereich in den nächsten 30 Jahren?

Während die Erklärungsfähigkeit der Sozialwissenschaften in den letzten Dekaden beträchtlich zugenommen hat, steht es mit der Prognosefähigkeit nicht sehr gut. Also werde auch ich mich mit Prognosen wohlweislich zurückhalten. 30 Jahre ist ein langer Zeitraum. Da kann man eigentlich nur daneben liegen. Immerhin aber kann ich dem Fachbereich etwas wünschen, nämlich dass er so gut dasteht, wie jetzt und meist in der Vergangenheit. Wer weiß, vielleicht werde ich ja die Hälfte dieses Zeitraums miterleben und mitgestalten können?

9. Was bedeutet für Sie „Verwaltungswissenschaft“ und was geben Sie den „Verwaltern“ mit auf den Weg?

Trotz meiner fachlichen Breite bin ich eines wohl nicht, nämlich Verwaltungswissenschaftlerin. Dies ist ein Teilbereich, in dem ich mich nicht sonderlich kompetent fühle – auch wenn mir mal ein Speyerer Verwaltungswissenschaftler gesagt hat, seines Erachtens verstünde ich mehr von Verwaltung als alle dort versammelten Kollegen. Nun ja, ich wäre da zurückhaltender.
Was gebe ich Ihnen mit auf den Weg? Sie haben in Konstanz eine ganz hervorragende Ausbildung in Politik- und Verwaltungswissenschaft genossen oder genießen sie noch – Machen Sie etwas daraus!

Die Fachschaft im Sommersemester: ein Rückblick

Noch verbleibt ein Monat im Amt als studentische Vertreter im Fachbereichsrat und als Sprecher der Fachschaft, doch der Fachbereichsrat tagt in der vorlesungsfreien Zeit nicht mehr und auch die Fachschaft lässt ihre Aktivitäten im Sommer auf Sparflamme laufen, was uns die Zeit lässt, einen Blick zurückzuwerfen auf die vergangenen Monate im Sommersemester 2007 und damit auf die zweite Hälfte unserer Amtszeit.

Das Sommersemester bringt für die Fachschaft einen größeren Gestaltungsspielraum für Veranstaltungen und Aktionen mit sich als das Wintersemester mit seinen vielen Erstsemesterprojekten, wie die „Höfe“ und die Kennlerntreffen und natürlich der großen Fachschaftsparty, die zur Erwirtschaftung eines kleinen Budgets dient. Bis auf das große Sommergrillfest, welches ein fester Bestandteil des Fachbereichskalenders geworden ist, konnten sich die Fachschaftler ganz frei neuen Projekten widmen.
Anknüpfend an den Erfolg im Vorjahr fand daher auch dieses Semester wieder eine Filmvorführung aus der Reihe „PV Movie“ statt, die sich thematisch um das Problem des globalen Terrorismus drehte. Gezeigt wurde „Syriana“, der Erfolgsthriller aus dem Jahr 2005 von Regisseur Stephen Gaghan. Die engagierte Einführung in Form eines Referats und die lebhafte Diskussion im Anschluss an den sehr vielschichtigen Film verband die gezeigte Lebensrealität der Filmcharaktere in politischen Wirren mit dem theoretischen politischen Wissen der Zuschauer und Zuschauerinnen und empfiehlt das Format auch für die nächsten Jahre.

Vorstellung der Lehrstuhlprofile

Am 16. Mai fand nach langer Vorbereitung und auf Anregung der Fachschaft eine fachbereichsweite Veranstaltung zur Vorstellung der Lehrstuhlprofile statt, in deren Verlauf allen Interessierten die Möglichkeit geboten wurde, sich über die unterschiedlichen Forschungsprojekte der Lehrstühle unseres Fachbereichs zu informieren, Gemeinsamkeiten zu entdecken und Fragen zu stellen. Die Rückmeldungen von Beteiligten und Teilnehmern bescheinigen der Veranstaltung großes Potential, wenn auch erst die eine oder andere organisatorische Änderung wohl die tiefere Beschäftigung mit einzelnen Forschungsprojekten ermöglichen wird.

Wählen und Feiern

Ein großes Thema, wie jedes Jahr zu dieser Zeit sind auch die Uniwahlen, in denen auf Ebene unseres Fachbereichs die Gremienvertreter für Fachbereichs- und Sektionsrat bestimmt werden. Als mittlerweile erfahrene studentische Gremienvertreter freuen wir uns sehr, dass nach intensiver Kandidatensuche im nächsten Jahr drei engagierte Fachschaftlerinnen die Interessenvertretung und Organisation der Fachschaftsarbeit weiterführen werden und mit Rat und Tat den Studenten und Studentinnen zur Seite stehen. Einen ersten Ausblick auf die möglichen zu erwartenden Widrigkeiten konnten die drei gleich bei unserem Sommergrillfest am Wassersportgeländer der Universität erlangen, das am 20. Juni traditionell im letzten Teil des Sommersemesters stattfand. Der hervorragende Start bei strahlendem Sonnenschein und das erfolgreiche Beachvolleyballtunier wurden leider schon nach ca. zwei Stunden durch wolkenbruchartige Regenfälle und ein heftiges Gewitter gestört. Den Feiernden blieb nur die Flucht unter die benachbarten Überdachungen, um einigermaßen trocken zu bleiben. Dennoch konnte auch das Unwetter den gutgelaunten Politik-Verwaltern die Stimmung nicht trüben und so wurde auch auf engem Raum das Grillfest weitergeführt. Besonders dankbar sind wir aber an dieser Stelle vor allem auch denjenigen, die mit ihrer spontanen Hilfsbereitschaft dazu beitrugen, das Aufräumen schnell und effektiv über die Bühne zu bringen und so das Grillfest auch organisatorisch erfolgreich abzuschließen.
Was wir unseren Nachfolgern weiterhin mitgeben ist die Beendigung einer mittlerweile leidigen und langwierigen Diskussion, die in der Fachschaft bis dato praktisch jedes Jahr aufgekommen war. Im Sommersemester ist es der Fachschaft gelungen, ein eigenes T-Shirt zu gestalten, welches in dunkelblau gehalten, mit dem Fachschaftsemblem bestickt, schon über dreißig Abnehmer gefunden hat und bis nach Brüssel verschickt wurde.

Mitgestalten von Veränderungen

Neben den vielen Veranstaltungen der Fachschaft standen aber Woche für Woche auch die Entwicklungen in den Gre-

mien im Mittelpunkt der festen Fachschaftssitzungen. Parallel zu den Sitzungen des Fachbereichsrats konnten wir insbesondere über den im zwei-Wochen-Turnus stattfindenden „Jour fixe“ mit Fachbereichsreferentin Dr. Ulrike Haas-Spohn und Programmkoodinator Dr. Johannes Dingler bei wichtigen Themen die studentischen Interessen vertreten und Veränderungen im Fachbereich mitgestalten. Die Form der Zusammenarbeit war für beide Seiten seit Beginn des Wintersemesters ein neuer Weg, aber zumindest von uns und der Fachschaft eine nach zwei Semestern sehr geschätzte und erfolgreiche Neuerung, die sich hoffentlich erfolgreich in den kommenden Jahren weiter bewährt.
In die wöchentlichen Fachschaftssitzungen konnten daher von unserer Seite viele entscheidungsrelevante Themen von Fachbereichsebene eingebracht werden. Exemplarisch und ungeordnet seien genannt, die Diskussion über die Einführung einer Zulassungsbeschränkung für Nebenfachstudierende, die Entwicklung und Verabschiedung der Lehrprogramme für die verschiedenen Studiengänge in unserem Fachbereich, die Verwendung der Studiengebühren und erste Rückschlüsse aus der ersten Vorlesungszeit mit ihrem Einsatz, die Entwicklung von Evaluationsmaßstäben für ihrer Weiterverwendung im nächsten Jahr und schließlich auch die konstruktive Begleitung der Berufungskommission für die neue Juniorprofessur „Methoden der empirischen Sozialforschung“.

Erwerb von Schlüsselqualifikationen

Alles in allem und abschließend war es ein sehr arbeitsintensives, spannendes und lehrreiches Semester, das noch einmal völlig anders verlief als dasjenige im Winter. Wir hatten eine sehr schöne Zeit als „Offizielle“ in der Fachschaft und konnten viele Kompetenzen erwerben, die sonst in harter theoretischer Arbeit im Modul „Schlüsselqualifikationen“ erlernt werden sollen. Besonders erfreulich war dabei immer die große Einsatzbereitschaft der Fachschaftsmitglieder, Studenten und Studentinnen, die in zahllosen Stunden ehrenamtlicher Arbeit am Gelingen aller Projekte entscheidend gestaltend mitgewirkt haben und so die vielen Fachschaftsaktionen erst möglich machten. Dafür bedanken wir uns hier noch einmal ausdrücklich sehr herzlich.
Für die nächsten Semester wünschen wir unseren Nachfolgerinnen ein glückliches Händchen für die zahlreichen Herausforderungen und natürlich viel Erfolg.

Melanie Pfab und Johannes Sattler

P.S. bei Interesse an unserem Fachschafts-T-shirt (s. Bild) können Sie sich gerne an die Fachschaft-E-mail-Adresse: fachschaft.politik-verwaltung@uni-konstanz.de wenden, so z. B. um den Zeitpunkt der nächsten Bestellung zu erfahren.

Helpdesk - Betreuungs- und Beratungsangebot des FB

Um die Betreuungsstrukturen des Fachbereichs zu ergänzen und um eine Anlaufstelle für alle inhaltlichen Fragen des Studiums zu bieten, wird mit Beginn des Sommersemesters 2007 – finanziert aus Studiengebühren – ein zusätzliches Betreuungs- und Beratungsangebot eingerichtet. Dieses Angebot umfasst – neben der bereits angelaufenen Übung zum wissenschaftlichen Arbeiten – die individuelle Beratung der Studierenden zu methodischen und inhaltlichen Anforderungen und Aufgabenstellungen sowie zu Fragen des wissenschaftlichen Arbeitens, welche im B.A. und Master-Studiengang zu bewältigen sind. Hierunter fallen Hilfestellungen in den Bereichen der Klausurvorbereitung, der Ausarbeitung von Referaten und Präsentationen und des Verfassens von Hausarbeiten und B.A.-Arbeiten.
Verantwortlich für die individuelle Betreuung im Rahmen des helpdesk ist Ersin Özahin.
Das Angebot des helpdesk umfasst ferner auch einen e-mail-Support. An die folgende e-mail-Adresse
polver-helpdesk@uni-konstanz.de
können alle Fragen gerichtet werden, von denen die Fragesteller annehmen, per mail eine befriedigende Antwort zu erhalten. Das Ziel ist, über diesen e-mail Verkehr mittelfristig eine FAQ – Page auf der Homepage des Fachbereichs einzurichten, welche es zukünftigen Studierenden ermöglichen soll, effizient verbindliche Informationen (z.B. Zitationsregeln, formale Anforderungen an Hausarbeiten / Abschlussarbeiten etc.) zu erhalten.
Weitere Informationen zu diesen neuen Angeboten (Übungen etc.) werden in Kürze auf der Homepage des Fachbereichs zur Verfügung stehen.

Bachelor: Stellenwert auf dem Arbeitsmarkt noch unklar

Die Einführung von Bachelor-Studiengängen an deutschen Universitäten ist in vollem Gange. Doch während immer mehr Absolventen ihr Studium mit dem international anerkannten Titel beenden, ist sein Stellenwert auf dem Arbeitsmarkt noch unklar.

Ungewiss ist vor allem, ob der Bachelor-Abschluss tatsächlich die Qualifikationen garantiert, die die Wirtschaft fordert. Auch über die Karriereaussichten von Bachelor-Absolventen ist wenig bekannt.
Laut einer Studie des Hochschul-Informations-Systems (HIS) in Hannover entscheidet sich immer noch die Mehrheit der Studienanfänger gegen den Bachelor (BA).
Bisher führt der Abschluss auch eher selten zu einem direkten Berufseinstieg. Laut Kolja Briedis vom HIS setzen bis zu 80 Prozent der Bachelor-Absolventen ihr Studium fort. Das liege nicht zuletzt am Unwissen über berufliche Perspektiven.
Christiane Konegen-Grenier, Hochschulreferentin vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln, hält das mangelnde Vertrauen in den Bachelor für unbegründet: „In der Wirtschaft besteht eine hohe Akzeptanz“, sagt die Expertin.
Laut Umfragen des IW seien drei Viertel der befragten Unternehmen bereit, Bachelor-Absolventen zu beschäftigen. Dabei eröffne der Bachelor-Abschluss ähnlich gute Karrierechancen wie andere.
Hingegen sieht Briedis auch auf Seiten der Wirtschaft eine große Unsicherheit, wie der Bachelor zu bewerten sei. Insgesamt sei der Aufklärungsbedarf auf allen Seiten noch sehr hoch. Bei Studierenden und Unternehmen, aber auch bei den Hochschulen selbst „fehlen noch die Gewissheiten, die man bei den alten Studiengängen hatte“, glaubt der Experte für Absolventenstudien.
Derzeit gebe es noch große Unterschiede zwischen den einzelnen Hochschulen und den jeweiligen Studiengängen. Studienanfänger sollten sich genau informieren und sich für moderne Studiengänge entscheiden, rät Briedis.
Johanna Witte vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) in Gütersloh sieht im Bachelor-Abschluss vor allem die Chance, früher als bisher in die Praxis zu gehen. Es sei einer der Vorteile des neuen Abschlusses, dass Absolventen sich zwischen Master-Studium und Berufseinstieg entscheiden können.
Den Bachelor-Studenten rät Witte, sich über die eigenen Ziele klar zu werden. Wer in die Praxis wolle, solle ruhig den frühen Eintritt in den Arbeitsmarkt wagen. Stellt sich dann ein weiterer Qualifizierungsbedarf heraus, lasse sich immer noch weiter studieren.

Konegen-Grenier bestätigt, dass man einen Master-Studiengang später nachholen könne, oft sogar neben dem Beruf und vom Arbeitgeber unterstützt. Auch Briedis wirbt für den Bachelor und rät, so früh wie möglich Praxiserfahrungen zu machen, um ein Gespür dafür zu gewinnen, welche Qualifikationen gefordert werden.
Hürden für den Berufseinstieg mit dem BA gebe es jedoch auch noch, sagt Witte, besonders bei den stark regulierten Berufen. So setzten zum Beispiel für Architekten und Psychologen bestimmte Tätigkeiten einen Master voraus, sagt Witte.
Die Fächer Medizin und Jura seien noch nicht auf den Bachelor umgestellt, die Lehrerausbildung komme nur langsam in Bewegung. Die flächendeckende Umstellung auf Bachelor und Master soll bis 2010 abgeschlossen sein.

Studenten sollten Karriere langfristig planen

Angehende Akademiker müssten dazu lernen, Praktika oder Jobangebote auch einmal auszuschlagen, empfiehlt der Soziologe Lord Ralf Dahrendorf.
„Sie müssen nicht alles, was links und rechts des Weges kommt, mitnehmen“, sagte er dem in Hamburg erscheinenden Magazin „Zeit Campus“. Es sei außerdem wichtig, weiter als die nächsten zwei oder drei Jahre zu denken und „nicht mit 22 darauf zu schielen, möglichst schnell viel Geld zu verdienen“.
Bei ihren Entscheidungen sollten sich Studenten nach seiner Empfehlung außerdem von ihrer Intuition leiten lassen und wach nach Möglichkeiten Ausschau halten, die ihnen Spaß machen. Dahrendorf war Mitbegründer der Universität Konstanz, Mitglied des Deutschen Bundestages und lehrte an Universitäten in England und Deutschland.

Christoph Schiedel

Konferenz des Fachbereichs Politik- und Verwaltungswissenschaft „Bachelorabsolventen auf dem Arbeitsmarkt – Qualifikationen von Absolventen und Erwartungen der Arbeitgeber“ am 21. 02. 2008 an der Universität Konstanz

Im Zuge des Bologna-Prozesses sind in Deutschland inzwischen knapp die Hälfte der Studiengänge auf Bachelor- und Masterabschlüsse umgestellt.

Der Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft der Universität Konstanz bietet bereits seit dem Wintersemester 2003/2004 einen Bachelorstudiengang in Politik- und Verwaltungswissenschaft an, der in drei Jahren zum ersten akademischen und gleichzeitig berufsqualifizierenden Abschluss führt. Im Oktober 2006 schlossen die ersten Bachelorstudierenden des Fachbereichs ihr Studium erfolgreich ab. Doch anstatt sich wie von den Unterzeichnern der Bologna-Deklaration erhofft nach einer verkürzten Studienzeit ins Berufsleben zu stürzen, nehmen viele der Absolventen nach dem Bachelorstudium ein fortführendes Masterstudium auf. Neben dem sicherlich vorhandenen forschungswissenschaftlichen Interesse der Bachelor-

absolventen ist die Unsicherheit über den Abschluss sowohl auf Seite der Arbeitgeber als auch der Absolventen ein entscheidender Faktor für diese Entwicklung.

Zwar haben einige führende Unternehmen Deutschlands in Ihren Bekenntnissen „Bachelor Welcome (2004)“ und „More Bachelor Welcome (2006)“ dieser Hochschulreform nochmals ausdrücklich zugestimmt und Zusagen gegeben, auch ihrerseits die Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse zum Erfolg zu bringen. Manche Unternehmen wie beispielsweise die Boston Consulting Group haben sogar spezielle Einstiegsprogramme für Bachelorabsolventen eingeführt.

Arbeitgeber nicht genügend informiert

Doch wie sich im Gespräch mit verschiedenen Arbeitgebern zeigt, scheuen sich weiterhin viele Arbeitgeber, Bachelorabsolventen einzustellen. Die Gründe hierfür sind vielfältig. Zum einen besteht bei vielen Arbeitgebern weiterhin eine Informationslücke über die Kompetenzen und Qualifikationen der Bachelor-Studierenden, zum anderen zeigt sich eine Unsicherheit darüber, inwieweit diese neuen Abschlüsse mit anderen bisherigen Studienabschlüssen vergleichbar sind. Die hochqualifizierten Absolventen unseres Fachbereichs treffen somit auf Arbeitgeber, denen teilweise sowohl der Studiengang „Politik- und Verwaltungswissenschaft“ als auch der Abschluss Bachelor weitgehend unbekannt ist.

Fachbereich aktiv

Der Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft möchte durch die Veranstaltung der Arbeitgeberkonferenz „Bachelorabsolventen auf dem Arbeitsmarkt – Qualifikationen von Absolventen und Erwartungen der Arbeitgeber“ in Kooperation mit KonNet, der Fachgruppe Soziologie und dem Career-Service der Universität Konstanz zur Veränderung dieser Situation beitragen.
Ziel der Konferenz ist es, Arbeitgeber über den Bachelor-Studiengang „Politik- und Verwaltungswissenschaften“ und die Qualifikationen der Absolventen zu informieren und gleichzeitig die Ansprüche der Arbeitgeber an die Absolventen zu erfahren, um die Studienqualifikationen darauf auszurichten.
Die Veranstaltung ist hierfür in zwei Blöcke aufgeteilt: Am Vormittag finden Plenumsvorträge statt, die in die Ziele des Bologna-Prozesses und die Umsetzung an der Universität Konstanz einführen sowie die Qualifikationen der Bachelorabsolventen deutlich machen sollen. Für den Nachmittag sind Diskussionen in arbeitsfeldspezifischen Arbeitsgruppen geplant, welche sich aus Arbeitgebern, Dozenten und Studierendenvertretern zusammensetzen.

Die Konferenz richtet sich in erster Linie an Personalverantwortliche und Recrutingfachleute sowie an alle Personen in entsprechenden Führungspositionen. Darüber hinaus sind auch Interessierte aus anderen Funktionsbereichen herzlich willkommen. Insbesondere freuen wir uns über die Teilnahme von Absolventen der Verwaltungswissenschaft, die sich über die Umstrukturierung des Studiengangs informieren und die Gelegenheit nutzen möchten, mit Ihren ehemaligen und den neuen Dozenten des Fachbereichs ins Gespräch zu kommen. Wenn Sie Interesse an einer Teilnahme haben, können Sie sich sehr gerne an Herrn Dr. Johannes Dingler wenden (Telefon: 07531-2600, E-Mail: arbeitgeberkonferenz@uni-konstanz.de). Darüber hinaus sind weitere Informationen zur Konferenz auf der Konferenzwebsite www.uni-konstanz.de/sektionen/polver/konferenz zugänglich, über die auch eine Anmeldung möglich ist.

Weniger Studenten

Im Sommersemester 2007 gab es 8.861 Studierende auf dem Gießberg. Die Gesamtzahl der Studierenden ist gegenüber dem Sommersemester 2006 um etwa 7 Prozent zurückgegangen. Das Sommersemester 2007 ist das erste, in dem die Studierenden Studiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester zahlen müssen.
Allerdings waren 431 Erstsemester zu verzeichnen, etwa 8 Prozent mehr als im Vorjahr (398).

Universität Konstanz,
Pressemitteilung Nr. 44, 18.04.2007

Wieder volle Stelle im Prüfungssekretariat

Am 2. Mai 2007 hat Frau Christina Blum ihre Tätigkeit als Sekretärin mit einer Halbtagsstelle im Prüfungssekretariat aufgenommen. Die Stelle von Frau Blum wird aus Studiengebühren finanziert. Das Prüfungssekretariat ist nun mit 50% von Frau Hitschrich und mit 50% von Frau Blum besetzt.

Exzellenzinitiative - neues Uni-Gebäude entsteht

Am 13. Oktober 2006 hat die Universität Konstanz grünes Licht für das Exzellenzcluster „Kulturelle Grundlagen von Integration“ von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) bekommen. Bis zu 88 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden im Rahmen dieses Clusters ihre Arbeit an der Universität aufnehmen. Untergebracht werden sollen sie in einem neuen Gebäude auf dem Universitätsgelände. Offizieller Baubeginn ist der 11. 6. 2007. Bereits ab Sommer 2008 soll das neue Gebäude mit rund 1.200 m² genutzt werden. Das Gebäude wird 3,3 Mio. Euro kosten.

„Der Campus der Universität wächst wieder um ein neues Gebäude, das sich harmonisch in den jetzigen Baubestand und auch die Umgebung einfügen wird. Wir haben geprüft, ob wir die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den bestehenden Gebäuden unterbringen können, aber dazu reicht der Platz einfach nicht aus. Alternativen wie die Anmietung von Flächen oder die Aufstellung von Containern wurden selbstverständlich geprüft. Der Neubau ist die wirtschaftlichste Variante,“ so der Rektor der Universität Konstanz, Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhart v. Graevenitz, zu den neuen Bauplänen der Universität Konstanz.

Im neuen Gebäude sind die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des interdisziplinär aufgestellten Clusters direkt an die Fachbereiche angebunden, auch zu den zentralen Einrichtungen der Universität wie Bibliothek und Rechenzentrum sind die Wege kurz. Ausgestattet werden die neuen Räumlichkeiten genauso wie die anderen Büroräume der Universität. Die Investitions- und auch Betriebskosten sollen, so Graevenitz, auf jeden Fall gering bleiben. Nur die absolut notwendigen Aufwendungen sollen vorgenommen werden.

Universität Konstanz,
Pressemitteilung Nr. 37, 21.03.2007

Erster Spatenstich für neues Uni-Gebäude

Der erste Spatenstich erfolgte planmäßig am 30. Mai 2007. Die geladenen Honoratioren Dr. Dietrich Birk, Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg, Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhart v. Graevenitz, Rektor der Universität Konstanz, Prof. Dr. Rudolf Schlögl, Leiter des Exzellenzclusters und Arnfried Leifert, Leitender Regierungsbaudirektor, Vermögen und Bau Baden-Württemberg, Amt Konstanz schaufelten das erste Loch für das neue Gebäude unterhalb des neuen Bibliothek-Flügels. Es wird auf dem Campus den Buchstaben Y erhalten. Auf einer Fläche von 1.200 Quadratmetern werden Büroarbeitsplätze, ein Besprechungs- und ein Seminarraum eingerichtet. Bis es im September 2008 bezugfertig ist, wird es in der Bibliothek eng: die Forscher bekommen hier provisorische Räume, die bislang als Lese- und Arbeitsplätze für Studenten dienten.

Südkurier, 31.05.2007
Singener Wochenblatt, 30.05.2007

Hohes Ranking für Konstanzer Zeitschrift

Neben Universitäten und Fachbereichen sind auch wissenschaftliche Zeitschriften einer permanenten Evaluation ausgesetzt. Die weltweit wichtigste Rangliste zum Zitationserfolg einer Zeitschrift sind dabei die ISI Rankings, die jährlich vom Medien- und Wissenschaftsunternehmen Thomson Scientific herausgegeben werden. In der Rangierung der politikwissenschaftlichen Zeitschriften hat es nun zum zweiten Mal in Folge das Fachorgan „European Union Politics“ unter die „Top ten“ von über 70 klassierten Journalen geschafft. European Union Politics wird seit 2007 gerankt. Das Journal gibt es seit 2000, geschäftsführender Herausgeber ist der Konstanzer Professor Gerald Schneider.

Wichtigster Gradmesser für den Bekanntheitsgrad einer Zeitschrift ist der so genannte Impact Factor, der die Zahl der Zitationen der letzten zwei Jahre anhand der in einem Jahr publizierten Artikel misst. Mit einem Impact-Faktor von 1,4 ist European Union Politics die höchstplatzierte kontinentaleuropäische Zeitschrift. Berücksichtigt man einen Zeitraum von fünf Jahren, ist sie sogar die höchstrangierte aller in Europa herausgegebenen politikwissenschaftlichen Zeitschriften und die erfolgreichste Zeitschriftenneugründung der vergangenen Jahre. Die Rankings in der Politikwissenschaft werden von amerikanischen Zeitschriften wie der American Political Sciene Review angeführt.

Universität Konstanz,
Pressemitteilung Nr. 94, 27.06.2007

Deadline Diplom und Magister

Der Fachbereich weist darauf hin, dass gemäß eines Senatsbeschlusses vom 12.02.2003 die Diplomprüfung bzw. die Magisterprüfung spätestens bis zum 30.09.2008 abgelegt werden muss. In besonderen Härtefällen kann der Prüfungsausschuss auf Antrag die Frist verlängern. Daraus folgt, dass im Diplomstudiengang spätestens im Oktober 2007 die Anmeldung zur mündliche Prüfung erfolgen muss (für die mündliche Prüfung im April 2008) bzw. im Juni 2008 die Anmeldung zur Diplomarbeit erfolgen muss (für die Bearbeitungszeit Juli-Oktober 2008).

Johannes Dingler

Neues aus der Uni-Bibliothek

Die Universitätsbibliothek kann nicht mehr kostenlos genutzt werden. Alle Personen, die nicht Mitglieder der Universität sind, müssen für die Benutzung der Bibliothek (Ausleihe / Internetrecherche) eine Gebühr bezahlen. Ausgenommen sind jedoch Azubis, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger (Nachweis erforderlich) sowie KonNet- bzw. VEUK-Mitglieder. Ein Grund mehr also für die Mitgliedschaft in KonNet, zumal so auch die Möglichkeit besteht, an den Kursen des Hochschulsports teilzunehmen.

Universität senkt Gebühren für die Bibliotheksbenutzung

Die Universität Konstanz senkt zum 1. August die Benutzungsgebühren für die Bibliothek auf 30 Euro jährlich. Alternativ kann auch eine Monatsgebühr von 10 Euro gezahlt werden oder eine Einzelausleihgebühr von 3 Euro pro ausgeliehenem Buch oder sonstigem Medium. Außerdem sind ab dem 1. August Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger bei Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung von der Gebühr befreit.

Die Leitung der Universität reagiert mit diesem Beschluss auf die Äußerungen zahlreicher Bürgerinnen und Bürger der Region, die überwiegend mit Verständnis auf die Einführung der Gebühr reagierten, die Höhe von vormals 56 Euro pro Jahr aber für zu hoch hielten.
Angesichts der Einführung von Studiengebühren ist es aber nach wie vor vertretbar, überhaupt Gebühren für die Bibliotheksnutzung zu verlangen.

Universität Konstanz,
Pressemitteilung Nr. 105, 01.08.2007

In der Rangliste der besten Uni-Bibliotheken auf Platz 2

Wie bewähren sich Bibliotheken als Informationsvermittler, Bildungspartner und Treffpunkte? Die Bibliothek der Universität Konstanz stellte sich 2007 erneut dem Leistungsvergleich des Deutschen Bibliotheksverbands. In der Kategorie der einschichtigen Universitätsbibliotheken erreichte die Universitätsbibliothek Mannheim Platz eins, gefolgt von der Bibliothek der Universität Konstanz und der Universitätsbibliothek der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg (Universität der Bundeswehr). Die Konstanzer Bibliothek belegt damit zum vierten Mal in Folge Platz 2 in dem deutschlandweiten Bibliotheksranking bei einer Teilnehmerzahl von 33 Bibliotheken in ihrer Klasse.

Universität Konstanz,
Pressemitteilung Nr. 93, 27.06.2007

Befreiung von den Studiengebühren

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, keine Studiengebühren bezahlen zu müssen: z.B. man weist eine weit überdurchschnittliche Begabung auf, man verknüpft Studium und Berufsausbildung und die Firma übernimmt die Gebühren, man kann die Studiengebühren bei der Verlosung in einer Konstanzer Disco gewinnen, man übernimmt in der Stadt Eppelheim gemeinnützige Arbeit, man ist ausländischer Austauschstudent, man hat kleine Kinder oder gute Abi-Noten.

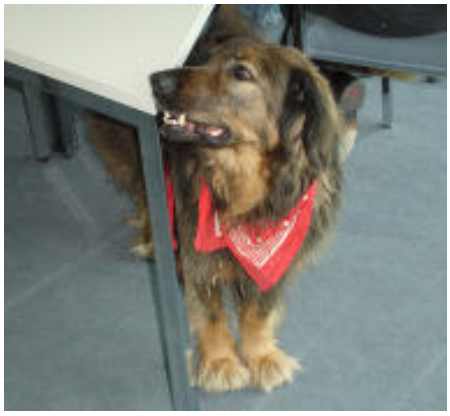
www.uni-konstanz.de/studium/?cont=gebuehren&lang=de
Südkurier, 16.06.2007
Südwestpresse Ulm, 2.05.2007
Südwestpresse Ulm, 12.04.2007

KonNet-Vorstandssitzung mit Vertretern des VEUK-Vorstandes

Am 29.04.2007 tagten in Stuttgart der KonNet-Vorstand mit Hanns Fahlbusch und Michael Kessler als Vertreter des VEUK-Vorstandes. Wichtigste Gesprächsthemen waren das neue „Konzept für die Alumni-Arbeit an der Universität Konstanz“ (= Professionalisierung) und die anstehenden organisatorischen Veränderungen bei KonNet e.V. (Auflösung der Geschäftsstelle, Abgabe der Mitgliederbeitragsverwaltung). Auf Basis der bestehenden Kooperationsvereinbarung sollen die Strukturen und Abläufe vereinfacht und die Finanzen auf eine langfristig tragfähige Grundlage gestellt werden. Angesichts der zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen in beiden Vereinen sind diese zwei Themenbereiche zukunftsweisend.

In einer fruchtbaren, teilweise bis ins Detail gehenden Diskussion wurde eine gute, gemeinsame Sicht- und Vorgehensweise gefunden, die am 10.05.2007 bei einer Vorstandssitzung des VEUK und anschließend bei der KonNet-Mitgliederversammlung am 19.05.2007 zur Verabschiedung vorgeschlagen werden sollte. Über das Ergebnis wird an anderer Stelle dieser KonText-Ausgabe berichtet.

Christoph Schiedel



Treue Begleiterin: Lotte

Beschlüsse der Mitgliederversammlung anlässlich des Verwalter-Treffens in Hamburg 19. Mai 2007

1. Interne Organisation von KonNet

Im Bereich Organisation und Finanzen rückt KonNet noch näher an den VEUK heran. Doppelte Strukturen bei der Adressenverwaltung machen in Zukunft wenig Sinn. Die Ressourcen sollen vielmehr in inhaltlich-konzeptionelle Arbeit gelenkt werden. Deshalb wird die KonNet-Geschäftsstelle formal zum 1. Juli 2007 aufgelöst. Die Mitglieder- und Adressenverwaltung wird von der VEUK-Geschäftsstelle übernommen. Beitritte, Änderungsmitteilungen und Austritte werden direkt dort abgewickelt.
Das gleiche gilt für die Beitragsverwaltung und das damit zusammenhängende Finanzwesen. Der bisherige Schatzmeister von KonNet kümmert sich in Zukunft um die Abrechnung der vom VEUK zur Verfügung gestellten Budgets, um Förderanträge an den VEUK und nimmt Controlling-Aufgaben wahr. Die Umstellung der Finanzverwaltung erfolgt mit Abschluss des laufenden Geschäftsjahres 2007 und geht somit zum 1. Januar 2008 an den VEUK über.
Zu betonen ist, dass KonNet weiterhin ein eigenständiger Verein bleibt und auch in Zukunft der direkte Ansprechpartner bei allen fachlich-inhaltlichen Fragen im Bereich Politik- und Verwaltungswissenschaft sein wird (mail@konnet-ev.de). KonNet ist im Vorstand des VEUK vertreten und stellt so sicher, dass die Interessen der Politik- und Verwaltungswissenschaftler gewahrt bleiben.

2. Neubesetzung des Vorstandes

Analog zur veränderten internen Organisation von KonNet ergeben sich Veränderungen bei der Zusanmensetzung des Vorstandes. Der bisherige Geschäftsführer Ralf Hekenberger scheidet nach erfolgter Übergabe der Geschäftsstelle an den VEUK aus dem Vorstand aus. Einen Geschäftsführer hat KonNet dann nicht mehr. Stattdessen gibt es mit Katja Schwanke und Dr. Johannes Dingler (neu im Vorstand) zwei stellvertretende Vorsitzende. Johannes Dingler ist Programmkoordinator im Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Uni Konstanz und kann so für eine optimale Verzahnung zwischen KonNet und Universität, Fachbereich, Fachschaft sowie den Studierenden sorgen. Christoph Schiedel bleibt Vorsitzender, der bisherige Schatzmeister Jürgen Banzhaf wird Vorstand mit dem Schwerpunkt Finanzwesen & Controlling.

3. Verwaltertreffen 2008

Das Verwaltertreffen 2008 wird vom 1. bis 4. Mai wieder über Christi Himmelfahrt in Dresden stattfinden - Termin bitte vormerken! Ansprechpartnerin dafür ist wie in den Vorjahren Katja Schwanke (e-mail Katja.Schwanke@uni-konstanz.de, Tel. 07531 / 384343).

Verwaltertreffen 2008 - Himmelfahrt in Dresden

Das Verwaltertreffen 2008 wird vom 1. bis 4. Mai - Christi Himmelfahrt - in Dresden stattfinden.

Das genaue Programm wird zur Zeit ausgearbeitet und ist dann zum einen auf der KonNet-Website unter www.konnet-ev.de zu finden, außerdem wird es im nächsten KonText veröffentlicht. Die Einladungen werden ebenfalls im Frühjahr verschickt. Katja Schwanke wird den Event wieder in bewährter Weise organisieren, sie freut sich aber über Anregungen und Ideen (katja.schwanke@uni-konstanz.de, Tel. 07531 / 384343).

Als Einstimmung erst mal der Verweis auf die Website der Stadt Dresden - www.dresden.de - und auf eine Liste verschiedener Websites von Dresden und Umgebung unter www.elbflorenz.org.

Dresden – auch Elbflorenz genannt - bietet Sehenswertes in vielerlei Gestalt: In keiner Architekturgeschichte fehlt der Dresdner Zwinger. Frauenkirche, Semperoper und Residenzschloss prägen wie viele weitere historische Baudenkmale das Bild der Stadt. Die verträumten Engel aus dem Bild „Sixtinische Madonna“ von Raffael – eines der berühmtesten Gemälde der Kunstgeschichte - werben überall für Dresdens Kunstsammlungen.

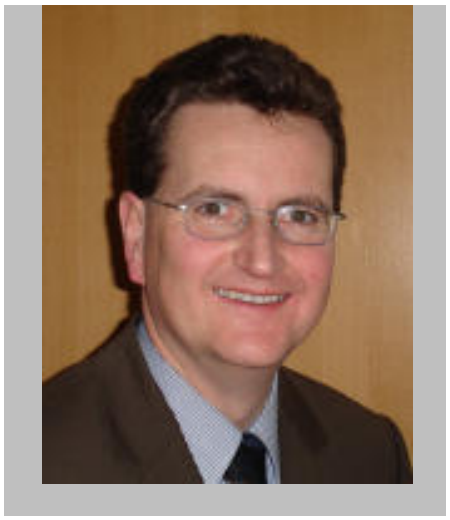
Foto: www.christoph-muench.de/a_raffael-engel.jpg

Den Gegenpol zu Architektur und Kunst bildet die malerische Lage inmitten des Elbtals - das Dresdner Elbtal ist Weltkulturerbe - und die Uferpromenaden der Elbe – wir erinnern uns an die Elbe und unser Treffen 2007 in Hamburg!

Aber auch die Plätze, z.B. der Dresdner Neumarkt - bis zu seiner Zerstörung 1945 ein geschlossenes Flächendenkmal bürgerlicher Barockbaukunst und in den letzten Jahren ebenso wie die Frauenkirche wiederaufgebaut - laden zu einem Bummel ein, auch auf den Spuren von Erich Kästner.

Foto: www.dresden.de/media/bilder/dwtpm/558_0703_frauenkirche.JPG

Der neue Vorstand von KonNet e.V.



Christoph Schiedel
1. Vorsitzender

Christoph Schiedel, Jahrgang 1968, beendete 1992 sein Studium mit der Diplomarbeit „Alkoholprävention im Betrieb. Konzeption für ein Maschinenbauunternehmen in Baden-Württemberg.“, die auch in der Reihe „Konstanzer Schriften zur Sozialwissenschaft“ (herausgegeben von Prof. Dr. Horst Baier und Prof. Dr. Erhard R. Wiehn) erschienen ist.

Nach dem Studium baute er zunächst den Bauträger- und Immobilienbereich einer großen kirchlichen Stiftung auf. Danach wechselte er als Assistent der Geschäftsleitung zu einer bundesweit tätigen Unternehmensgruppe der Bauträger- und Finanzdienstleistungsbranche, wo er schwerpunktmäßig für die Leitung der Niederlassung Leipzig zuständig war.
Seit 1. Februar 2000 ist Christoph Schiedel für die Projektentwicklung bei einem mittelständischen Bauträger in Ulm verantwortlich.

Christoph Schiedel engagiert sich seit 1997 für KonNet, zuerst als Schriftführer, ab Mai 1999 als Geschäftsführer und seit Mai 2005 ist er der 1. Vorsitzende.

Katja Schwanke
Stellvertretende Vorsitzende

Im Jahre 2005 beendete Katja Schwanke ihr Studium mit der Diplomarbeit und Fragestellung: „Deutschlands Politisch-Administrative Elite 2005. Spitzenbeamte und Politiker – Kontinuität oder Wandel der Eigenschaften, Einstellungen und Rollenbilder?“ Leider konnte sie damit nicht nachweisen, dass das Juristenmonopol in der öffentlichen Verwaltung nachhaltig durch den verwaltungswissenschaftlichen Studiengang aufgebrochen werden konnte. Bis der Nachweis geliefert ist, bleibt sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschung treu. Falls dieser nicht erbracht werden kann, wird sie nach dem Einfluss der Verwalter in ihrem neuen Themenbereich Regionalwirtschaft suchen.

Seit nun mehr als 4 Jahren ist sie im KonNet Vorstand als stellvertretende Vorsitzende tätig und stellt die Brücke nach Konstanz und zum Dachverband VEUK dar. In den letzten Jahre verstärkte sie diese Kontakte zum Fachbereich, zur Universität, zum Verein der Ehemaligen der Universität Konstanz (VEUK), zu verschiedenen Professoren und Studierenden, die Interesse an der Vereinsarbeit und den Leistungen des Netzwerkes haben sowie zu Johannes Dingler, dem neuen Vorstandskollegen, welcher ab diesem Jahr die Brückenfunktion übernehmen wird. Eine erste gemeinsame Initiative ist die zweimal im Semester stattfindende Veranstaltung „Absolventen berichten aus der Praxis“ an der zwei Ehemalige des Fachbereichs über ihre jeweiligen Lebenswege berichten und den Studierenden Rede und Antwort stehen sowie wertvolle Tipps geben. Weitere Ideen und somit Angebote für Studierende und Ehemalige sind im Entstehen.

Dr. Johannes Dingler
Stellvertretender Vorsitzender

Johannes Dingler, geboren 1967, studierte bis 1994 im Magisterstudiengang am Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft Politikwissenschaft im Hauptfach sowie Soziologie und Philosophie in den Nebenfächern.

Nach einer Tätigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit in Kenia schrieb er seine Dissertation am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der freien Universität Berlin zum Themenbereich Nachhaltige Entwicklung und Umweltpolitik. Während seiner Promotion arbeitete er im Rahmen verschiedener Einsätze für die OSZE und die UN in Bosnien und Ost-Timor.

Nach Ende seiner Promotion war er als Geschäftsführer am Zentrum für Umweltforschung der Westfälischen-Wilhelms-Universität Münster tätig.

Seit Oktober 2004 ist er Programmkoordinator am Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft der Universität Konstanz. Sein Tätigkeitsbereich umfasst die Koordination der neuen Bachelor- und Master-Studiengänge, die Studien- und Prüfungsberatung, die Koordination des Arbeitsaufenthalts sowie die internationalen Programme des Fachbereichs (ERASMUS und Übersee).

Neben einem Engagement für KonNet als Absolvent des Fachbereichs ist das Ziel seiner Arbeit im Vorstand, KonNet und den Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft weiter zu vernetzen sowie KonNet verstärkt in den Fachbereich einzubinden.

Dr. Johannes Dingler

Jürgen Banzhaf
Vorstand für Finanzwesen & Controlling

Jürgen Banzhaf, geb. 1960, studierte von 1980 – 1986 Verwaltungswissenschaft, mit dem Schwerpunkt Personal und Organisation. In dieser Zeit verbrachte er auch 2 Semester an der Rutgers University in New Jersey (USA) an der Graduate School of Management and Labor Relations. In diesem Jahr in den USA entstand auch der Berufswunsch, in einem multinationalen Unternehmen tätig zu werden.

Seit 1986 arbeitet Jürgen bei der Deutschen Bank. In den ersten Jahren war er als Organisationsberater tätig, später übernahm er verschiedene Steuerungsaufgaben im Zentralen Unternehmensbereich Global Technology and Operations in Eschborn bei Frankfurt. Seine Tätigkeitsschwerpunkte in den letzten Jahren waren strategische Planung, Kostenmanagement, Portfoliomanagement und Benchmarking. Derzeit ist er insbesondere für das Management Reporting des Unternehmensbereichs verantwortlich.

Jürgen Banzhaf ist verheiratet und hat zwei Kinder. Die Familie ist sein wesentliches Hobby, und er geht gerne Rad fahren und schwimmen, wenn es die Zeit erlaubt. Und seit 2000 gehört auch das Amt des Schatzmeisters zu den Hobbies.

Neues von den Regionalgruppen

Neuer Ansprechpartner in Berlin

Ab September 2007 übernimmt Hans-Jörg Schmedes die Organisation der Regionalgruppe Berlin.

Hans-Jörg Schmedes hat zwischen 1997 und 2003 in Konstanz und an der York-University im kanadischen Toronto Politik- und Verwaltungswissenschaft studiert und war in dieser Zeit studentischer Mitarbeiter von Prof. Dr. Volker Schneider.
Im Frühjahr 2007 hat er bei Volker Schneider in Konstanz mit einer Arbeit über Lobbyingstrukturen von Wirtschafts- und Verbraucherschutzverbänden im europäischen Mehrebenensystem promoviert. Während und nach seinem Studium hat er für die Staatskanzleien der Länder Nordrhein-Westfalen und Brandenburg sowie in der Generaldirektion Gesundheit und Verbraucherschutz der Europäischen Kommission in Brüssel gearbeitet.
Seit der zurückliegenden Bundestagswahl im September 2005 ist er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Berliner Büro des Konstanzer SPD- Bundestagsabgeordneten Peter Friedrich tätig, der ebenfalls Absolvent unseres Fachbereichs ist.
Zudem ist Hans-Jörg Schmedes seit 2004 ehrenamtlicher Wahlbeobachter und war für die OSZE und die EU bislang in den GUS-Staaten Georgien und der Ukraine, auf dem Balkan in Mazedonien sowie im afrikanischen Uganda im Einsatz.

Kontakt:
Hans-Jörg Schmedes
Tel.: 030-69504759 (privat) und
030-227-71154 (dienstlich),
hans-joerg.schmedes@gmx.de.

Stammtisch Ravensburg / Bodensee-Oberschwaben

Beim Stammtisch im Juni waren neben vielen alten Hasen (Abschlüsse Anfang 90er Jahre) auch Absolventen der letzten Jahre und ein ganz aktueller Absolvent dabei. Vom Unternehmer über den Amtsleiter einer Kommune und den Programmierer bis hin zum Zeitarbeiter war alles vertreten.

Der nächste Stammtisch ist für Herbst 2007 geplant (Oktober/November).

Kontakt:
Christoph Schiedel
Tel. privat 07307/34663
e-mail: c.schiedel@web.de

Stammtisch Bern / Luzern

Tilman Holke, der Ansprechpartner des Stammtisches Bern ist umgezogen und hat deshalb sein Einzugsgebiet vergrößert auf Bern und Luzern.

Am Donnerstag, den 26.04.2007 fand gegen 20.00 Uhr im Tramdepot, einer gemütlichen *Beiz* in der Nähe des Bärengrabens (der bekanntesten Sehenswürdigkeit von Bern), der erste Verwalterstammtisch in Bern statt.

Nach dem Motto „Ein kleiner Stammtisch für eine kleine Hauptstadt!“ trafen sich 4 *uufgestellte* Verwaltungswissenschaftler zum *Nachtessen*. In geselliger Runde wurden sowohl Schweizer Spezialitäten (Rösti) als auch bayrische Gerichte (Weisswürste) gegessen. Es wurde auch *öppis* getrunken. Neben alkoholfreien Getränken wurde *Panasch* bzw. *Stange* bestellt. Gegen 22.00 verliessen wir die Beiz, da wir alle am nächsten Tag früh zur Arbeit mussten. Während einer das *Velo* nahm, kamen wir anderen mit dem Tram heim. Vorher hatten wir noch *Natelnummern* ausgetauscht und beschlossen *einisch* wieder in den *Usgang* zu gehen. Der nächste Stammtisch wird hoffentlich keine reine Männerrunde bleiben! Und vielleicht kommen ja dann noch *es bitzeli* mehr *Lüüt.* Der Anfang ist jedenfalls gemacht.

Greg Varga, Frank Liebermann, Tilman Holke und Martin Albrecht (von links nach rechts)

Schwyzerdütsch	Hochdeutsch
Beiz	Restaurant, Kneipe
(es) bitzeli	ein bisschen
einisch	einmal
Lüüt	Leute
Nachtessen	Abendessen
Natel	Handy, Mobiltel.
öppis	etwas
Panasch, Panaché	Radler, Alsterwasser
Stange	Bier im Glas, 3 dl
Usgang	Ausgang, abends weggehen
uufgschtellt	gutgelaunt
Velo	Fahrrad

Kontakt:
Tilman Holke
Tel.: 0041- (0)41 534 02 03
mobil: 0041 79 630 64 79
e-mail: Tilman.Holke@web.de

KonNet e.V.

Beitrittserklärung Politik-/ Verwaltungswissenschaft

Für Anfragen, Beitrittserklärungen und Änderungsmitteilungen halten wir auf unserer Website **www.konnet-ev.de** unter dem Link **KonNet-online** die entsprechenden Online-Formulare bereit (www.konnet-ev.de/online.htm).
Oder Sie schreiben eine E-Mail: **mail@konnet-ev.de**.

Den Beitrag überweisen Sie bitte auf das **Konto** des VEUK
KontoNr.: 46664 bei der Sparkasse Bodensee, BLZ 69050001
oder Sie erteilen eine **Einzugsermächtigung**.

Änderungsmitteilung

Bei einem **Umzug** teilen Sie uns bitte ihre veränderten Daten mit! Für Änderungen in den persönlichen Daten oder den Arbeitgeber betreffend verwenden Sie bitte das Online-Formular, bei einer Änderung der Bankverbindung verwenden Sie bitte die untenstehende **Einzugsermächtigung**.

Meine Bankverbindung hat sich geändert / Ich erteile Einzugsermächtigung

11/2007

Einzugsermächtigung

Von (Name und Anschrift des/der KontoinhaberIn): _____

_____

An **VEUK e.V.** Sitz in 78457 Konstanz: Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit zu Lasten meines Girokontos durch Lastschrift einzuziehen.

Jahresbeitrag (mindestens, gerne mehr!): Einzelperson 45 •, Paare 60 •, Studenten/Erwerbslose 15 •, Firmen 150 •
☐ Ich bin Mitglied der Universitätsgesellschaft (=halber Jahresbeitrag)

Grund: Mitgliedsbeitrag/Spende Betrag • : _____

Konto-Nr .: _____ BLZ : _____

bei Bank/Sparkasse : _____

Wenn mein Girokonto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum: _____ Unterschrift : _____

Geschäftsstelle: ***KonNet e.V.*** c/o VEUK, Universität Konstanz, Fach M 693, 78457 Konstanz

Links für KonNet-Mitglieder mit eigener Homepage und andere Informationen auf der KonNet-Homepage

KonNet bietet seinen Mitgliedern eine Plattform, sich oder und ihre eigenen Unternehmen zu präsentieren. Wer möchte, kann sich also mit der persönlichen Homepage bzw. der Homepage des eigenen Unternehmens mit der KonNet-Homepage verlinken und auf diese Weise präsentieren. Dies ermöglicht KonNet, die Bandbreite der Tätigkeitsfelder von Verwaltungswissenschaftlern abzubilden. Wer also Interesse hat, hier aufgenommen zu werden, kann sich gerne beim Webmaster Hubert Forster (HuForster@aol.com) melden.

Schaut doch einfach mal rein, es gibt viele interessante Links zu entdecken, aber wie immer: wir sind nicht für die Inhalte dieser Links verantwortlich!

Unter „Aktuelles“ finden sich Einladungen zu interessanten Veranstaltungen, Informationen zu den Verwaltertreffen und zu anderen gerade aktuellen Themen.

Außerdem gibt es eine Übersicht der Seminararbeiten und Diplomarbeiten des Forschungsbereiches Verwaltungswissenschaft, die man sich über die Homepage www.hausarbeiten.de downloaden kann.

Ferner wird auf den unentgeltlichen Zugang zu über 1280 Publikationen über das Konstanzer Online-Publikations-System (KOPS) hingewiesen, zu finden im Internet unter www.ub.uni-konstanz.de/kops/. Auf der KonNet-Homepage ist eine Liste der 162 Beiträge des Fachbereiches.

Unter dem Link „KonNet Online“ sind die Formulare für Beitritt oder Änderungen abrufbar zum Herunterladen oder sie können online an die Adressverwaltung geschickt werden.

Anzeigen im KonText

Der KonText wird aus den Mitgliedsbeiträgen von KonNet finanziert. Es gibt jedoch auch immer wieder Mitglieder, die entdeckt haben, welches Leserpotential mit einer Anzeige im KonText angesprochen werden kann und dass sich deshalb eine Schaltung durchaus lohnt. Durch die geringe Anzahl der Inserate erhält die einzelne Anzeige einen sehr starken Aufmerksamkeits- und Präsenzwert!
Es profitieren sogar mehrere Seiten:

- der Inserent spricht potentielle Kunden an oder erinnert Leser, die bereits Kunden sind, an diese Geschäftsverbindung
- der Leser erfährt etwas über dieses Unternehmen
- KonNet kann die auf diese Weise erwirtschafteten Gelder in andere Projekte, die uns Mitgliedern oder den Studierenden zu Gute kommen, investieren

KonNet dankt deshalb seinen bisherigen Inserenten und bittet andere Mitglieder, sich Gedanken zu machen, ob sich ihr Unternehmen nicht ebenfalls im KonText präsentieren möchte.
Weitere Informationen sind über die Redaktion erhältlich (s-rometsch@t-online.de).

Die Anzeigenpreise (alle Preise verstehen sich zzgl. MwSt.) wurden wie folgt festgelegt:

Inserent	1/1 Seite (100%)	1/2 Seite (60%)	1/4 Seite (40%)
Mitglied (Privatanzeige)	51,00 •	31,00 •	20,00 •
Mitglied mit eigenem Unternehmen (kommerzielle Anzeige)	102,00 •	61,00 •	41,00 •
anerkannt gemeinnützige Untern./Org.	153,00 •	92,00 •	61,00 •
sonstige Unternehmen/Organisationen	511,00 •	307,00 •	205,00 •

LVM-Fonds-Familie

LVM Versicherungen

Ihr Geld verdient das Beste!

Wir beraten Sie gern:

LVM-Stadtbüro
Rudi Schorr
Spanierstraße 32, 78467 Konstanz
Tel. 07531/955151 · Fax 07531/955152
www.lvminkn.de · Email: schorr@lvminkn.de

www.lvm.de